

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



1 / 2002

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Mit dem Terrorismus leben

Der 11. September steht für eine Zäsur. Das bis dahin unvorstellbare Ausmaß der Zerstörung, die (Re)Privatisierung der Gewalt, der Einsatz von Alltagstechnik als Waffe in der Hand von Terroristen, die offenbarte Zerbrechlichkeit unserer Zivilisation und die Frage nach den Ursachen und der Reaktion dominieren seit diesem Tag das öffentliche Bewusstsein. Anlass genug für die beiden Tutzinger Akademien, die Themen in einem gemeinsamen Gesprächsforum zu erörtern. Das Podium war mit dem ehemaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein und dem Münchner Religionswissenschaftler Michael von Brück prominent besetzt.

Seite 3



Experten dachten über Ursachen des Terrorismus und globale Gegenstrategien nach: Hans-Jochen Vogel, Michael von Brück und Günther Beckstein auf dem gemeinsamen Forum der Politischen und der Evangelischen Akademie Tutzing.

Foto: Schröder



Zeichnung: Tomaschoff

Nachhaltigkeit und Mobilität in der Gesellschaft der Zukunft

„Zukünftige energetische Grundlagen des Verkehrs“ standen im Mittelpunkt der gemeinsamen Fachtagung der Evangelischen und der Politischen Akademie Tutzing. Die Schwerpunktthemen, denen sich die zahlreichen Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft annahmen, waren die zeitliche Verfügbarkeit der noch zu erwartenden Rohölreserven und die Möglichkeiten, von ihnen unabhängiger zu werden durch Steigerung der Effizienz und den Einsatz alternativer Energien.

Seite 27

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Mit dem Terrorismus leben	3
Konflikte um ein knapper werdendes Gut	5
Neue Konfliktursachen in der Welt	7
<i>Vereinigte Staaten von Amerika: Freundlicher Hegemon oder vertrauter Unbekannter?</i>	10
<i>Tutzinger Internationales Forum Die Ukraine: endlich einig und doch zerrissen?</i>	12
Der steinige Weg der Ukraine nach Europa	15
<i>Akademiegespräch im Landtag Reformdynamik aus dem Osten?</i>	16
Der deutschen Vergangenheit auf der Spur	17
Krieg und Erinnerung auf dem Balkan	18
Globale und multimediale Meinungsmacht	21
Strategien gegen die Verlärzung der Welt	24
Die Zukunft der mobilen Gesellschaft	27
Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie	30
Ein Plädoyer für die repräsentative Demokratie	31
Das Ehrenamt in der aktiven Bürgergesellschaft	34
<i>10 Jahre Öffnung der Stasi-Akten: Quelle zur Erforschung der DDR-Diktatur</i>	35
Mobilisierung der Demokratie	39
Überlebender des Holocaust	42
Schwarzmeier ausgezeichnet	42
Geringe Halbwertszeit	42
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	43
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	44
Themen - Tagungen - Termine	46
Förderkreis	51
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	52

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans Maier
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Dr. Horst Denzer, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Klaus Grosch
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Jürgen Maruhn, Dipl. Volkswirt
Wirtschaftsordnung, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael Piazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteiforschung

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam Wolf
Ethik und Politik, Internationale Beziehungen

Organisationsreferat:

Elke Leisching
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Redaktion:
Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:
Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Mit dem Terrorismus leben

Fachleute denken über Ursachen und Gegenstrategien nach

Auch wenn nach dem 11. September nicht - wie vielfach behauptet - alles anders geworden ist, so steht dieses Datum doch für eine überaus einschneidende Zäsur. Das bis dahin unvorstellbare Ausmaß der Zerstörung, die (Re)Privatisierung der Gewalt, der Einsatz von Alltagstechnik als Waffe in der Hand von Terroristen, die offenbare Zerbrechlichkeit unserer Zivilisation und die Frage nach den Ursachen und der Reaktion dominieren seit diesem Tag das öffentliche Bewusstsein. Anlass genug für die Akademie für Politische Bildung und die Evangelische Akademie gemeinsam ein Gesprächsforum anzubieten. Das Podium, unter der Moderation der Akademiedirektoren Friedemann Greiner und Heinrich Oberreuter, war mit dem ehemaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein und dem Münchner Religionswissenschaftler Michael von Brück so besetzt, dass der hohe Anspruch, das Thema in seiner Vielfältigkeit und mit dem notwendigen Tiefgang zu behandeln, vollständig eingelöst werden konnte.

Es war das Gefühl des Unfassbaren, so Hans-Jochen Vogel, das ihn angesichts der in sich zusammen fallenden Türme des World Trade Centers befiel. Das Ausmaß der Zerstörung war in der Tat so unbegreiflich, dass Innenminister Beckstein zufolge ein solches Szenario nicht mal in den Planspielen der Krisenstäbe vorgedacht worden war. Die offenbare, ungeheure Verletzlichkeit der modernen Welt, medial vermittelt durch das Bersten der Symbole westlicher Zivilisation, beherrschte die Gedanken unmittelbar nach dem Anschlag. Erst allmählich wich der erste Eindruck rationalen Überlegungen hinsichtlich konkreter Folgen und angemessener Reaktionsweisen.

So sah sich Beckstein plötzlich mit dem Problem konfrontiert, dem Münchner Stadtrat eine Empfehlung geben zu müssen, das Oktoberfest stattfinden zu lassen oder abzusagen. Nach seiner Einschätzung war dies „die bis dahin wohl schwierigste Entscheidung [seines] politischen Lebens.“ Völlige Sicherheit gibt es nicht, darin waren sich alle Podiumsteilnehmer einig. Prävention kann allenfalls dazu dienen, die Latte für potentielle Terroristen hoch zu legen, das Über-springen kann sie aber nicht gänzlich verhindern.



Günther Beckstein: Möglichkeiten der Kontrolle zu gering
Fotos: Schröder

Frustration derjenigen, die seit zwei Generationen in Flüchtlingslagern vegetieren und dort allenfalls lernen konnten, eine Kalaschnikow zu bedienen. Die solcherart Perspektivlosen empfanden den 11. September als Befreiungsschlag. Den Westen in der Rolle des Ohnmächtigen zu sehen, so der Religionswissenschaftler, ließ vieler Orten Schadenfreude aufkommen. Zwar sei es zutreffend, gab von Brück zu bedenken, dass die „Karrieristen“ und Attentäter den durchaus wohlhabenden Kreisen entstammen, doch komplexe Organisationen wie Al-Quaida können ohne breite Unterstützung und Zulauf nicht existieren.

Auch für Hans-Jochen Vogel, der während seiner Amtszeit als Bundesjustizminister mit dem RAF-Terrorismus konfrontiert war, liegt ein Grund für die mehr oder weniger offene Zustimmung in der „krass ungleichen Verteilung von Wohlstand auf der



Hans-Jochen Vogel: Ungleiche Wohlstandsverteilung auf der Welt als Ursache

Für Michael von Brück, der zur Zeit der Anschläge in Indien lebte, kam der 11. September nicht überraschend. Vergegenwärtige man sich die Disparitäten und Verwerfungen, die in vielen Gesellschaften jenseits der westlichen Wohlstandsgrenze und in der internationalen Ordnung existierten, so sei man bei der Diskussion der Gründe für diese Art des Terrorismus angekommen. Führungsfiguren wie Bin Laden, die keineswegs verrückt, sondern fanatisch motiviert und hochgradig rational handelnd sind, nutzen die

Welt.“ Wenn „20 Prozent der Menschen 80 Prozent der Ressourcen vergeuden“, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn der westliche Lebensstandard als Herausforderung gesehen werde. Die „soziale Frage ist somit eine globale Frage“.

Darauf, dass auch das Terrorismusproblem inzwischen als globales Problem gesehen werde, wies ebenfalls Hans-Jochen Vogel hin. Auch die USA haben sehr schnell gesehen, dass dieser Herausforderung nur durch weltweite

Zusammenarbeit und Allianzbildung begegnet werden könne. Bei aller angebrachten Dankbarkeit gegenüber dem amerikanischen Volk müsse aber auch erlaubt sein, mal danach zu fragen, ob die Blockade der Installierung eines Weltstrafgerichtshofes durch die USA Sinn mache. Die Forderung nach einer solchen Institution fand auch in von Brück einen entschiedenen Anhänger. Man dürfe nicht übersehen, ergänzte er, dass China und Russland versuchten, sozusagen im Windschatten des Afghanistankrieges, eigene „Probleme“ zu lösen. Auch müsse man, so Vogel, die Neigung, „diktatorische Gruppen zu fördern, wenn sie sich gegen die eigenen Feinde richten“, kritisch beleuchten.

Ungleichzeitigkeit der Religionen

Die Frage nach der Rolle der Religionen muss nach Einschätzung aller Diskutanten vor dem Hintergrund des 11. Septembers wieder intensiver gestellt werden. Von Brück diagnostizierte die „Ungleichzeitigkeit der Religionen“ und verwies auf Erfahrungen aus der christlichen Geschichte. Auch dort war es vor der Aufklärung so, dass die „einfachen Leute“ vor allem simple Slogans zu hören bekamen und diesen nachließen. Religionen, so Vogel, stünden immer in der Gefahr, missbraucht zu werden. So bediente sich auch der Antisemitismus gewisser

te aus den technischen Bereichen, sondern beispielsweise auch mal Koranspezialisten einzuladen. Anfragen an sein Institut gäbe es genug, was fehlte, seien finanzielle Möglichkeiten.

Sicherlich ist aber eine „positive“ Wirkung der Anschläge, dass viele Menschen wieder stärker über Grundprinzipien menschlichen Zusammenlebens nachdenken.

Auf das seiner Ansicht nach vorhandene Missverhältnis zwischen den Möglichkeiten und Kompetenzen der Verfassungsschutzorgane zur Über-

Grundsätzlich müssten sich alle Maßnahmen, die getroffen würden, im Rahmen des Grundgesetzes bewegen, stellte Vogel fest. Die Entscheidungsträger hätten sich die Frage vorzulegen, ob genug Vorsorge getroffen sei zur Kontrolle der Maßnahmen. Eine Entwicklung, wie sie sich derzeit in den USA vollziehe, (z.B. Militärgerichte) halte er für sehr bedenklich. Dagegen waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, dass man seitens des Staates stärker darauf Einfluss nehmen sollte, was im islamischen Religionsunterricht vermittelt werde und wer dort lehre.

Ideologische Abrüstung

Auf jeden Fall ist die „ideologische Abrüstung“, wie sie beispielsweise von Brück forderte, konsequent an allen „Fronten“ notwendig, denn mit Fundamentalisten egal welcher Richtung ist grundsätzlich kein Dialog zu führen, wenn sie nicht zumindest willens sind, sich in Frage zu stellen. ■

Manfred Schwarzmeier



Michael von Brück: Terror ange-sichts sozialer Probleme weltweit nicht überraschend

wachung gewaltbereiter Gruppen einerseits und den Kompetenzen der Kontrolleinrichtungen (z.B. Parlament) andererseits, wies Innenminister Beckstein hin. „Wir brauchen Kontrolle“, aber „die Ressourcen und Möglichkeiten sind zu gering.“ Gerade mal 200 Mitarbeiter stünden für diesen Bereich zur Verfügung. Die Sicherheitsgesetze wiesen hierbei grundsätzlich den richtigen Weg, dennoch reichten sie in einigen Bereichen nicht aus. So sei es dringend notwendig, Identifizierungen von Personen aus dem arabischen oder auch chinesischen Kulturkreis mittels Fingerabdruck vorzunehmen, da aufgrund alleine der unterschiedlichen Schreibweisen des Namens keine eindeutige Identifikation möglich sei.

„Es geht nicht nur um technische Zusammenarbeit, sondern auch um kulturelle und religiöse“

Michael von Brück

christlicher Vorstellungen. Ein Weg, konstatierte von Brück, das Verständnis zwischen den Religionen zu fördern, sei, mehr Kompetenz für die jeweils andere Religion zu entwickeln: „Es geht nicht nur um technische Zusammenarbeit, sondern auch um kulturelle und religiöse.“ Für sinnvoll würde er es halten, nicht nur Fachleu-

Fundgrube Internet: Linktipps zum Thema

11. September 2001. Die Attentate auf die USA und ihre Folgen. Eine Dokumentation mit ZEIT-Artikeln und Internet-Hinweisen

http://www.zeit.de/Schwerpunkte/Politik/attentat_usa_092001/Beschreibung.html

Chronologischer Überblick über Maßnahmen der Politik als Reaktion auf die terroristischen Angriffe in den USA und auf die Gegenschläge der USA:

<http://www.bundesregierung.de/top-dokumente/Artikel/ix>

Der 11. September und die Folgen: Friedenspolitik im Schatten des Terrorismus: Einführungbeitrag zum 8. Friedenspolitischen Ratschlag. Von Peter Strutynski

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2001/einfuehrung.html>

Terrorangriffe vom 11. September 2001

http://dmoz.org/World/Deutsch/Gesellschaft/Krieg_und_Frieden/Terrorismus/Terrorangriffe_vom_11.September_2001/

Konflikte um ein knapper werdendes Gut

Wasserverbrauch auf der Welt wächst doppelt so schnell wie die Bevölkerung

Werden in Zukunft Kriege um Wasser geführt? Grundlegende Fakten, die Erörterung wasserpolitischer Zusammenhänge in konfliktträchtigen Regionen und mögliche Lösungen bot eine Akademietagung unter Leitung von Horst Denzer in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).

Generalmajor a.D. Manfred Eiseles einleitender Vortrag verdeutlichte, dass die neuen Herausforderungen für die internationale Sicherheit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vielfältig ineinander verwoben und mit dem herkömmlichen Sicherheitsbegriff kaum ausreichend zu fassen sind (siehe Seite 7-9).

Simon A. Mason (ETH Zürich) betonte, dass es keine Monokausalität zwischen Fragen der Wassernutzung und politischem oder militärischem Konflikt gebe. Streitigkeiten bezüglich der

bal zur Verfügung stehende Wassermenge ist begrenzt. Durchschnittlich stehen jedem Menschen rund 5000 Liter Wasser am Tag zur Verfügung. Bei einem globalen mittleren Wasserverbrauch von 1640 Liter pro Tag und Kopf eine scheinbar ausreichende Menge. Es ist jedoch zu bedenken, dass dieser Wasserreichtum äußerst ungleich verteilt ist. Bereits heute leiden etliche Regionen unter akutem Wassermangel, der am stärksten sozial und politisch benachteiligte Bevölkerungsschichten trifft. Der mit Ab-

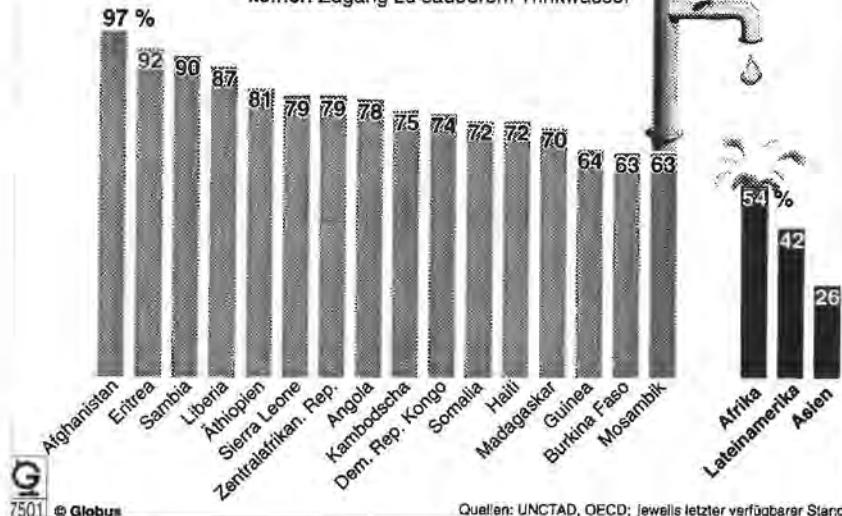
tergrund auf eine einfache Formel: $I = P \cdot A \cdot T (O)$. Der Impact im Sinne von Wasserverfügbarkeit präsentiert sich als Funktion von Bevölkerungszahlen (Population), Konsumverhalten (Affluence), vorhandener Technologie (Technology) zur Wassernutzung und, in geringerem Maße, der Organisa-



Simon A. Mason: Wasserverteilung selten allein Konfliktursache
Fotos: R. Tremml

Trinkwasser-Mangel

So viel Prozent der Landbevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser



Wasserverteilung können bestehende Konflikte verschärfen oder ihre nachhaltige Lösung verhindern, sind aber kaum alleinige Ursache eines solchen Konflikts.

Die Weltwasserlage ist allerdings durchaus geeignet, um Spekulationen über Wasserkriege Vorschub zu leisten, wie auch der Beitrag von Veronika Büttner zu möglichen Lösungen von Wasserkonflikten zeigte. Die glo-

stand größte Wasserverbraucher, der zum oben genannten Durchschnittswert beiträgt, ist dabei weder der Haushalts- und Dienstleistungssektor noch die Industrie, sondern die Landwirtschaft. Der „Durst“ der Landwirtschaft nimmt dabei mit steigendem Anteil der Fleischerzeugung unverhältnismäßig zu. Die Verfügbarkeit oder Knappheit von Wasser bringt Mason vor diesem Hin-

tionsprinzipien (Organisation) der Wasserverteilung. In Anbetracht des rapiden globalen Bevölkerungswachstums und eines Wasserverbrauchs, der doppelt so schnell wächst wie die Bevölkerung, entsteht ein düsteres Bild der Zukunft. Die Zahl der Regionen und Menschen, die sich mit akutem Wassermangel konfrontiert sehen, wird bis 2025 dramatisch zunehmen. Die bereits heute bestehenden, mit dem Wassermangel zusammenhängenden Probleme der Gesundheit, Nahrungsmittelsicherheit und Nachhaltigkeit in Bezug auf die Umwelt sowie das Konfliktpotential werden sich vervielfachen.

Wille zur Kooperation

In Situationen politischer und ökonomischer Instabilität können solche Verteilungskonflikte um Wasser bestehende Auseinandersetzungen verschärfen. Selbst in krisenträchtigen Regionen jedoch ist Kooperation nicht nur möglich, sondern kann sogar äußerst erfolgreich sein – vorausgesetzt

der politische Wille dazu besteht. Dies belegte nicht nur Masons zweiter Vortrag „Nilwasser – Vom Konflikt zur Kooperation“, der den Nilanrainer-Staaten einen Wahrnehmungswandel von „Du bist das Problem“ hin zu „Wir haben gemeinsam ein Problem“ bescheinigte.

Auch Udo Steinbach vom Deutschen Orient-Institut in Hamburg kam in seinem Vortrag zu dem Schluss, dass die Türkei eine „bislang konstruktive Wasserpoltik“ verfolgt und den Nachbarn Syrien und Irak selbst in Konfliktsituationen „den Hahn nicht zugedreht“ habe. Diese Auffassung wurde auch von Haldun Otman (Türkischer Generalkonsul in München) unterstützt, der betonte, dass die Türkei auch ohne internationale Konvention mit Syrien und dem Irak gut „vorankomme“.

Wasserkonflikte im Nahen Osten

Christoph Moosbauers (MdB, SPD) Beitrag zum Palästinakonflikt zeigte dann allerdings die konfliktbefördern den Seiten der Wasserverteilungsfrage. Zwar sei es übertrieben, von einem „hydraulischen Imperativ“ der israelischen Politik zu sprechen, aber die Sicherung von Wasserressourcen sei seit der Staatsgründung 1948 eines der strategischen Ziele israelischer Politik und habe in allen Nahostkriegen eine Rolle gespielt; zumal die zionistische Ideologie den Aufbau einer wasser verschlingenden Agrarindustrie geför-

dert habe. Seinen wachsenden Wasserbedarf deckt Israel zu einem beträchtlichen Anteil aus den teilweise nicht erneuerbaren Wasserreservoirs der besetzten Gebiete. Darüber hinaus wird die Beschränkung des Zugangs zu Wasser auch als Waffe und Druckmittel gegen die palästinensische Bevölkerung und Verwaltung eingesetzt.



Kontroverse Debatte zwischen Haldun Otman (l.) und Zvi Shevach (r.)

Trotz mancher Ansätze zu bi- und multilateraler Lösung von Wasserkonflikten in der Region und obwohl das Thema seit dem Madrider Prozess auf der politischen Agenda nach oben gerückt sei, bleibe die Wasserfrage ein „Stolperstein“ auf dem Weg zu einer politischen Lösung des Nahostkonflikts.

Eindrucksvoll unterstrichen wurden diese Ausführungen von der Podiumsdiskussion zur „Konfliktursache Wasser in Nahost“, deren Verlauf unter der

Moderation von Reinhard Wesel (DGVN) von der kontroversen Debatte zwischen Mohammed Nasal (Palästinensische Generaldelegation) und Zvi Shevach (Jüdischer Nationalfonds) bestimmt wurde. Deutlich wurde jedoch auch hier, dass zwischen Wassernutzung und Konflikt kein monokausaler Zusammenhang besteht. So beklagte Mohammed Nasal zwar die Diskriminierung des palästinensischen Volkes durch die Wasserverteilungspolitik Israels, vertrat aber die Auffassung, dass der Nahostkonflikt im Kern kein Konflikt um Wasser, sondern um Selbstbestimmung sei. Zvi Shevach schloss sich dieser Auffassung an, betonte allerdings, dass Israel durchaus gewillt sei, den Palästinensern einen angemessenen Anteil am Wasser zuzugestehen. Das Problem bestehe darin, dass die Region selbst in regenreichen Jahren unter Wassermangel leide und der Wassernutzungsgrad auf Seiten der Palästinenser ungenügend sei. Weiterhin könne Israel die Wasserversorgung der Palästinenser unter den Bedingungen des Krieges nur unzureichend garantieren. Das Fazit Moosbauers in diesem Zusammenhang besitzt sicherlich auch Gültigkeit für andere Konflikte, in denen Wasser eine Rolle spielt: die Lösung der Wasserfrage sei nicht die Brücke zur Lösung des Israel-Palästina-Problems, aber ohne eine Lösung der ersten, könne es auch keine Lösung der zweiten Frage geben. Es gehe hier nicht um Recht und Gerechtigkeit, sondern darum, das Problem mit den Augen des Anderen zu sehen.

Den möglichen Lösungen von Wasserkonflikten auf interner, regionaler und internationaler Ebene wandte sich dann Veronika Büttner zu. Das Spektrum der skizzierten Möglichkeiten reichte dabei von technischen Ansätzen und deren Nutzen beziehungsweise Problematik über die Vor- und Nachteile verschiedener Organisati-



Podiumsdiskussion über mögliche Lösungsansätze: (v.l.) Mohammed Nasal, Christoph Moosbauer, Udo Steinbach, Moderator Reinhard Wesel

onsprinzipien der Wassernutzung und -zuteilung, bis zu den Möglichkeiten und Grenzen allgemeinverbindlicher internationaler Konventionen. Deutlich wurde hierbei, dass nachhaltige Ergebnisse nur unter enger Einbeziehung der unmittelbar betroffenen Bevölkerungsgruppen erzielt werden können, während Lösungen „von oben“ rasch an ihre Grenzen stoßen. Ergänzt und abgerundet wurde die Diskussion

„Nichts gefährdet Israel so sehr, wie die Nicht-Existenz des palästinensischen Staates. Voraussetzung dafür ist, dass man eine Lösung für die Wasserfrage findet.“

Christoph Moosbauer

möglicher Lösungsansätze von Waltraud Scheuermann (TU Berlin), die darüber hinaus auf Deutschlands Beitrag auf diesem Gebiet einging. Als Anrainerstaat internationaler Flüsse habe Deutschland eine kooperative Tradition bei der Mitarbeit in internationalen Kommissionen zum Wassermanagement entwickelt und habe sich auch im Rahmen der EU aktiv an der Entwicklung allgemeiner Richtlinien beteiligt. Auch sei Deutschland als Vermittler in internationalen Wasserkonflikten aufgetreten und leiste einen finanziellen und technischen Beitrag bei zahlreichen wasserbaulichen Entwicklungsprojekten. Als Mitglied internationaler Organisationen spiele Deutschland schließlich eine „akzeptierte Rolle“ in multilateralen Verhandlungen zur Wasserproblematik.

Martin Kühnemund
Stephanie Kürsten
Kaija Landsberg
Henrik Schillinger
Kassian Stroh

Neue Konfliktursachen in der Welt

Im Rahmen der Tagung „Krieg um Wasser?“ sprach General a.D. Manfred Eisele über „Neue Konfliktursachen und Herausforderungen für die internationale Sicherheit“. Wir dokumentieren seinen Vortrag in Auszügen.

Wasser

Seit Beginn der Geschichte haben zwei „strategische Flüssigkeiten“ die Geschichte der Menschheit bestimmt: Blut und Wasser. Erst mit dem industriellen Fortschritt ist zu diesen beiden strategischen Flüssigkeiten das Öl als dritte hinzugereten.

Wenn wir nach Konfliktursachen in Vergangenheit und Gegenwart forschen, fällt auf, dass von Anfang an das Wasser eine bedeutsame Rolle gespielt hat... Krieg um Wasser ist also



Manfred Eisele

wohl keine ganz neue Herausforderung, wenn das Bewusstsein dafür auch im grünen Mitteleuropa wenig ausgeprägt sein mag. Als neu darf man allerdings die Erkenntnis in einigen aufgeklärten Gesellschaften bezeichnen, dass Wasser trotz seiner weiten Verbreitung auf der Erdoberfläche ein endliches Gut ist, dessen leichtfertige Verschwendungen und Verschmutzung die Lebensgrundlagen vieler Menschen bedrohen kann. Zur Konfliktursache könnte Wasser also indirekt werden, als Folge von erheblicher Überbevölkerung und daraus resultierender Abholzung tropischer Wälder und Verwüstung weiter Regionen.

Damit gehört Wasser wohl vornehmlich in den Problembereich des Umweltschutzes. Die unzureichenden Ergebnisse der diesbezüglichen Konferenzen von Rio, Kyoto, Bonn und Marrakesch verlangen deshalb unser aller Engagement.

Terrorismus

Nach dem 11. September 2001 sei nichts mehr so wie vorher, konnte man vielfach hören. Die Angst vor den Unwägbarkeiten unseres menschlichen Zusammenlebens scheint wieder Konjunktur zu haben. In der zivilisierten Welt sind wir gewohnt, von der Berechenbarkeit mitmenschlichen Verhaltens auszugehen... Darum hat die Unberechenbarkeit menschlicher Verhaltensweisen am 11. September viele Menschen erschreckt, die sich in einer zunehmend zivilisierten Welt eingerichtet haben, in der wir uns den technischen Fortschritt per Knopfdruck oder Mausklick nutzbar machen. Seit dem 11. September erkennen wir, dass Toleranz und Liberalität genauso wenig weltweit anerkannte Grundsätze sind, wie die Anerkennung der aus christlich-abendländischer Tradition hergeleiteten Menschenrechte, die auf die Freiheit des Individuums zentriert sind. Einige Grundmuster unseres Zusammenlebens könnten sich seither verändert haben. Während wir bisher doch stets versucht waren, in der Mehrzahl aller Konflikte Partei für die schwächere Seite zu ergreifen, für David und gegen Goliath, scheint das nunmehr nicht mehr so zu sein. Warum? Weil David sich terroristischer Mittel und Methoden bedient hat? Weil er „unfair“ gehandelt hat? Das aber tat doch der historische David auch, war doch seine Schleuder die einzige erfolgversprechende Waffe in der „asymmetrischen Auseinandersetzung“ mit dem Philiosterriesen.

Heute beschäftigen sich viele mit „Terrorismus“ als Element asymmetrischer Kriegsführung zwischen organisierter Kriminalität und Guerillakriegsführung. Eine neue Herausforderung ist der Terrorismus gleichwohl nicht.

Schon 1920 schrieb Leo Trotzki in einer zustimmenden Stellungnahme zu Kautskys Buch „Terrorismus und Kommunismus“, dass die bolschewistische Revolution ganz bewusst auf den Terror setzte: „Der Rote Terror tötet Einzelne und schüchtert Tausende ein.“ Stalin und sein KGB, aber auch Securitate und Stasi sind späte Erben eines solchen Staatsterrorismus. Somalia, Sudan und Syrien haben von ihnen gelernt, aber auch Saddam Hussein und Milosevic...

Wenn Staaten sich dieses Mittels bedienen, unterminieren sie natürlich das Bemühen der Vereinten Nationen, eine einheitliche Front zur Abwehr gegen den Terrorismus aufzubauen. Luftpiraterie haben die UN schon seit 1963 einhellig verdammt, und seit der Resolution 40/61 vom 9. 12. 1985 werden alle terroristischen Handlungen als kriminelle Akte unmissverständlich verurteilt. Dabei darf man aber darauf verweisen, dass eine eindeutige Definition dessen, was man unter „Terrorismus“ zu verstehen hat, auch heute noch aussteht.

Wenn es den Staatsterrorismus schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts gibt, so hat er seine Wurzeln doch in den nichtstaatlichen Anarchisten der sozialistischen Revolution. Auf diese gehen im Prinzip auch die nichtstaatlichen Terroristen der „Roten Brigaden“, der „RAF“ der „ETA“ und der „IRA“ zurück. Auch die „El Qaida“ kann für sich keine Originalität beanspruchen. Lediglich im Ausmaß ihrer Skrupellosigkeit und Brutalität hat sie die Maßstäbe terroristischer Gewalt verändert. Dabei haben die Terroristen erkannt, dass Hochtechnologie in modernen Gesellschaften auch höchste Verwundbarkeit bedeutet. Während aber die zuvor aufgezählten Terrorbewegungen zumeist innerhalb ihrer eigenen Gesellschaften operiert haben, mit nur gelegentlichen grenzüberschreitenden Übergriffen..., hat El Qaida versucht, sich weltweit vorhan-

dene Befürchtungen vor den Konsequenzen der Globalisierung zu Nutze zu machen.

Wir wissen, dass die weltweite Vernetzung von Verkehr und Energie, von Information, Nahrungsmittelversorgung und Rohstoffzufuhr notwendige Voraussetzung von Wohlstand und Fortschritt ist, erkennen aber auch die Gefährdungen durch Konzentration, Transparenz und weitgehende Zugangsfreiheit. Transnationale Verknüpfungen und Redundanzen bieten zwar viele Möglichkeiten der Krisenbewältigung, sind aber auch empfindlich für Angriffe auf zentrale Netzketten und Nervenstränge. Während die Abschreckungsstrategie des Kalten Krieges auf der Annahme beruhte, dass der Gegner sich eines vergleichbaren abwägenden Risikokalküls bediene, wäre es sicher falsch, wenn nicht tödlich, wenn man Terroristen derart rationale Überlegungen als leitendes Prinzip unterstellen würde. Das macht beinahe alle Gefahrenabwehr und Risikovorsorge in diesem Bereich zum Vabanque-Spiel.

Sicherheit

Solange terroristische Bedrohung sich innerhalb souveräner Staaten abspielt, bleibt sie ein Aufgabenbereich der „Inneren Sicherheit“ und damit von Polizei und Justiz. Erst die grundsätzlich auf Internationalität angelegte Organisation und Zielsetzung der hinter den Verbrechen des 11. September stehenden Kriminellen betreffen eindeutig auch den Bereich der „Äußeren Sicherheit“, für den normalerweise Streitkräfte zuständig sind. Beide Verantwortungsbereiche überschneiden sich und müssen feststellen, dass weder der eine, nämlich die Polizei zusammen mit BGS, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz, noch der andere, die Bundeswehr nach Qualität und Quantität ausreichend für nunmehr nicht mehr auszuschließende Eventualfälle ausgerüstet und ausgebildet sind... Hierzu müssen wohl neue Strukturelemente in die bestehende Organisation eingefügt werden, die sich den Herausforderungen im „UBC-Bereich“ (Umwelt, Biologie, Chemie) stellen können...

Brunnenvergiftung kennt die Menschheit sicher schon seit Jahrtausenden, aber in unseren Megastädten hat kaum noch jemand die Möglichkeit, dann eben zu einem anderen Brunnen oder ein paar Hundert Schritte flussaufwärts auszuweichen. Zentrale Versorgung heißt eben auch zentrale Gefährdung... Auf einem anderen Gebiet unseres Lebens ist die Gefährdung durch gewaltsame Eingriffe in Funktionsstrukturen noch erheblich gefährlicher, als die eben skizzierten, nämlich im gesamten Bereich der Informationstechnologie. Man muss nicht ins Detail gehen, um zu erkennen, dass Eingriffe in Computer-Netzwerke tödlich sein können, etwa im Luftverkehr. Aber schon die Energieversorgung, das Bankwesen und viele andere Bereiche, z.B. in Krankenhäusern und bei der Verkehrssteuerung, sind durch terroristische Eingriffe gefährdet...

Fundamentalismus

Keine der bisher angesprochenen Herausforderungen ist wirklich neu. Das kann man auch vom „Fundamentalismus“ nicht behaupten. Angesichts der augenblicklichen Weltlage muss man sich davor hüten, ihn mit dem Islam so zu koppeln, als wären die beiden quasi die beiden Seiten derselben Medaille. Fundamentalismus in allen seinen Ausprägungen ist eine Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen überall auf der Erde...

In wessen Namen auch immer im 21. Jahrhundert oder späteren Zeiten Menschen veranlasst werden sollen, ihren Mitmenschen im Namen von aggressiven Ideologien Schaden zuzufügen, sie mit Mord und Schrecken zu überziehen und einzuschüchtern, sollten sich alle freien Bürger dagegen auflehnen und den dergestalt Bedrückten individuell und kollektiv zu Hilfe kommen. Dabei muss jeder Einzelne ebenso wie die Staatengemeinschaft wissen, dass es gegen brutalen Terror und fundamentalistisch begründete Gewalt keinen allumfassenden, wirk samen Schutz gibt. Nur der weltweite Respekt für die unveräußerlichen Menschenrechte kann langfristig verhindern, dass Fundamentalisten Erfolg haben.

Zentralismus

Vielfach bemühen sich Staaten und Regierungen darum, die heterogene Zusammensetzung ihrer Bevölkerung nach Grundsätzen, die sich auf Rationalismus, Effizienz und hohe Staatsziele gründen, zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzutragen. Da

se von Staaten haben die Möglichkeit, auf Verhaltensänderungen zu drängen.

So gelang das der Europäischen Union im Falle Rumäniens und Ungarns, die ihre Regelungen zum Minderheitenschutz grundlegend ändern mussten, ehe sie hoffen durften, in die Kandidatenliste für einen EU-Beitritt aufgenommen zu werden.

lenmäßige Stärke und ethnische Homogenität das zulässt, können sie sich sogar auf das in der UN-Charta sozusagen verbrieft Recht auf Selbstbestimmung berufen und ihre Unabhängigkeit verlangen... Der Separatismus der unterdrückten Minderheiten kann dann zur Büchse der Pandora für den Weltfrieden werden.



Zeichnung: Mester

werden ethnische und religiöse Besonderheiten geleugnet, um mit den Mitteln staatlichen Zwanges eine einheitliche Nation zu schaffen. Differenzen zwischen Minderheiten werden als kriminelle Verfehlungen gebrandmarkt, so dass eine Atmosphäre von Unfreiheit entsteht. Bisweilen schrecken solche auf zentralistische Dominanz der jeweiligen Titular- oder Herrschaftsmajorität gerichtete Maßnahmen auch vor schweren Verletzungen der Menschenrechte von Angehörigen religiöser oder ethnischer Minderheiten nicht zurück. Der zentralistische Einheitsstaat als sogenannte Idealvorstellung scheint solches Verhalten zu rechtfertigen...

Da sich die von aggressivem Zentralismus ausgehenden Spannungen zumeist innerhalb souveräner Staaten abspielen, bleibt der Staatengemeinschaft ein Eingreifen verwehrt. Lediglich supranationale Zusammenschlüs-

Wenn der Zentralismus als mögliche Konfliktsache nicht rechtzeitig als das erkannt wird, was er tatsächlich ist, nämlich eine latente Gefährdung der internationalen Sicherheit, besteht die Gefahr, dass er zu einer anderen Art neuer Herausforderung eskaliert, dem Separatismus.

Separatismus

Diese Herausforderung entsteht quasi komplementär zum Zentralismus. Separatismus ist häufig die Antwort unterdrückter Minderheiten auf ihren Status minderer Rechte in einem souveränen Staat. Minderheiten haben dabei zumeist starke Argumente auf ihrer Seite; so gibt es eine ganze Reihe internationaler Bestimmungen zum Schutz religiöser, ethnischer oder nationaler Minderheiten. Minoritäten besitzen außer den individuellen allgemeinen Menschenrechten auch noch Gruppenrechte. Wenn ihre zah-

Privatisierung von Sicherheit

Abschließend weise ich auf eine ungewöhnliche und im Gegensatz zu den bisher angesprochenen Herausforderungen wirklich neuartige Konfliktsache hin, die Privatisierung äußerer und innerer Sicherheit. Im Bereich der so genannten äußeren Sicherheit, also dem Schutz eines Staates vor einer Bedrohung von außen sind in Afrika bis zu 90 private Sicherheitsfirmen tätig...

Zur Privatisierung äußerer Sicherheit gehört aber auch das schlichte „Outsourcing“ von Aufgaben der Streitkräfte in den Bereichen Logistik, Kommunikation und Informations-technologie, aber auch Ausbildung. So werden die meisten britischen und kanadischen Militärpiloten heute von Privatfirmen ausgebildet. Auch die Bundeswehrreform sieht in dieser Entwicklung Chancen zur Kostenminimierung. Weil es hierbei um zentrale Elemente staatlichen Handelns gehen kann, sieht die Staatengemeinschaft solche Entwicklungen nicht ohne Bedenken...

Sicherheit degeneriert dabei unter Umständen von einer Kernfunktion des Staates zu einem Privatbereich, für den interessierte Firmen und Privatleute entsprechende Investitionen aufbringen. Dabei besteht die Gefahr, dass statt der Grundsätze des Rechtsstaates private Kosten-Nutzen-Überlegungen den Einsatz solcher Kräfte bestimmen. Eine derartige Erosion staatlicher und überstaatlicher Gewalt-einhegung sollte die Staatengemeinschaft tatsächlich als neue Herausforderung für die internationale Sicherheit ansehen. Nach dem 11. September besteht dringender Handlungsbedarf. ■

Freundlicher Hegemon oder vertrauter Unbekannter?

Die Rolle der USA vor und nach dem 11. September 2001

Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die USA die einzige verbliebene Supermacht. Ihre führende Rolle in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft stand im Mittelpunkt einer Tutzinger Akademietagung. Durch die Terroranschläge des 11. September erhielt die Thematik zusätzliche Brisanz. Jedoch bildeten diese schrecklichen Ereignisse selbst nicht das Zentrum des Interesses. Vielmehr sollten das transatlantische Verhältnis, die Aufgaben innerhalb der NATO und zukünftige Gesellschaftsmodelle vor dem Hintergrund der Globalisierung untersucht werden.

Kultur ist mehr als Hollywood

Judith Maiworm widmete sich der amerikanischen Kultur. Die langjährige Mitarbeiterin des Goethe-Instituts in den USA konnte aus eigener Erfahrung berichten. Sie nannte Amerika die „vertraute Unbekannte“, weil jeder glaube, die USA zu kennen und aus europäischer Unkenntnis die amerikanische Kultur auf Hollywood reduziere. Durch die - ungewollte - Omnipräsenz Hollywoods rückten das amerikanische Theater, die amerikanische Oper oder der amerikanische Tanz in den Hintergrund. Hollywood sei der Magnet - auch für europäische Schauspieler und Regisseure. Der finanzielle Erfolg der Hollywoodproduktionen stehe im Vordergrund. Überhaupt sei die amerikanische Kultur kommerzialisiert. Die Gründe dafür lägen vor allem in der äußerst geringen staatlichen Förderung. Ein hoch subventioniertes Theater wie in Deutschland gäbe es in den USA nicht. Dies schränke den Spielraum der Theater enorm ein. Private Sponsoren wollten Erfolge sehen, was so gut wie keinen Freiraum für künstlerische Experimente ließe.



Judith Maiworm: die amerikanische Kultur ist kommerzialisiert
Fotos: Damm

Schmiede Hollywoods entspringen. Entschieden wandte sich Maiworm gegen den Vorwurf der Hegemonie. Es gäbe weder eine Strategie, noch eine intensive Betreuung, noch eine substantielle Förderung und somit erheben die USA auch keinen Anspruch auf Hegemonie.

Farbige Immigration

Über die Probleme der Einwanderung in die USA klärte Peter Freese von der Universität Paderborn auf. Die Theorie des Melting Pot, des Schmelztie-

gels, verbannte er in den Bereich der Legenden. Die praktische Einwanderungspolitik der USA sei auch schon in der Vergangenheit von Diskriminierung und Ausschluss gekennzeichnet gewesen. So wurde Chinesen zwischen 1882 und 1945 die Einwanderung mit dem Chinese Exclusion Act verweigert. Auch die Unterscheidung zwischen alten und neuen Immigranten sei diskriminierend gewesen, da die alten Immigranten bei der Zuwanderungsregelung des Quota Act von 1921 bevorzugt worden wären. Lange sei versucht worden, die Immigranten aus Europa zu bevorzugen. Erst 1945 sei mit der hemisphärischen Regelung eine etwas gerechtere Lösung gefunden worden. Aber auch noch in den 90er Jahren habe man im IMACT 90 zwischen denen, die nutzen und denen, die ausnutzen unterschieden.

Ein weiteres ernsthaftes Problem der Einwanderung sei illegale Grenzüberschreitung. Man gehe in Schätzungen von etwa 4,5 Millionen illegalen Mexikanern, die in den USA leben, aus.

„Alle Versuche der Zuwanderungsregelung sind bisher Kompromisse mit Schwächen gewesen.“

Peter Freese

Dass dieses Problem zum Teil hausgemacht sei, zeige die Tatsache, dass Strafen für Arbeitgeber, die Illegale beschäftigen, nicht implementiert würden. Alle Versuche der Zuwanderungsregelung seien bisher Kompromisse mit Schwächen gewesen. Trotz der anhaltenden Diskussion über die Zahl der Zuwanderer sei laut demografischen Schätzungen davon auszugehen, dass die Einwanderung bis spätestens 2050 nicht mehr mehrheitlich von europäischer, weißer Herkunft

sein wird. Die Mehrzahl der Einwanderer komme schon heute nicht mehr aus Europa – „the browning of America“. Auch die Geburtsraten trügen zu diesem Phänomen bei. So sei zwischen 1980 und 1990 diese bei Asiaten 95 Prozent, bei Weißen hingegen nur 6 Prozent gewesen. Dennoch müssten die USA differenziert betrachtet werden. So leben in Vermont fast 98 Prozent Weiße, in Kalifornien knapp 50 Prozent und in Washington D.C. nur 29 Prozent. Auch die sprachliche Entwicklung werfe neue Probleme auf: in Kalifornien sprechen 44 Prozent der Schulanfänger kein Englisch. Es werde versucht, mit verschiedenen Modellen, zum Beispiel bilingualer Erziehung, auf dieses Problem zu reagieren. Sein Fazit: In Zukunft müsse die Geschichte der USA aus multikultureller Sicht neu geschrieben werden.



Michael Staack: unbequeme Partner müssen eingebunden werden

Bedenkliche Rolle

Die neue politische Situation nach dem 11. September analysierte Michael Staack, von der Münchener Universität der Bundeswehr. Unstrittig war für ihn, dass die USA nur mit Verbündeten handeln können. Sie seien zwar die einzige verbliebene militärische Supermacht, wirtschaftlich und politisch jedoch stünden sie nur an erster Stelle. Die Krisenreaktionsfähigkeit sei zwar auf dem richtigen Weg, müsse jedoch noch weiter ausgebaut werden. Das richtige Mittel dazu sei nicht zwangsläufig eine neue Militärdoktrin, son-

dern die schnellere, konsequenteren Umsetzung bereits bestehender Programme. Vor allem die künftige amerikanische Außenpolitik sei von Interesse. Neue Wege könnten nur mittels Multilateralismus, auch unter eventueller Einbeziehung vormals unbequemer Partner, gegangen werden. Der Kampf gegen den Terrorismus müsse geführt werden, aber weder hochstilisiert, noch gegen den Islam oder zwischen Kulturen. Wichtig sei dabei einerseits die Absicherung nach innen. Doch wie werden sich die USA international verhalten?



Bernhard Gräf: Aufschwung der US-Konjunktur Mitte 2002

Kritisch sah Staack die Rolle der USA in den Vereinten Nationen. Er warf die Frage auf, ob die USA auch in Krisenfällen mit der UN zusammenarbeiten werden, auch wenn Russland oder China anderer Meinung als die Ame-

„Der Kampf gegen den Terrorismus muss geführt werden, aber weder hochstilisiert, noch gegen den Islam oder zwischen den Kulturen.“

Michael Staack

rikaner seien. Oder ob die amerikanische Regierung versuchen wird, strittige Probleme außerhalb der UN zu lösen. Als bedenklich bezeichnete er in diesem Zusammenhang die ablehnende Haltung der USA in der Frage der Einrichtung eines Internationalen

Gerichtshofs. Vor allem müsse die Frage der Zusammenarbeit mit nichtwestlichen Ländern gestellt werden. Die westliche Basis könne sich in wichtigen Fragen zwar durchsetzen, sei aber zu schwach für eine Weltordnung. Interessant gestalte sich daher die Erwägung neuer Verbündeter. Ernsthafter Kandidat dafür könne Russland sein. Eine NATO-Mitgliedschaft Russlands lehnte Staack jedoch ab, da so die Welt in Nord und Süd geteilt würde. Mit China sei eine Partnerschaft unwahrscheinlich, eine punktuelle Allianz aber vorstellbar.

Wirtschaftswunder New Economy?

Bernhard Gräf, Mitarbeiter der Deutschen Bank, versuchte, in seinem Vortrag das Wunder der New Economy etwas zu relativieren. In den 90er Jahren sei ein steigendes Wachstum bei gleichzeitig geringer Inflation und Arbeitslosigkeit in den USA zu verzeichnen gewesen. Jedoch spiegelte die derzeitige Inflationsentwicklung die Spätphase eines Zyklus wider. Die amerikanische Wirtschaft stecke fast in einer Rezession. Aufschwung sei ab Mitte nächsten Jahres zu erwarten. Vor allem die wachsende IT- und Computerbranche habe die positiven Zahlen der bisherigen Entwicklung stark beeinflusst. Ein grundlegender Faktor begünstigte jedoch die amerikanische Statistik: Während in den USA der hedonistische Preisindex, bei dem nicht das Gut, sondern dessen Komponenten bzw. dessen Eigenschaften zur Preisermessung herangezogen würden, verwende man in Deutschland noch traditionelle Methoden, nach denen der Geldwert in Bezug auf qualitative Verbesserungen ermittelt werde. Bei Angleichung dieser Methoden würde die amerikanische Statistik nach unten korrigiert. Aber auch wenn die

Effekte geringer angesetzt würden, betonte Gräf, sei die wirtschaftliche Entwicklung dennoch beachtlich gewesen. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre verzeichnete die amerikanische Wirtschaft das höchste Wachstum der Industrieländer. ■

Andreas Damm

Die Ukraine: endlich einig und doch zerrissen?

Experten analysieren die innen- und außenpolitische Situation

Ist die Ukraine wirklich eine „Brücke zum Westen“, wie die Titelfrage des Internationalen Forums lautete? Wie steht es um die seit zehn Jahren eigenständige ehemalige Sowjetrepublik? Ist die Ukraine nach wie vor hin- und hergerissen zwischen dem Westen einerseits und Russland andererseits; oder steht sie so fest auf eigenen Füßen, dass sie bereits eine Brückenfunktion wahrnehmen kann?

Einen ersten Klärungsversuch unternahm Alexander Ott. Sein Vortrag über die politischen Akteure der Ukraine brachte vor allem den autoritären Charakter des dortigen Präsidialsystems zum Ausdruck. Zweifellos sei der Präsident der mächtigste Faktor in der ukrainischen Politik, er werde in seiner exekutiven Funktion von der Regierung und dem

Keine aktive Zivilgesellschaft

Gerhard Simon von der Universität Köln beschäftigte sich mit der Frage, auf welchem Weg sich die Ukraine gegenwärtig befindet, dem nach Europa oder nach Russland. Was die politische Praxis angehe, befindet sich das Land auf dem Weg nach Russland.



Alexander Ott (l.) und Gerhard Simon: Keine Revolution beim Zusammenbruch
Fotos: Treml

Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigungsfragen wesentlich unterstützt. Aufgrund einer relativ starken Präsidialadministration und des großen politischen Einflusses wirtschaftsmächtiger Oligarchen sei das Parlament extrem geschwächtet. „In diesem postkommunistischen Clan- und Oligarchensystem ist die korrupte Staatsbürokratie eine symbiotische Verbindung mit der Geschäftswelt eingegangen.“

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe ein leiser Übergang der Kommunisten zu den Nationalen stattgefunden. „Eine Revolution gab es nicht, sofern man mit Revolution den Austausch von Eliten meint“. In der Ukraine gebe es noch keine aktive Zivilgesellschaft.

Anders schätzte hingegen Leonid Rozhen, erster stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, die Lage seines Landes ein. Er nannte vor allem die EU und die NATO als die wichtigsten Faktoren der Stabilität auf dem Kontinent. Zu Anfang des 21. Jahrhunderts habe



Leonid Rozhen: Dauerhafte Sicherheitsarchitektur aufbauen

Europa die einzigartige Möglichkeit, eine dauerhafte Sicherheitsarchitektur aufzubauen.

Auch die ost- und mitteleuropäischen Staaten würden nach der Zeit ihrer künstlichen Abtrennung nun wieder in die europäische Gemeinsamkeit zurückkehren. Jedoch verhindere die unterentwickelte institutionelle Unter-

„Die unterentwickelte Unterstützung der EU und die schlechte wirtschaftliche Lage im Land verhindern ein neues Qualitätsniveau der europäisch-ukrainischen Beziehungen“
Leonid Rozhen

stützung seitens der EU und die schlechte wirtschaftliche Lage im Land ein wesentlich neues Qualitätsniveau der europäisch-ukrainischen

Beziehungen. Die Ukraine erwarte eine spezialisiertere und konkretere Politik, wandte sich Rozhen an die EU. Neben dem durch die NATO-Ukraine-Charta festgelegten „besonderen Charakter“ der Beziehungen des Landes zur Allianz habe die Ukraine im gleichen Maße ein Interesse an freundschaftlichen Beziehungen zu Russland.

Anfällig für Korruption

Auf die Frage eines Teilnehmers, wie denn das gegenwärtig hohe Wirtschaftswachstum der Ukraine mit den politisch schwierigen Verhältnissen korrelieren könne, gab Volkart Vincentz ansatzweise eine Antwort: „Dieses hohe Wachstum ist eine Voraussetzung für die weitere Entwicklung der nächsten Jahre.“ Makrowirtschaftlich betrachtet habe die Ukraine seit 1990 ein Wachstum zu verzeichnen. Speziell mikrowirtschaftlich - im Bereich der Wettbewerbspolitik und des Kapitalmarktes - sei die Ukraine noch



Borys Tarasjuk: „Die Pufferstellung der Ukraine zwischen Ost und West lässt eine Wahl!“

weit vom Modell der westlichen Marktwirtschaft entfernt. Diese Intransparenz mache das ukrainische Wirtschaftssystem sehr anfällig für Korruption.

Gerhard Wildmann stellte daraufhin die Frage, von wo aus denn die Ukraine ihren Brückenbogen schlagen wolle. Russland habe dies auf Grund seiner Größe bestimmt nicht nötig. Eher sei es möglich, dass das Land in eine Brückenschlagsrolle gegenüber klei-

Referenten:

- Hildebrecht Braun, MdB, stellv. Vorsitzender der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe**
Larysa Chorolec, Botschaftsrätin der Ukrainischen Botschaft in Berlin
Dr. Hermann Clement, stellv. Direktor, Osteuropa-Institut München
Bertold Flierl, Ministerialrat, Bayerische Staatskanzlei
Bogdan Gorokhovskij, Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Dr. Eberhard Heyken, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine a.D.
Peter Hilkes, Arbeitsforum Ukraine, Osteuropa-Institut München
Prof. Dr. Lutz Hoffmann, Direktor des Osteuropa-Institutes München
Dr. Lev N. Klepatsky, Generalkonsul der Russischen Föderation in München
Ivanna Kobernyk, Mitarbeiterin beim Fernsehsender ICTV, ehem. Beraterin des Vizepräsidenten der Ukraine
Georgii Kosykh, Generalkonsul der Ukraine in München
Dr. Otfried Kotzian, Leiter des Bukowina-Institutes Augsburg
Oberst i.G. Axel Kullen, Heeresführungskommando Koblenz
Dr. Alexander Ott, Berlin
Bernd-Joachim Pantze, Ltd. Ministerialrat, Bayerisches Wirtschaftsministerium
Dr. Leonid Rozhen, 1. stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine
Prof. Dr. Leonid Rudnytzky, Präsident der Ukrainischen Freie Universität München
Ute Schaeffer, Chefin vom Dienst Mittelosteuropa-Programme, Deutsche Welle, Köln
Prof. Dr. Ulrich Schweier, Institut für Slavische Philologie der Universität München
Prof. Dr. Gerhard Simon, Abteilung für Osteuropäische Geschichte, Universität Köln
Borys Tarasjuk, Außenminister a.D., Präsident des Instituts für Euro-atlantische Kooperation, Kiew
Dr. Volkart Vincentz, Osteuropa-Institut München
Gerhard Wildmann, Leiter der Wirtschaftsregion GUS, Siemens AG München

Tagungsleitung:

Dr. Horst Denzer, Akademie Tutzing

neren ehemaligen Sowjetrepubliken im Kaukasus hineinwachse.

Zukunftsperspektive Demokratisierung

Relativ ausgereift scheint die ukrainische Außenpolitik, zumindest nach Borys Tarasjuk, Außenminister a.D. der Ukraine. Die außenpolitische Situation der Ukraine sei von Anfang an schwierig gewesen. „So, contrary to Russia, the reemergence of independent Ukraine caused some surprise, confusion, if not irritation“. Der Prozess der Formulierung von Grundsätzen ukrainischer Außenpolitik begann - noch bevor sich das Land überhaupt als unabhängig proklamiert hatte - mit der „Deklaration der staatlichen Souveränität“. Hier erklärte sich die Ukraine zum gleichwertigen Partner internationaler Beziehungen unter Anerkennung universaler Werte, wie des Strebens nach internationaler Sicherheit und Frieden. Am 2.Juli 1993 fand mit den „Major Directions of Foreign Policy of Ukraine“ eine wichtige Zementierung der Grundsätze ukrainischer Außenpolitik statt. In diesem Dokument seien erstmals die nationalen Interessen der Ukraine festge-

zen ukrainischer Außenpolitik begann - noch bevor sich das Land überhaupt als unabhängig proklamiert hatte - mit der „Deklaration der staatlichen Souveränität“. Hier erklärte sich die Ukraine zum gleichwertigen Partner internationaler Beziehungen unter Anerkennung universaler Werte, wie des Strebens nach internationaler Sicherheit und Frieden. Am 2.Juli 1993 fand mit den „Major Directions of Foreign Policy of Ukraine“ eine wichtige Zementierung der Grundsätze ukrainischer Außenpolitik statt. In diesem Dokument seien erstmals die nationalen Interessen der Ukraine festge-

schrieben worden. Darin sind auch die Menschenrechte und das internationale Recht anerkannt sowie die Unabhängigkeit von jeglichen internationalen Einflussnahmen gefordert. In Bezug auf die Pufferstellung der Ukraine zwischen Ost und West habe es immer eine Wahl gegeben und es gebe sie auch heute noch. Allerdings liege die Zukunft der ukrainischen Außenpolitik in der Demokratisierung des Landes. Diese Feststellung scheint von Brisanz, wenn man vor allem eines bedenkt: Am Anfang stand die Außenpolitik!

der Ukraine von 1993. Mit Bayern sei bereits vorher ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet worden. Trotz dieses intensiven Austausches sieht Chorolec ein Ungleichgewicht. Deutsche Kultur sei in der Ukraine ungemein stärker vertreten als umgekehrt. Jedoch wolle die Ukraine in Zukunft verstärkt auf ihre vielfältige Kultur aufmerksam machen. „Insgesamt beschreiten wir oft multilaterale Wege“, so Chorolec. Abschließend äußerte sie die Hoffnung, dass die Ukraine vielleicht, obwohl nicht zur EU gehörend, eines Tages als kulturelle Region Teil der Union werde.

**„Die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich ist eine der wichtigsten Aufgaben der bilateralen Beziehungen.
Für gute Kontakte zwischen zwei Ländern ist es wichtig, Verständnis für den Geist des Partnervolkes zu gewinnen.“**

Larysa Chorolec



(v.l.) Peter Hilkes, Larysa Chorolec, Bertold Flierl: Viele Gemeinsamkeiten zwischen Bayern und der Ukraine

Den Abschluss der Tagung bildeten zwei eng miteinander verzahnte Podien über die kulturellen Bande Deutschlands mit der Ukraine und die deutsch-ukrainischen Beziehungen. Die vertragliche Grundlage der deutsch-ukrainischen Kulturbereichungen ist nach Larysa Chorolec ein Abkommen der Bundesregierung mit der Regierung

Bertold Flierl ergänzte die Ausführungen um den Blickwinkel der bayerischen Staatsregierung. Insgesamt hätten die elf Jahre Partnerschaft zwar nicht alle Erwartungen erfüllt, seien aber auch nicht ohne Erfolg geblieben. „Der Erfolg der Partnerschaftsprojekte hängt oft von Faktoren ab, auf die der Partner im Westen keinen Einfluss hat.“

Von politischer Seite beleuchtete Borys Tarasjuk die bayerisch-ukrainischen Beziehungen. Die beiden Länder hätten viele Gemeinsamkeiten aufzuweisen, so zum Beispiel eine gut entwickelte Industrie und kulturelle sowie wissenschaftliche Identität und Traditionen. So blieben die bayerisch-ukrainischen Beziehungen weiterhin ein substanzialer Faktor in der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit.

„Es ist überraschend, wie schnell das wiedervereinigte Deutschland und die unabhängige Ukraine aufeinander zugegangen sind und die Grundlagen für ihr bilaterales Verhältnis gelegt haben“, räumte Eberhard Heyken ein. Trotzdem müsse die Ukraine mehr gegen ihr Image im Westen als pseudodemokratischer, sozialistisch geprägter Staat tun.

Nach Leonid Rudnytzky sieht die Ukraine die Welt immer noch durch ein russisches Prisma und ist in ihrer totalitären und sowjetischen Vergangenheit gefangen. Gegenwärtig bemühe man sich sehr, darüber hinaus zu kommen.

Die Ukraine sei immer ein Land der Synthese gewesen; dies biete immer die Möglichkeit von Anknüpfungspunkten - auch kultureller Art. Ihm sei der Begriff der „kulturellen Bande“

„Die Ukraine enthält ihrem Wesen nach vieles, was uns bekannt ist und trotzdem exotisch wirkt. Die Ukraine ist Europa, aber sie ist trotzdem anders.“

Leonid Rudnytzky

lieber als der der „Brücke“. Denn „kulturelle Bande“ signalisiere Vernetzung, Kommunikation und Völkerverständigung, während eine Brücke immer nur ein Weg zum Ziel, nie aber das Ziel selbst sei. Die Ukraine des 21. Jahrhunderts müsse für den Westen jedoch mehr sein als nur ein Mittel zum Zweck! ■

Rafael Tremel

Der steinige Weg der Ukraine nach Europa

„Wo sind die Grenzen Europas?“ lautete die zentrale Frage einer zeitlich und thematisch an die Ukraine-Tagung angrenzenden Konferenz in München. Mitveranstalter der Akademie waren das polnische und das ukrainische Generalkonsulat sowie die Ukrainische Freie Universität.

Interessant war vor allem die enge Bezugnahme der polnischen und ukrainischen Seite aufeinander. Die polnischen Vertreter betonten wiederholt die starke historische Verflechtung und Mentalitätsverwandtschaft ihres Volkes mit den Ukrainern sowie die Vorbildrolle Polens für eine ukrainische „Westintegration“.

Die ukrainischen Gäste schlossen sich dieser Ansicht einhellig an. Spannend werde vor allem die zukünftige Funktion Deutschlands, das zwar in Bezug auf Polen eine Fürsprecherrolle übernehme, bislang jedoch noch nicht für die Ukraine. So unterstrichen auch die deutschen Veranstalter die „Bringschuld Deutschlands“ gegenüber den osteuropäischen Staaten (Heinrich Oberreuter).

Einen versöhnlichen wie zusammenfassenden Abschluss lieferte Eberhard Heyken, deutscher Botschafter a.D. in der Ukraine: „Die europäische Einigung ist ein Prozess und alles deutet darauf hin, dass die Ukraine in diesen Prozess eingebunden ist.“

Schattenwirtschaft gleicht Defizite aus

Ob und wie weit die Ukraine wirtschaftlich bereits in der Lage ist, sich in die Europäische Union zu integrieren, erläuterte Peter Hampe. Er prognostizierte, der Zeitraum, um die Ukraine EU-beitrittsfähig zu machen, werde wohl etwas mehr betragen als die seitens mancher osteuropäischer Optimisten veranschlagten zehn Jahre. Da der Wachstumseinbruch in der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion bei ca. 65 Prozent gelegen habe, gelinge es bis heute nur der nicht in der Statistik auftauchenden Schatten-

wirtschaft, die nötigsten Defizite auszugleichen. Obwohl die Ukraine ihr Reformtempo erhöht habe, hinke das Land im Transformationsprozess in einigen Schlüsselbereichen noch weit

„Die europäische Einigung ist ein Prozess und alles deutet darauf hin, dass die Ukraine in diesen Prozess eingebunden ist.“

Eberhard Heyken

hinterher. Im Fall eines künftigen EU-Beitritts müsse man zusätzlich berücksichtigen, dass die Ukraine einem gnadenlosen Wettbewerb ausgesetzt sein werde. Dem sei das Land noch lange



Peter Hampe: Beitritt nicht innerhalb von zehn Jahren

nicht gewachsen. Insofern solle man nichts überstürzen. Die Aufrechterhaltung einer Beitrittsperspektive für die Ukraine sei durchaus legitim, jedoch nicht innerhalb von zehn Jahren, folgerte Hampe.

Aus polnischer und ukrainischer Sicht klang alles optimistischer. Die Ukraine und Polen hätten inzwischen viel-

seitigste Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit, so A. Perlik von der Abteilung für bilaterale Zusammenarbeit im polnischen Ministerium für Wirtschaft. Es bestehe trotzdem die große Sorge, dass mit dem Beitritt



Optimistisch: Eberhard Heyken
Fotos: Tremel

Polens zur EU diese wirtschaftliche Zusammenarbeit erschwert werde, weil Polens Ostgrenze zur EU-Außengrenze werde. Umso dringlicher sei



A. Perlik: Baldiger Beitritt der Ukraine zur EU dringlich

der baldige Beitritt der Ukraine zur EU, schloss Perlik. Dass dieser Willensbekundung - sofern sie pro-europäisch ausfällt - dann auch Taten folgen müssen, ist selbstverständlich. ■

Rafael Tremel

Reformdynamik aus dem Osten?

Die EU-Erweiterung als Chance auch für die alten Mitglieder

Die Erweiterung der EU nach Osten ist eine bisher beispiellose Herausforderung. Aber auf der Seite der alten EU-Mitglieder existiert immer noch keine klare und ausgereifte Integrationsstrategie. Das ist jedenfalls die Einschätzung von Prof. Dr. Andras Inotai, dem Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Budapest. Dabei habe das neue Gesamteuropa seit 1989 eine Ost-West-Stabilisierung so nötig wie nie zuvor, auch im Rahmen des schon vor 1989 aufgetretenen und seither ignorierten Reformzwanges innerhalb der Union. Letztendlich, so Inotai, gehe es um nichts Geringeres als die zukünftige Wandlungsfähigkeit der EU.

Einzigartig und daher von besonderer Schwierigkeit für die Akteure ist die Erweiterung auf Grund mehrerer Tatsachen. So ist nicht nur die Zahl der zum Beitritt entschlossenen Staaten bisher unübertroffen, auch werden diese Staaten einem bereits sehr entwickelten und durch einen gemeinsamen Besitzstand („acquis communautaire“) institutionalisierten Europa beitreten. Also einem größeren und anderen Europa als beispielsweise 1986 bei der Süderweiterung um Spanien und Portugal. Inotai stellte dabei die Beitragsreife einiger dieser Kandidatenländer auf den Prüfstand. Sie seien nicht nur alle finanzielle Nettoempfänger, sondern auch mit erheblichen strukturellen Differenzen untereinander behaftet. Deshalb spielten bei der Osterweiterung die Modalitäten eine entscheidende Rolle. „Wir können durch eine verfehlte Erweiterungspolitik die Wandlungsfähigkeit der Europäischen Union ernsthaft gefährden!“ Inotai leitete daraus die Frage ab, welche Art von Osterweiterung der EU nütze, um dem Ziel von mehr Stabilität, Sicherheit und Wohlfahrt näher zu kommen. Hier stellte der ehemalige ungarische Beauftragte für den EU-Beitritt fest, dass die bisherige Öffnung der EU und vor allem der NATO Richtung Osten den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten bereits statistisch belegbare Wirtschafts- und Demokratisierungserfolge gebracht hat. Inzwischen sind die Mittel-Osteuropaländer (MOEL) in der EU-Außenhandelsbilanz mit 12

Prozent vertreten. Dies sei, innerhalb von gut zehn Jahren, eine beachtliche Leistung. Gerade die hier zu Grunde liegende extrem hohe soziale und in-



Andras Inotai: EU ohne ausgereifte Integrationsstrategie
Foto: Schröder

sstitutionelle Flexibilität in den MOEL hob Inotai hervor. Die Kandidatenrolle dieser Länder unterscheide sich verglichen mit früheren Erweiterungsräumen genau durch deren forcierten, hohen eurozentrierten Anpassungsgrad.

Behutsame Strategie

Diese Anpassungsversuche scheinen in der Tat eine fruchtbare Kraft in sich zu bergen. Zumindest vermutet Inotai hier das Potenzial, Europa nach der Erweiterung gemeinsam gestalten zu können. Hier verbirgt sich wohl die

Herausforderung einer Reformdynamik aus dem Osten, die zugleich eine Chance ist. „Eine Herausforderung kann eine Gesellschaft nur als Chance akzeptieren, sonst ist die Gesellschaft Verlierer von Anfang an“, erläuterte Inotai. Um die Chance in dieser Herausforderung positiv nutzen zu können, bedürfe es vor allem einer behutsamen und überlegten Erweiterungsstrategie. Eine solche Strategie sei bisher innerhalb der EU aber nur bruchstückhaft und ohne klare Zeitparameter vorhanden. Das habe zu einem regelrechten Wettlauf der 10 Kandidatenländer um den möglichst frühen Abschluss der Beitrittsverhandlungen geführt. Er selbst halte jedoch den Verhandlungsabschluss alleine noch nicht für einen Indikator der Beitriftsfähigkeit eines Kandidatenlandes.

Gefahr der Zwei-Klassen-Mitgliedschaft

Die EU gerate zunehmend in eine Glaubwürdigkeitskrise, wenn sich eines Tages herausstellte, dass bestimmte Neumitglieder auf Grund einer vorschnellen Anwerbung seitens der Union plötzlich hinter andere Staaten zurückfielen und nicht mehr mithalten könnten. Für diesen Fall prognostizierte Inotai eine Art „selbstinduzierte Zwei-Klassen-Mitgliedschaft“ für jene schwächeren Neumitglieder. Würden sich diese ihrer Unfähigkeit bewusst, so geriete Europa wiederum in eine Phase großer sozialer und wirtschaftlicher Spannungen und damit in eine erneute Teilung zwischen Ost und West. „Glaubwürdigkeit ist aber nicht teilbar, genauso wenig wie Stabilität.“ So müssten gerade die Bevölkerungen in den Kandidatenländern auf breiter Basis mental vorbereitet werden. Weitergedacht bedeutet dies auch, den Öffentlichkeiten in noch nicht „EU-reifen“ Staaten ehrlich die eigenen Bedenken und gegebenenfalls ablehnenden Entscheidungen zu erklären. Die schlechende Herausforderung der

Globalisierung und ein „Zwang zur Stabilität“ machten die Bewahrung der inneren Kohäsion und die Aufnahme nur reifer Kandidaten unvermeidbar. Ziel müsse immer die Nachhaltigkeit europäischer Stabilität sein, so Inotai. Hiermit verknüpft seien zukunftsweisende Richtungsentscheidungen wie jene um Föderalismus oder Intergouvernementalismus, Nationalstaatlichkeit oder Regionalismus, letztendlich auch das Ringen nationaler Kulturen um europäische Werte.

Verzicht auf Zukunftsideen

Damit diese großen Herausforderungen in einer größeren EU gleichberechtigt umgesetzt werden können, ist eine innere Reform der Union unausweichlich. Inotai sprach sich vor allem für Änderungen im EU-Haushalt, in der gemeinsamen Agrarpolitik und im Bereich des Arbeitsmarktes aus. Man müsse sich ernsthaft fragen, ob man zum Erhalt eines zum Teil überalterten Besitzstandes gänzlich auf die Investitionen in Zukunftsideen verzichten wolle, warnte Inotai. Nochmals mahnte er zur genauen Abstimmung der Modalitäten: „Kranke können Medikamente bekommen, die ihnen die Heilung bringen und Kranke können Medikamente bekommen, die ihnen den Tod bringen.“ Auf die zentrale Frage, welche Auswirkungen die Osterweiterung in den Reformbereichen haben könnte, stellte der Referent vor allem mögliche positive Impulse im Bereich der Struktur, Institutionen und Verwaltung der EU in Aussicht. Günstig sei, dass in einigen Kandidatenländern der europäische Gedanke momentan intensiver angestrebt und gelebt werde als in den EU-Mitgliedstaaten selbst. Diese Tatsache legt die Vermutung nahe, dass auch große politische Visionen irgendwann in die Alltäglichkeit transformiert werden müssen, um die Perspektiven einer konkreten Reformdynamik, wie Inotai sie durch die Osterweiterung für möglich erachtet, zu erreichen. ■

Rafael Treml/Manfred Schwarzmeier

Der deutschen Vergangenheit auf der Spur Personalseminar der Akademie in Sachsen

Die jüngste deutsche Vergangenheit mit der Wende in der DDR und der seitdem laufende Prozess der inneren Einheit Deutschlands waren die beherrschenden Themen eines Personalseminars der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie in Sachsen. Kooperationspartner war die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), die in Zschortau bei Leipzig über eine eigene Tagungsstätte verfügt. Organisiert und geleitet wurde das Programm von Wolfgang Zimmermann und Nike Dittmar von der DSE sowie dem Personalratsvorsitzenden der Akademie, Klaus Grosch.

Der Wandlungsprozess der Landwirtschaft von den LPGs zu privatwirtschaftlichen Betrieben stand auf dem Programm wie auch ein Besuch im Stasi-Museum „Runde Ecke“ oder im Zeitgeschichtlichen Forum. Besonders beeindruckend war eine Führung im ehemaligen Bunker der Führungsriege der Leipziger Stasi-Zentrale. Ein Kabarettbesuch bei den „Academixern“ rundete das Programm ebenso ab wie eine Stadtrundfahrt mit einem Abstecher in „Auerbachs Keller“. So konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sonst ständig Seminare der politischen Bildung organisieren, sich selbst einmal der Weiterbildung widmen. Finanziell großzügig unterstützt wurde das Programm durch den Förderkreis der Akademie. ■ ms



Freude über ein gelungenes Programm: Klaus Grosch und Wolfgang Zimmermann (rechts)



Besonders beeindruckend: der Stasi-Bunker in der Nähe von Leipzig
Fotos: ms

Krieg und Erinnerung auf dem Balkan

Von Prof. Dr. Wolfgang Höpken

Die 41. Internationale Hochschulwoche in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft behandelte „Krieg und Erinnerung auf dem Balkan“. Wir dokumentieren stark gekürzt die einführenden Bemerkungen in das Tagungsthema von Prof. Dr. Wolfgang Höpken

Deutungsmuster der Vergangenheit

Kriege sind fundamentale, ja geradezu dramatische Erfahrungszäsuren; sie sind - in einem Wort Reinhart Kosellecks - „Erfahrungsbrüche“ und „Erfahrungsschübe“, sowohl für das einzelne Individuum wie auch für Gesellschaften und Kollektive. Für den Einzelnen bedeuten sie die Gefahr physi-



Wolfgang Höpken: Auch Wandel im Westen beim Umgang mit Krieg

scher oder psychischer Beschädigung, die Konfrontation mit dem Tod, als drohendes eigenes Schicksal und als Erfahrung des Verlustes nahestehender Personen wie auch – sofern man selbst in kriegerische Handlungen verwickelt ist – als Gewißheit, dass das eigene Überleben von der Vernichtung des Anderen abhängt. Für Gesellschaften bedeutet der Krieg die Erschütterung sozialer Ordnung, häufig die Gefährdung des materiellen Überlebens, im Falle der Kriegsniederlage in der Regel auch einen Herrschaftswechsel und die Unterordnung unter die Autorität des Kriegsgegners.

Es verwundert daher nicht, dass Kriege in allen Gesellschaften und Kulturen und auch zu allen Zeiten im Gedächtnis der Menschen – und zwar wiederum im Gedächtnis der Individuen wie auch im kollektiven Gedächtnis – eine zentrale Rolle gespielt haben. Kriegserfahrungen sind dabei derart tiefgreifende Kontinuitätsbrüche, dass sie in die gewohnten und bis zum Kriege bestehenden Interpretationszusammenhänge des historischen Denkens nicht umstandslos zu integrieren sind. Sie verlangen nach neuen Deutungsmustern des Vergangenen, sie erzwingen eine Neuschöpfung der historischen Orientierung, mittels derer das als so außerordentlich Erfahrene verarbeitet werden muss. Kriege sind daher immer auch Gedächtniskrisen. In diesem Sinne wirken Kriege, wie es Reinhart Koselleck genannt hat, wie „Erinnerungsschleusen“, welche das Geschichtsbewusstsein in eine Vor- und eine Nachkriegszeit teilen.

Identitätsbruch

Die Art und Weise, wie und warum unsere europäischen Gesellschaften sich der Kriege erinnern, sind dabei ein Produkt der Moderne. Die Memoria des Krieges im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit folgte anderen Regeln. Der Krieg und der Kriegstod standen in diesen Epochen der Geschichte ganz im Zeichen einer christlichen Weltdeutung, sie wurden eschatologisch als Schicksal genommen, das der besonderen Begründung nicht bedurfte. Erst die Moderne, das Zeitalter des Nationalismus und der Nationalstaaten, verleiht dem Krieg und mit ihm der Erinnerung an den Krieg neue Facetten. Mit dem Gedanken der modernen Nation und des Nationalstaats nämlich wird die Verpflichtung zum

Opfer für das Vaterland, bis hin zur Bereitschaft zum Tod im Krieg, zum mentalitätsprägenden Kern des Nationalismus.

Und jene Funktion des Kriegserinnerns ist auch durch die Erfahrung des Ersten Weltkriegs nicht erschüttert worden, obwohl er der erste „industrielle Massen-Krieg“ mit bis dahin ganz unbekannten Ausmaßen des Sterbens und des Schreckens war. Er verwandelte die Formgebung des Kriegserinnerns, nicht aber deren Sinngebung. Kriegerdenkmäler, das Grabmal des unbekannten Soldaten, erstmals 1920 in Frankreich und England, dann in den meisten anderen europäischen Staaten adaptiert, im Laufe der 1920er und 30er Jahre auch in Südosteuropa, waren ein Ausdruck dieser veränderten Formgebung.

Erst die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, des Holocaust und der Vernichtungskriege, des Massensterbens nicht nur an der Front wie im Ersten Weltkrieg, sondern auch in den Städten, veränderten den Umgang mit dem Krieg im historischen Denken. Diese Form der Kriegserfahrung war mit den herkömmlichen Formen historischen Denkens nicht mehr vereinbar. Anders als der Erste Weltkrieg führte der Zweite – so Jörn Rüsen – zu einem Identitätsbruch.

Kriegserinnern und Kriegsbereitschaft

Wie fügt sich nun Südosteuropa ein in dieses hier holzschnittartig ange deutete Bild des Kriegserinnerns? Der Umgang mit dem Krieg im 19. und frühen 20.Jahrhundert, zwischen Nationalstaatswerdung und Erstem Weltkrieg, unterschied sich dabei allenfalls in seinen konkreten kulturellen Ausdrucksformen, aber eigentlich nicht einmal dort, von jener eben angedeuteten Rolle, welche die Kriegserinnerung im übrigen Europa spielte. Auch hier sollte das Erinnern an vergangene Kriege und Gewalt der Konstruktion der staatlichen und nationalen Handlungseinheit dienen.

Am Beispiel Serbien sei dies wenigstens stichwortartig illustriert. Hier war es bekanntermaßen vor allem der Rekurs auf die mittelalterliche Kosovo-Schlacht von 1389, die spätestens mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in das Zentrum eines romantischen Nationalismus rückte. Die Belletristik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in den schulischen Medien, im Wirken nationalistischer Vereine und Organisationen wie der „Omladina“, nicht zuletzt in der staatlichen Vergangenheitspolitik selbst rückte das Erinnern an die Kosovo-Schlacht und die vergangenen militärischen Auseinandersetzungen mit dem Osmanischen Reich in den Mittelpunkt des Bemühens, der serbischen

menhang“ stehen. Ohne den Rekurs auf einen glorifizierten Befreiungsmythos kam man nirgends aus.

Schon vor 1914 waren der Krieg und die kriegerische Gewalt im Dienste der Nation in Südosteuropa somit zu positiv besetzten Elementen der Memorialkultur geworden. Und darin war der Balkan eben unzweifelhaft ein Teil der europäischen Geschichte. In Jugoslawien wurde der Erste Weltkrieg zum Ursprungsmythos eines im und aus dem Kriege errungenen gemeinsamen südslawischen Staates gemacht, und sein öffentliches Erinnern ließ sogar den Kosovo-Mythos als bis dahin zumindest für Serbien dominierende Erinnerungsfigur zurücktreten.

stisch gebenden Geschichtsbild beinahe unverändert erhalten. Vor allem aber in Jugoslawien war es neuerlich ganz der Krieg, nämlich der Krieg der Partisanen, auf den sich die Legitimität des Systems und die Identität des Staates stützte und der als staatserzeugende Kraft heroisiert wurde.

Das Bild der Kriegserinnerung bestand dabei aus festgefügten Deutungsmustern; es war ein extrem selektives Erinnerungsbild, ein Bild der Sieger, das nur wenig Gespür für die Ambivalenzen der Erfahrungen zeigte, die der Krieg für die unterschiedlichen Gruppen an Beteiligten bereitet hatte. Es wurde beherrscht vom unbefragbaren Interpretationsparadigma, wonach es letztlich nur die Kommunistische Partei und ihre Partisanen gewesen seien, die sich konsequent den Besatzern und der Front innenpolitischer „Kollaborateure“ entgegengestellt hätten, ein manichäisches Bild des Krieges, das all diejenigen ausschloß, die sich nicht in dieses Deutungsschema einfügen ließen. Es war zudem ein Bild des Krieges, das diesen seiner ethnischen Züge entkleidete, das den Charakter des Krieges als Bürgerkrieg, der er eben auch gewesen war, als Krieg „jeder gegen jeden“, wie ihn der Soziologe Slobodan Inic einmal bezeichnet hat, umging.

Das offizielle Gedächtnis des Krieges geriet zu einer ritualisierten Erinnerungsinszenierung, die sich stets mehr an einer kognitiven Kontrolle über die Gesellschaft interessiert zeigte und nicht an einer diskursiv gewonnenen historischen Identität. So hat die permanente Kluft zwischen dem offiziellen Gedächtnis und der Ambivalenz der Erfahrungen letztendlich die Glaubwürdigkeit des offiziellen Kriegsbildes erschüttert; das verordnete Erinnerungsbild erfuhr eine zunehmende Auszehrung seiner integrierenden Kraft; der jugoslawische Staat ebenso wie das sozialistische System ließen sich über den Gründungsmythos des Partisanenkrieges immer weniger integrieren und stabilisieren.

In der System- und Bestandskrise Jugoslawiens seit der Mitte der 1980er Jahre sollte so auch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg eine in dieser



Straßenpatrouille durch KFOR-Truppen

Quelle: Viewimages

Nation Identität und dem serbischen Staat eine territoriale Utopie zu vermitteln. Es erzeugte so das, was der serbische Literaturhistoriker Jovan Skerlić für das Serbien des 19. Jahrhunderts einmal die „halluzinierende Wirkung des Kosovo-Schlachtfeldes“ genannt hat.

Am Beispiel des Balkan-Kriegs ließe sich nicht nur für Serbien die Feststellung bestätigen, die George Mosse für das Europa am Vorabend des Ersten Weltkriegs getroffen hat, dass nämlich „Kriegserinnern und mentale Kriegsbereitschaft in einem engen Zusam-

Heroisierung des Partisanenkriegs

Die eigentliche Zäsur im Erinnern von Kriegen war der Zweite Weltkrieg. Erst jetzt verlor der Krieg - zumindest in Westeuropa - den prominenten Platz in der öffentlichen Geschichtskultur und in der gestifteten Identität der Nationen. Der Balkan hat, so scheint es, diesen Wandel nicht mitgemacht, zumindest nicht in gleichem Maße. Die Tradition der anti-osmanischen Aufstände und Kriege blieb auch in einem sich nunmehr marxi-

Weise wohl von niemandem erwartete destruktive politische Wirkungskraft entfalten. In der in dieser Zeit auf allen Seiten betriebenen Aktivierung traditionalistischer Vergangenheitsbilder, Symbolisierungen und Inszenierungspraktiken wurde der Krieg neu erlich als identitätsstiftende Erinnerungsfigur in das Zentrum gerückt.

Folie für Gegenwartserfahrungen

Wie kommt es, dass eine Kriegserinnerung, die über vierzig Jahre hinweg ihre Brisanz verloren zu haben schien, so unvermittelt wieder politisch wirkungsmächtig werden konnte? Waren es die stets beschwiegenen Fragen der Kriegserinnerung, die sich als transgeneratives Gedächtnis erhalten und gegen die offizielle Erzählweise des Krieges behauptet hatten? Und die nun, da die ideologische Kontrolle gewichen war, an die Oberfläche drangen und handlungsbeeinflussend wurden? Hatten sie sich - wie es Claudia Althaus in anderem Zusammenhang genannt hat - als „semantisches Archiv“ erhalten, dessen Bilder nun abgerufen werden konnten als Folie für Gegenwartserfahrungen? Waren die unterschiedlichen Erinnerungen vielleicht auch in den vierzig Jahren jugoslawischem Sozialismus im Alltag doch präsenter gewesen als es uns das veröffentlichte Bild relativer Konfliktlosigkeit glauben gemacht hatte? Oder aber haben wir es doch „nur“ mit einem „erfolgreichen“ Identitätsmanagement zu tun, das sich in Zeiten der System- und Orientierungskrise in der Lage zeigte, Emotionen zu produzieren, die nur vordergründig noch durch vermeintliche historische Erfahrungen gestützt waren?

Kriegserinnerung als Konfliktvariable

Eine eindeutige Antwort lässt sich meines Erachtens beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht recht finden. Zum mindesten fallen die wenigen empirischen Befunde divergierend aus, und vielleicht spiegelt diese Divergenz auch die Komplexität der Ereignisse wider: Der holländische Anthropolo-

ge Bart Max etwa hat in seiner Lokalstudie über das hercegovinische Pilgerdorf Medjugorje beschrieben, wie die alten Erinnerungen auch über all die Jahrzehnte des Sozialismus hinweg durchaus präsent waren und die zwischen Kroaten und Serben geteilte dörfliche Gemeinschaft regelrechte Erinnerungskämpfe entlang der alten Frontlinien, zum Teil mit blutigem Ausgang, ausgetragen habe.

Stevan Weine's Interview-Projekt mit bosnischen Flüchtlingen wiederum hat Zeugen dafür gefunden, dass es das Verschweigen der Kriegszeit war, welches die Beziehungen der ethnischen



Flüchtlingslager im Kosovo
Quelle: NZZ-Bildarchiv

Gruppen im Alltag prägte und ihre Koexistenz ermöglichte: „The memory of that killing, had been carried silently by the family for five decades“, so balanziert Stevan Weine die Geschichte von ihm befragter Familien. Lokal- und Mikrostudien wie Hannes Grandits „oral-history“ Untersuchungen in der Krajna und Erinnerungen Beteiligter lassen den Aspekt des „gemachten“ Konflikts stärker in den Vordergrund treten. In jedem dieser Deutungsmodelle aber spielte die Erinnerung an vergangene Kriege die Rolle einer nicht zu unterschätzenden Konfliktvariable.

Trennung von der Kriegsfixierung

So ist denn doch eine auffällige Resistanz zu erkennen, die das kollektive Gedächtnis in Südosteuropa an die Erinnerung des Krieges gebunden hat, in mancherlei Hinsicht und vor allem in Jugoslawien bis über die Zäsur des Zweiten Weltkriegs hinaus. Wenn sich für die Zukunft hieraus eine Konsequenz ziehen lässt, so ist es wohl die, dass sich diese Gesellschaften um eine Identität zu bemühen haben, welche diese von der Fixierung auf die Erfahrung des Krieges als Kern der eigenen

Identität löst. Das Erinnern der Kriege muss in den Worten Jan Assmanns zur „identitätsneutralen Geschichte“ werden. Dieser Zwang zur Historisierung der kriegerischen Vergangenheiten gilt nicht nur für Serbien, das sich von jener kriegszentrierten historischen Orientierung des vergangenen Jahrzehnts wird trennen müssen; es gilt nicht minder für Kroatien, wo die staatliche Identität bislang ebenso auf dem heroisierten Ereignis des „vaterländischen Krieges“ der Jahre 1991 bis 1995 gegründet wird; und es gilt nicht zuletzt auch für die Muslime, deren kollektive ethnische Identität heute ganz entscheidend aus einer vorrangig als Opferdiskurs geführten Selbstvergewisserung schöpft. Möglicherweise fallen solche Ratschläge an die Adresse

Südosteupas in einer Zeit aber merkwürdig stumpf aus, da der Westen offenkundig dabei ist, seinerseits einen neuerlichen Wandel im Umgang mit dem Krieg zu erleben. Hat er doch mit den Interventionen im Kosovo, mit dem nunmehr begonnenen „Krieg gegen den Terrorismus“ eine Aufwertung als Durchsetzungsinstrument zivilgesellschaftlicher Prinzipien erfahren und ist er doch möglicherweise dabei, in einer Weise zum Bestandteil unserer „westlichen Identität“ zu werden, wie dies nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr möglich zu sein schien. ■

Globale und multimediale Meinungsmacht

Fachtagung über die Gefahren der Medienkonzentration

Immer mehr Fernsehprogramme buhlen um die Gunst der Zuschauer. Doch viele dieser Kanäle gehören wenigen Konzernen. Der deutsche Markt wird neben den öffentlich-rechtlichen Anstalten von nur zwei Großunternehmen, der Kirch- und der Bertelsmanngruppe, dominiert. Und die Redaktionen der Sender stützen sich auf immer weniger Quellen bei der Recherche von Informationen. Das öffentliche Bewusstsein wird zunehmend mit dem gleichen Material gespeist. Doch durch die Macht der Bilder gewinnen die Medien auch an politischer Macht. Das Beispiel Italien zeigt, wohin uneingeschränkte Macht über Massenmedien führen kann. Die Akademie lud Kommunikationswissenschaftler, Medienpolitiker und Journalisten nach Tutzing ein, um Stand und Entwicklung im Verhältnis von Medienkonzentration, publizistischer und politischer Macht zu diskutieren.

Die Forderung nach Regulierung und aktivem Einschreiten der Medienpolitik war deutlich. Bedenkt man die Situation noch vor wenigen Jahren, als die privaten Sender gegen den Widerstand der Landesmedienanstalten eine Deregulierung der Nutzung der Kabelfsysteme durchsetzten, wirkt es umso



Ernst-Joachim Mestmäcker liefert mit der KEK aktuelle Berichte zur Lage der Medienkonzentration

erstaunlicher, dass eben diese Forderung nach Regulierung von Ingrid Haas, Pressesprecherin bei RTL, geäußert wurde. Wie ist dieser Sinneswandel zu erklären? Klarheit lieferte Hermann Meyn, langjähriger Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes (DJV). Sehr anschaulich wies er auf die Gefahren hin, die der deutschen Medienlandschaft in Form von John Malone und seiner Firma Liber-

ty Media drohen. Er kaufte der Telekom einen Großteil der deutschen Kabelfnetze ab und wartet nun auf die Zustimmung des Bundeskartellamtes. Malone wolle auch die letzten Meter



Hermann Meyn warnte vor Liberty Media
Fotos: Damm

der Anschlusskabel an die Häuser der Kunden erwerben. Die Kabelfsysteme sollen dann ausgebaut und digitalisiert werden. Meyn hielt es für wahrscheinlich, dass Malone die zum Empfang benötigten Decoder an die Endkunden verschenke, um sie an seine Angebote zu binden. Was dann allerdings zu welchem Preis mit diesen Boxen empfangen werden könne, bestimme allein Liberty Media. Dramatisch wird die Situation vor dem Hintergrund, dass bisher versäumt wurde, eine „must carry“-Regelung gesetzlich festzu-

schreiben. Eine solche Regelung würde Malone verpflichten, die Übertragung anderer Programme zu garantieren. Zwar hatte Ingrid Haas keine Angst um den weiteren Bestand der Bertelsmanngruppe, da diese im deutschen Markt zu fest verankert sei, doch es bestehe die Gefahr, dass Malone nur noch bereit sei, Teile der Produktionen zu übertragen. Damit stünde der Status der Sender als Programmgestalter auf dem Spiel. Malone würde ein Medienmonopol beherrschen. Obwohl diese Gefahr bekannt sei, bestehe laut Meyn trotzdem eine Chance der Zustimmung durch das Bundeskartellamt, da auf Grund des Modernisierungsschubs und der angepriesenen neuen Arbeitsplätze eine Ausnahmeregelung für möglich gehalten wird.

30 Prozent als kritische Grenze

Eine Kontrolle der Medienkonzentration erscheint also dringend notwendig, um eine Monopolisierung der Medienlandschaft - nicht nur durch Malone - zu verhindern. Wie und durch wen kann eine solche Kontrolle in Deutschland stattfinden? Im Fall Liberty Media muss zunächst die Entscheidung des Bundeskartellamtes abgewartet werden. Doch auch die Landesmedienanstalten und die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) erfüllen diese Aufgabe. Die KEK wurde 1997 gebildet und berichtet kontinuierlich über den Stand der Medienkonzentration. Sie achtet darauf, dass kein Unternehmen eine vorherrschende Meinungsmacht erlangt. Davon ist die Rede, wenn eine Sendergruppe einen Zuschaueranteil von 30 Prozent erreicht. Soweit der Anspruch.

Über die Umsetzung berichtete der Vorsitzende der Kommission, Ernst-Joachim Mestmäcker. So tritt die KEK immer dann in Aktion, wenn Zulassungen zu Programmveranstaltungen oder Änderungen in Beteiligungsverhältnissen eine Prüfung erforderlich machen. Um ihre Zulassung als Pro-

grammanbieter nicht zu verlieren, muss jede diesbezügliche Änderung angezeigt werden. Die KEK tritt dann als bundeseinheitliches Beschlusssorgan auf und ihre Entscheidung ist für die jeweiligen Landesmedienanstalten verbindlich. Eine Besonderheit besteht darin, dass die KEK auch medienre-

ländern Europas empfangbar. Auf lokaler Ebene allerdings könnten die Medienanstalten aktiv Einfluss nehmen. Da das Angebot an Sendefrequenzen knapp sei, könne ein Vielfalt sicherndes Eingreifen und eine Aufsichtsführung im Sinne der gesetzlichen Vorgaben garantiert werden.

dem System immanente Regel. Gründe hierfür sieht er in der - umstrittenen - Unterscheidung von Konkurrenz und Wettbewerb. Während Wettbewerb zu publizistischer Vielfalt führe, sei Konzentration ein durch Konkurrenz hervorgerufenes existenznotwendiges Ziel von Unternehmen. Er kam zum dem Schluss, dass die Konzentration die Legitimationsgrenzen des privatwirtschaftlichen Mediensystems aufzeige.

Blick über die Grenzen

Medienkonzentration ist auch ein europäisches Problem. Thomas Kleist, Direktor des Instituts für Europäisches Medienrecht in Saarbrücken (EMR), stellte daher Wege vor, wie unsere Nachbarn mit dem Problem der Konzentration umgehen. In der britischen Medienlandschaft soll die publizistische Vielfalt mit der im Broadcasting Act von 1996 festgesetzten Beschränkung der Gesamtzuschauer auf 15% und einer Beteiligungsbegrenzung erhalten bleiben. Für digitales Fernsehen und Hörfunk gelten aber Sonderregelungen. Auch in Frankreich gibt es



Zeichnung: Mester

levante Märkte untersucht. So wurde 1999 der Einkauf von Rupert Murdoch bei Premiere untersagt, da auf dem relevanten Markt des Bezahlfernsehens ein Meinungseinfluss entstanden wäre, der einem Zuschaueranteil von 30 Prozent entsprochen hätte. Auf die Frage, ob die KEK in ihrer bisherigen Tätigkeit etwas bewirkt hätte, konnte Mestmäcker auf die Verminderung der Konkurrenz der Landesmedienanstalten untereinander und auf eine gestiegerte Akzeptanz der Konzentrationskontrolle verweisen.

Roland Bornemann, Justitiar der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, unterschied zunächst drei Ebenen der Kontrolle. Für die erste Ebene, das Internet, seien die Landesmedienanstalten nicht zuständig und könnten es auch gar nicht sein, da hier noch keine politischen Beschlüsse gefasst wurden. Auch auf der Ebene des Satellitenfernsehens gäbe es noch Probleme, da eine Kontrolle immer nur im Sendeland stattfinden könne. Je- doch seien die Programme in allen

Anders stellt sich das Problem der Medienkonzentration für den Salzburger Medienökonom Manfred Knoche. Er sieht im Gegensatz zu Mestmäcker



Manfred Knoche: Medienpolitik fördert die Konzentration

und Bornemann in der staatlichen Medienpolitik letzten Endes eine Konzentrationsförderungspolitik. Konzentrationskontrolle sei politisch ungewollt und größtenteils auf Grund fehlender Vorschriften unmöglich. Überhaupt sei Konzentration keine vermeidbare Ausnahme, sondern eine



Thomas Kleist will keine Konzentrationskontrolle auf europäischer Ebene

ähnliche Ansätze, die von einer Zuschaueranteils- und Beteiligungsbeschränkung ausgehen. In Italien stehen sich Berlusconis Mediaset und der öffentlich-rechtliche Sektor in einem Duopol gegenüber. Mit der Begrenzung der Lizenzen pro Unternehmen und einer Umsatzgrenze von 30 Prozent wird versucht eine Regelung zu finden, deren Umsetzung allerdings

unklar ist. Immerhin hat Mediaset mit ihren drei Sendern einen Anteil von fast 36 Prozent am italienischen Fernsehmarkt, wie die Focus-Redakteurin Ellen Daniel hervorhob. Dieser Marktanteil und Berlusconis Funktion als Ministerpräsident lassen eine wirksame Kontrolle fraglich erscheinen. In allen Ländern, so Kleist, gäbe es neben dem allgemeinen Wettbewerbsrecht noch medienspezifische Regelungen. Es würden aber unterschiedliche Parameter angesetzt, die historisch länderspezifisch erklärbar seien. Eine zukünftige einheitliche Regelung in Europa sei zum einen rechtlich unklar, da eine Kompetenzabgrenzung zwischen EU- und nationalem Recht Probleme aufwerfe, außerdem stelle Europa keinen Kommunikationsraum dar, auf den einheitliche Regeln angewendet werden könnten. Ebenso sei eine europäische Gesetzgebung wegen der nationalen Bedeutung der Medienmärkte wenig sinnvoll.

Amerikanisierung?

Kontrovers wurde die von Tagungsleiter Michael Schröder aufgeworfene Frage der Amerikanisierung der deutschen Medien diskutiert. Anja Bundschuh, Vertreterin der Kirchgruppe, wies dies für ihr Unternehmen zurück, da in Deutschland komplexe Gesetze und ein gesellschaftlicher Diskurs eine Amerikanisierung zu verhindern wüssten. Ingrid Haas betonte, dass Bertelsmann zwar ein Global Player sei, aber trotzdem den nationalen Medienmarkt Deutschland berücksichtigen müsse. Amerikanische Muster ließen sich nicht einfach auf den deutschen Markt übertragen. Dies sei auch daran zu erkennen, dass in den Sendern der Bertelsmanngruppe deutsche Produktionen zunehmend amerikanische ersetzen. Wesentlich kritischer sah dies Hans Tschech, nach 15-jährigem Auslandsaufenthalt jetzt Abteilungsleiter Politik beim Hörfunk des BR. Er beobachte sehr wohl eine inhaltliche Amerikanisierung, in der Informationen als Ware gehandelt würden. Er warf den Privatsendern vor, eine nur unzureichende Nachrichtenversorgung anzubieten. Ingrid Haas wies diesen Vorwurf zurück und behauptete, die Zuschauer ihrer Pro-

gramme würden mit allen relevanten Informationen versorgt. Die Unterschiede im Vergleich zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten bestünden lediglich in einer „anderen Aufma-



Ellen Daniel: Problematische Verknüpfung politischer und publizistischer Macht in Italien

chung und unkonventioneller Herangehensweise“. Den quantitativ geringeren Stellenwert begründete sie mit den hohen Kosten der Informationsbeschaffung und den Problemen



Ingrid Haas: auch Privatsender bieten relevante Informationen

der Refinanzierung. Sie hob in diesem Sinne auch den grundlegend verschiedenen Programmauftrag und die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Gebühren hervor, welche eine umfangreichere Recherchearbeit ermöglichten.

Auch Anja Bundschuh bezeichnete Informationsvermittlung als wichtigen Bestandteil der Programme der Kirch-

gruppe. Immerhin existiere in ihrem Unternehmen mit „N24“ ein eigener Nachrichtenkanal. Auch wies sie auf die sogenannten Infotainment-Formate hin, die zwar nicht als reine Informationssendungen erkennbar seien, aber trotzdem innerhalb des Programmes Informationen vermittelten.

Digitalisierung

Nach Zukunftsszenarien befragt waren sich alle einig, dass das Fernsehen weiterhin wichtiger Bestandteil der Medien bleiben werde. Die Vertreterinnen der Medienkonzerne sahen einen entscheidenden Punkt vor allem in der Frage um die Entwicklung von John Malones Liberty Media. Im „best case scenario“ hob Ingrid Haas vor allem die Digitalisierung und die damit verbundene Erweiterung des Fernsehens um verschiedene Applikatio-



Anja Bundschuh: keine Amerikanisierung des deutschen Fernsehmarktes

nen hervor. Hans Tschech war überzeugt, dass es auch in 10 oder 20 Jahren noch einen Bedarf für seriösen Journalismus geben werde, wenn auch der Marktanteil dann geringer als heute sein könnte. Und um in dieser positiven Zukunftsbewertung nicht hinten an zu stehen, ging auch Roland Bornemann von einem zukünftigen Bedarf der Regulierung seitens der Landesmedienanstalten aus. ■

Andreas Damm

Strategien gegen die Verlärmung der Welt

„Die Probleme dürfen nicht unter den Klangteppich gekehrt werden“

Wir leben heute in einer lauten Welt. Menschen früherer Zeiten waren von einer ganz anderen Geräusch- und Klangwelt umgeben. Gegenwärtig dominieren Geräusche von Maschinen, Autos und Flugzeugen und machen der menschlichen Stimme Konkurrenz. Es gibt allerdings auch eine neue Sensibilität für das Hörbare: zahlreiche Initiativen gegen die akustische Umweltverschmutzung haben sich gebildet. Doch häufig ist es eine defensive Strategie, weniger eine bewusste akustische Gestaltung unserer Umwelt. Unter der Leitung von Axel Schwanebeck und Michael Schröder diskutierten Experten aus verschiedenen Fachrichtungen auf einer gemeinsamen Tagung der Politischen und der Evangelischen Akademie Tutzing Zukunftsperspektiven des Hörens und Strategien gegen die Verlärmung der Gesellschaft.

Die Veränderung von Klanglandschaften im Laufe von Jahrzehnten demonstrierte Justin Winkler aus Basel, Gründungspräsident des Forums Klanglandschaft. Am Beispiel des Londoner Bahnhofs Liverpool Street und des Hafens von Vancouver versetzte er die Zuhörerinnen und Zuhörer der Tagung in akustische Träume voller Assoziationen – je nach Biographie mit unterschiedlichen Ergebnissen.



Jürgen Hellbrück: Lärm behindert Lernen
Fotos: Schröder

Auf den harten Boden der medizinischen Realität holte Jürgen Hellbrück, Umweltpsychologe an der Katholischen Universität Eichstätt, sein Publikum. Eindrucksvoll demonstrierte er an mikroskopischen Aufnahmen dauerhafte Schädigungen des Gehörs durch Lärm wie extrem laute Disco-

Musik oder Explosionen. Er wies dabei auf die besonderen physiologischen Eigenarten des Ohrs hin: es ist immer offen, arbeitet als 24-Stunden-Wächter und Bewegungsmelder. Das Ohr erst macht uns zu einem gemeinschaftlichen Wesen. Stille macht Angst. Aber Lärm als chronischer Stress belastet, er behindert Verstehen und beeinträchtigt Aufmerksamkeit. Das Kurzzeitgedächtnis wird gestört, Lärm reizt und macht eine schlechte Stimmung: „Man kann sich nicht an Lärm gewöhnen, auch wenn es so erscheint. Man passt sich an, arrangiert sich und überspielt die Störung. Die Anpassung ist die Falle: die akustische Störung wird gar nicht mehr bemerkt.“

Akustische Gestaltung der Schule

Daran knüpfte Joachim Kahlert an. Der Grundschulpädagoge an der Universität München und Mitorganisator der Tagung betonte, dass eine bewusste akustische Gestaltung der Schule und damit eine gute Hörratmosphäre Voraussetzung für gutes und erfolgreiches Lernen sei: „Anspruchsvoller Lernstoff braucht eine anspruchsvolle Akustik!“ Gegenwärtige Schularchitektur beeinträchtige das Lernen sehr häufig durch Bau und schlechte Akustik. „Die akustische Gestaltung der Schule muss ein Anliegen von Lehrern und Schülern werden. Die Probleme müssen erkannt und angepackt werden“, forderte Kahlert.

Einen anschaulichen Praxisbericht, wie das gehen kann, lieferte Ulrike Roos, Lehrerin an der Deutschen Schule in Mailand. Eine „akustische Bestandsaufnahme“ mit Lärmessungen müsse zunächst ein Bewusstsein für die Probleme schaffen. Danach könnten Lehrer und Schüler gemeinsam an die akustische Gestaltung ihrer Schule gehen. Ulrike Roos lieferte zahlreiche Belege, wie mit einfachen Mitteln (zum Beispiel Stoffbahnen) Lärm vermindert werden kann. Sie gestand aber auch ein, dass Abhilfe Geld kostet und Öffentlichkeit für das Problem sogar schaden kann: „Das ist wie beim Formaldehyd und Asbest in Räumen: schlechte Noten haben ihre Ursachen im Lärm und können gar nicht mehr gegeben werden.“



Lydia Hartl: eindrucksvolles Plädoyer für das gesprochene und gehörte Wort

Vier Stadien der Stimmkultur

Die Münchner Kulturreferentin und Medienwissenschaftlerin Lydia Hartl umriss in ihrem mit zahlreichen Hörrätseln unterlegten Vortrag eine Mediengeschichte der menschlichen Stimme, dem „größten Manipulator“. Dabei seien 90 Prozent der zwischenmenschlichen Kommunikation nonverbaler Natur und es sei ein dramatischer Bedeutungsverlust der Stimme

zu verzeichnen. Sie unterteilte die europäische Stimmkultur in vier Stadien: mündlich, handschriftlich, gedruckt und elektronisch. „Heute haben wir die gleichzeitige Existenz aller vier Stadien.“ In der heutigen öffentlichen Wahrnehmung sei das Auge der Herrscher unter den Sinnen, die anderen die Untertanen. „Aber es gibt kein Prinzip eines Sinns.“ Wenn überhaupt, dann sei dies das Gedächtnis. Die vorherrschende Orientierung am Auge führe zu einem Primitivismus unserer Kultur. „Große Dichtung verlangt den mündlichen Vortrag“. Lydia Hartl endete mit einem eindrucksvollen Plädoyer für die Macht des gesprochenen Wortes gegen das „tote, gedruckte“. Aber ob eine neue Kultur des Hörens in unserer audio-visuell verseuchten, multimedialen Welt überhaupt noch eine Chance habe, konnte auch die anschließende Diskussion nicht klären. Der Zürcher Klangkünstler Andres Bosshard zeigte optisch und akustisch, wie er mit Klanginstallationen in öffentlichen Räumen den Menschen ein neues Bewusstsein ihrer akustischen



Andres Bosshards Klanginstallationen machen den Alltagslärm bewusst

Umwelt verschafft. Da entstehen Klangalleen in Parks: versteckte Lautsprecher in Bäumen strahlen leise Klänge aus, die den Lärm der Stadt erst hörbar machen. Kommunalpolitiker und Bürger sind begeistert und wollen auf diese Erlebnisse nicht mehr verzichten.

600 neue Hörspiele

Von einer Wiederbelebung der akustischen Medienkunst, dem Hörspiel und Hörbuch, berichtete Herbert Kapfer, zuständiger Abteilungsleiter beim



Herbert Kapfer: Boom der Medienkunst

Bayerischen Rundfunk. „Aber es besteht trotzdem kein Anlass zur Selbstbewähräucherung: es ist ein zäher Kampf um die Auffindbarkeit dieser Programme.“ Obwohl es in der ARD pro Jahr 600 neue Hörspiele gebe, sei dies nur ein Anteil von 0,5 Prozent am Gesamtprogramm. Es sei das generelle Problem des Überlebens von Kunst und Zuhörprogrammen in einer kom-

merziellen Medienordnung. Aber Audio-Kunst sei nicht mehr allein an das Radio gebunden: Hörbücher verzeichnen auf Kassette und CD einen Boom, das Internet biete einen relevanten Markt, auch wenn das Problem der Tonqualität noch nicht zufriedenstellend gelöst sei.

Geräuschdesign

Kommerzielle Aspekte von Geräusch und Lärm brachten Hugo Fastl von der TU München und der Ingenieur Joachim Scheuren in die Debatte ein. Fastl erläuterte, dass das Geräusch eines Produkts auf Platz drei der Kaufentscheidung stehe. „Deshalb werden Geräusche designet, sie werden passend manipuliert. Praktische Beispiele: Autotüren fallen je nach angepeilter Zielgruppe mal satter und scheppernder ins Schloss. Beim Motorengeräusch eines Sportwagens wird künstlich „Schärfe“ dazugemischt, dem Rasierapparat wird die „Schärfe“ und „Aggressivität“ genommen. Scheuren konnte den Teilnehmern einen VW Beetle vorführen, der auf Wunsch verschiedene Motorgeräusche im Innern des Wagens simulierte und unterschiedliche „akustische Fahrerlebnisse“ vermittelte. Scheuren berichtete von einem Staubsauger, der durch künstlich prasselnde Sandkörner einen besonders effektiven Saugeindruck vortäuscht. „Akustische Produktgestal-



Musikalische Erinnerungen an die 20er und 30er Jahre: die Vokalgruppe „Stimmbruch“ im Stil der „Comedian Harmonists“.

tung kann Attribute wie sportlich, solide oder robust erzeugen und die Identifikation mit einer Marke verstärken. Sie kann und soll aber auch zur Geräuschminderung beitragen.“

In der Abschlussdiskussion unter Leitung von BR-Kulturchef Christoph Lindenmeyer waren sich alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen einig, dass die Gesellschaft aktive Strategien zur Hör- und Zuhörförderung braucht und dass auf der anderen Seite Lärmbekämpfung ganz oben auf der gesundheitspolitischen Agenda steht (so Münchens Umwelt- und Gesundheitsreferent Joachim Lorenz). Die Proble-

Hören als Gemeinschaftserlebnis ist viel intensiver als allein hören. Was wir brauchen, ist eine aktive Förderung des Hörens an Schulen. Leider verzögert das Ministerium entsprechende Initiativen seit zwei Jahren.“ Ellegast versprach Abhilfe. Vielleicht bringen ja auch die negativen Ergebnisse der PISA-Studie Reformen auf den Weg. BR-Hauptabteilungsleiterin Marion Glück-Levi, Vorstandsmitglied im Verein „Zuhören“ schloss mit einem Plädoyer für das Lautsein: „Kinder müssen laut sein, damit die Großen die Kleinen überhaupt hören können.“ ■

Michael Schröder



Probleme nicht unter den Klangteppich kehren: von links: Jürgen Hellbrück, Christoph Lindenmeyer, Joachim Lorenz, Marion Glück-Levi.

me dürften „nicht unter den Klangteppich gekehrt werden“ (Lindenmeyer) und der Schule und den Medien komme dabei eine Schlüsselstellung zu: „Wir brauchen eine radikale Veränderung der Methoden in der Schule, damit in Zukunft noch zugehört werden kann“, so Wolfgang Ellegast vom Bayerischen Kultusministerium. Die BR-Kinderfunkredakteurin Elke Dillmann weiß aus ihrer Medienarbeit mit Kindern: „Kinder können und wollen zuhören.“

Akustischer Höhepunkt und Schlussstein der Tagung:
Klaus Feßmann vom Mozarteum Salzburg bringt mit seinen Händen einen tonnenschweren Granit zum Klingen



Referenten:

Andres Bosshard
Klangkünstler, Zürich

MR Dr. Wolfgang Ellegast
Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München

Prof. Dr. Hugo Fastl
Akad. Direktor TU München

Prof. Klaus Feßmann
Universität Mozarteum Salzburg

Marion Glück-Levi
Vorstandsmitglied des Vereins „Zuhören e.V.“, Frankfurt/M.
Hauptabteilungsleiterin Familie u. Gesellschaft, BR München

Prof. Dr. Lydia Hartl
Kulturreferentin der Landeshauptstadt München

Prof. Dr. Jürgen Hellbrück
Katholische Universität Eichstätt

Prof. Dr. Joachim Kahlert
Universität München

Herbert Kapfer
Abteilungsleiter Hörspiel/
Medienkunst, BR München

Joachim Lorenz
Gesundheits- und Umweltreferent der Landeshauptstadt München

OStR Ulrike Roos
Deutsche Schule Mailand

Dr. Joachim Scheuren
Präsident der Deutschen Gesellschaft für Akustik e.V.,

PD Dr. Justin Winkler
Gründungspräsident des Forums Klanglandschaft, Basel

Moderation:

Christoph Lindenmeyer
Leiter der Hauptabteilung Kultur des Bayerischen Rundfunks, München

Tagungsleitung:

Dr. Michael Schröder
Akademie für Politische Bildung
Dr. Axel Schwanebeck,
Evangelische Akademie Tutzing

Die Zukunft der mobilen Gesellschaft

Nachhaltige Strategien für den Verkehr mit alternativen Energien

„Zukünftige energetische Grundlagen des Verkehrs“ aufzuspüren hatte sich der Kooperationsworkshop der Evangelischen und der Politischen Akademie Tutzing zum Ziel gesetzt. Die Schwerpunktthemen, denen sich die zahlreichen Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft annahmen, waren die zeitliche Verfügbarkeit der noch zu erwartenden Rohölreserven und die Möglichkeiten, von ihnen unabhängiger zu werden durch Steigerung der Effizienz und den Einsatz alternativer Energien. Als Reserven werden die Mengen an gebundenem Erdöl bezeichnet, die unter den heutigen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen förderbar sind.

Peter Knoedel blickte optimistisch in die Zukunft. Da in den letzten Jahren stets mehr Öl entdeckt als verbraucht worden sei, könne man nicht sagen, wie viel Öl noch in der Erde stecke. Dies bedeute in Bezug auf die noch förderbaren Ölreserven, dass der Punkt, an dem sich die Weltjahresförderung mit dem Weltjahresverbrauch an Erdöl die Waage halte - der sog. Peak - noch nicht überschritten sei. Zumindest lassen Knoedels Förderzahlen eine generell positive Abschätzung der noch zu erwartenden Reserven zu. Laut Knoedel kann daher der Wille zu umweltverträglichen, nachhaltigen Energien nicht - zumindest noch nicht - mit der Knappeit konventioneller Energieträger gerechtfertigt werden: „Entscheidend für die Ölverfügbarkeit der nächsten 30 Jahre sind nicht Physik und Geologie, sondern Ökonomie und Politik“, so Knoedel abschließend.

Wann fließt der letzte Tropfen Öl?

Dieser Aussage konnte sich Friedrich-Wilhelm Wellmer qualitativ nur anschließen. Jedoch ergänzte er Knoedels Ausführungen um einige quantitative Aspekte. Die Reserven hingen nicht nur vom Lagerstättentyp (z.B. in Bezug auf die Größe) ab, sondern auch vom Preisniveau. Steige dieses an, intensivierten die Firmen logischerweise ihre Explorationsbemühungen. Das führe dann häufig zu Neufunden an

Erdöl. Die zeitliche Verfügbarkeit des Rohstoffes errechnet sich dann aus diesen Reserven und der jeweils letzten Weltjahresproduktion (=Verbrauch), stellt aber immer nur eine statistische Momentaufnahme in einem dynamischen System dar. Sehe man von den Markteinflüssen ab, so lasse sich beim Erdöl eine Lebenszyklus-

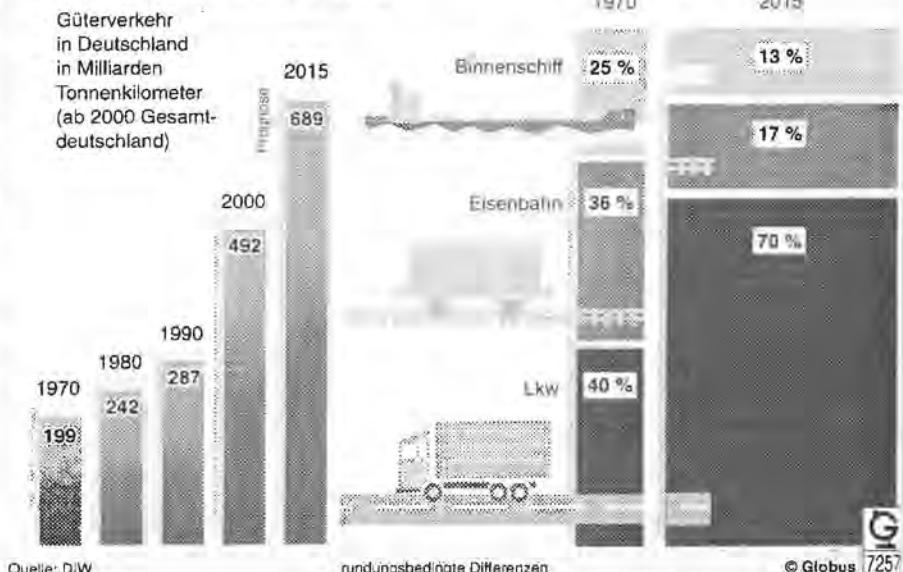
ner Lagerstätten - kontinuierlich ab, so dass der Punkt, an dem wirklich der „Letzte Tropfen Öl“ produziert werde, nochmals weiter in die Zukunft verlagert sei.

Dramatischer sieht hingegen Jörg Schindler die Energiesituation. Je nachdem, ob man eine konstante oder eine steigende Weltjahresproduktion voraussetze, liege der globale Peak zwischen 2005 und 2010. „Das erfordert eine Neujustierung des energiepolitischen Kompasses der Welt.“

Luftfahrt ohne Alternativen

„Der letzte Tropfen Öl muss verflogen werden“, meinte Frank Walle. Egal, von welchem Entwicklungssze-

Die Verkehrslawine



kurve extrapoliieren, deren Scheitelpunkt (=Peak!) das Fördermaximum bei 50-prozentigem Verbrauch der Reserven darstelle. Diesen Punkt könne man zeitlich abschätzen. Für die Welterdölförderung liege er bei gleichbleibender Weltjahresproduktion ungefähr im Jahr 2020, prognostizierte Wellmer. Danach nehme die Förderintensität - erfahrungsgemäß extrapoliert an den Beispielen einzel-

nario für die Luftfahrt man nach dem 11. September ausgeht, immer wird mit einem Wachstum gerechnet. Walle's Angaben zu Folge wird sich die Weltluftflotte in den nächsten 20 Jahren verdoppeln. Daher werde Erdöl dringender benötigt als je zuvor, und das obwohl der Luftfahrtsektor nur 20 Prozent des jährlich geförderten Erdöls verbraucht. Zwar nannte Walle einige technische Möglichkeiten zur Einspa-

rung von Energie, betonte jedoch abschließend, dass sich die Luftfahrt bisher noch nicht auf die langfristige Entwicklung alternativer Energietechnologien eingestellt habe.



Frank Walle: „Der letzte Tropfen Öl muss verflogen werden“

Ganz andere Potenziale könne hier die Deutsche Bahn aufweisen, so Peter Westenberger. Der Anteil an Erdöl und Erdgas im Energiemix des Unternehmens betrage nur 15 Prozent. Damit sei die Bahn relativ unabhängig vom Mineralölmarkt. Obwohl zwar der betriebliche Energieverbrauch noch steigen werde - bis 2015 immerhin um ca. 13 Prozent - bleibe die Bahn das, was sie schon heute sei, nämlich das mit Abstand energiesparsamste Unternehmen. Man werde jedoch weiterhin versuchen, den Umweltvorsprung speziell in Bezug auf den geringen Kohlenstoffdioxid-Ausstoß und Energieeinsparungspotenziale auszubauen, so Westenberger.

Zukunft Brennstoffzelle

Ähnliche Einsparungsmöglichkeiten im Automobilverkehr sieht auch Michael Niedenthal. Eine 25-prozentige Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs bis 2005 werde von der Regierung angepeilt. So würden bis 2010 die Emissionen stark zurückgehen, zumal ja bereits für 2004 das erste serienreife Brennstoffzellenauto auf den Markt kommen solle. Gerade dies zeige, auch wenn erdölbasierte Kraftstoffe noch für längere Zeit die Massenbasis seien, dass die langsame, schrittweise Ergänzung durch alternative Energien – bis hin zum Endziel des Ersatzes

– möglich sei. „Mobilität muss man so gestalten, dass sie mit dem Nachhaltigkeitsprinzip vereinbar ist“, folgerte Niedenthal.

Drei Szenarien

Einen Blick in die Zukunft der Mobilität wagte schließlich Ralf Ratzenberger. Im Rahmen seiner „Verkehrsprognose 2015“ beschrieb er drei exemplarische Szenarien der zukünftigen Entwicklung des Verkehrs. Allen dreien ist die Prognose einer stark ansteigenden PKW-Dichte bis 2015 zu Grunde gelegt. Im „Laissez-faire-Szenario“ kommt es durch das Entfallen zusätzlicher verkehrspolitischer Regularien zu einer Zunahme der Kohlenstoffdioxid-Emissionen um ca. 15 Prozent. Das Gros dieses Anteils wird hier auf die Konten des Straßenverkehrs und der Luftfahrt gehen. Im „Trend-Szenario“ werden lediglich im Bereich des Güterverkehrs zusätzliche Finanzauflagen für LKW mit eingerechnet.



Michael Niedenthal: Emissionsrückgang durch Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs

Während der motorisierte Güterverkehr wie erwartet nicht so stark ansteigt, nimmt hier vor allem der gesamte Personenverkehr deutlich zu (ca. 21 Prozent) – übrigens mit einem überproportionalen Anstieg des motorisierten Individualverkehrs um ca. 25 Prozent wie schon im Laissez-faire-Szenario. Diese Verkehrszunahme zieht bei relativ stabil bleibenden Kraftstoffpreisen wiederum eine ca. 15-prozentige Kohlendioxid-Emis-

sionssteigerung nach sich. Lediglich im „Integrationsszenario“, das geprägt ist durch preispolitische Maßnahmen zur Förderung von Bahn und ÖPNV gegenüber Straßen- und Luftverkehr, findet sich eine geringere Emissionssteigerung (nur 10 Prozent). Eine Zunahme des Personenverkehrs um immerhin 18 Prozent geht hier zu größeren Anteilen auf das Konto der Bahn als bei den beiden anderen Szenarien, während der motorisierte Individualverkehr nur um 20 Prozent wächst. Der Güterverkehr auf der Straße nimmt wesentlich weniger zu als in „Laissez-faire“ und „Trend“, dafür aber steigt der Kraftstoffpreis in Höhen bis um 1,25 Euro. Welches Szenario aus heutiger Sicht am wahrscheinlichsten eintreten könnte, ließ Ratzenberger offen. Doch alleine die Tatsache, dass in allen drei Szenarien das steigende Verkehrsaufkommen die Kohlenstoffdioxid-Emissionen deutlich in die Höhe treibt, sollte – und das besonders vor dem Hintergrund des Kyoto-Prozesses – als Anlass genommen werden, ernsthaft über umweltschonendere, alternative Energien nachzudenken.

Verbrennung bleibt Rückgrat

Um eben jene alternativen Technologien zur Energiegewinnung ging es im zweiten Teil des Workshops.

Dr. Gerhard Isenberg berichtete über den Stand der Entwicklung regenerativer Antriebsenergien und thematisierte somit den Bereich der Nachhaltigkeit. Derzeit würden sich ungefähr 15 Prozent des deutschlandweiten Kraftstoffbedarfs regenerativ decken lassen (vor allem durch biogene Reststoffe).

Die Gründe für regenerative Energien in Form alternativer Automobilantriebe lägen auf der Hand, so Isenberg. Nicht nur die Minderung lokaler und schließlich auch globaler Emissionen sei ein wichtiges Ziel, sondern auch die Schonung natürlicher Ressourcen und letztendlich die Unabhängigkeit vom Erdöl. Hierfür scheint die Brennstoffzelle (mit Wasserstoff oder Methanol) besonders gut geeignet. Zudem sei die Brennstoffzelle stationär und mobil einsetzbar, was eine begrüßens-

werte Flexibilität mit sich bringe, betonte Isenberg. Inzwischen experimentierten alle großen Automobilfirmen mit dieser Technologie. Obwohl die ersten Brennstoffzellen-PKW's praktisch schon kurz vor der Serienreife stünden, werde der Verbrennungsmotor auch in den nächsten 10 bis 20 Jahren das Rückgrat automobiler Antriebsenergie bleiben. Dies liege nicht zuletzt an dem noch zu niedrigen Wirkungsgrad im Brennstoffzellen-PKW. Ziel sei hier eine Anhebung auf 40 bis 45 Prozent in den nächsten Jahren, so Isenberg abschließend.

Eberhard Hipp definierte Nachhaltigkeit als „die Entwicklung, die einen bestimmen Bedarf zu decken vermag“ und ging nochmals genauer auf die Wasserstoff-Brennstoffzelle (=Verbrennung von Wasserstoff mit Sauerstoff zu Wasser) ein. Unter der Voraussetzung einer regenerativen Gewinnungstechnologie sei der Wasserstoff ein absolut regenerativer Energieträger. Allerdings lägen die Kosten für Wasserstoffantriebe mit ca. 2500 bis 5000 EURO/KW immer noch hundert mal so hoch wie die Kosten für einen Dieselantrieb mit 25 bis 50 EURO/KW - und das trotz Aussich-



Gerhard Isenberg: Unabhängigkeit durch alternative Technologien
Fotos:Treml

ten auf Wirkungsgrade zwischen 60 und 70 Prozent. Der Wirkungsgrad eines Dieselmotors hingegen liegt nur bei ca. 40 Prozent, ganz abgesehen von seiner Kohlenstoffdioxid-Belastung, die bei der Wasserstoffverbrennung ja völlig entfällt. Aus diesem Grund, so Hipp, sei die Wasserstoff-Brennstoffzelle auch gegenüber der Methanol-Brennstoffzelle die umweltschonendere Variante.

Referenten:

- Prof. Dr. Wolfgang Blendinger**, TU Clausthal
Ulrich Danco, Ruhrgas, Essen
Björn Dosch, ADAC, München
Dipl.-Ing. Eberhard Hipp, MAN Nutzfahrzeuge, München
Dr. Ulrich Höpfner, ifeu-Institut für Energie und Umweltforschung, Heidelberg
Hans-Dieter Karl, Ifo-Institut, München
Stephan Kohler, Deutsche Energie-Agentur (Dena), Berlin
Peter Knoedel, Stellvertr. Vorstandsvorsitzender Deutsche BP, Hamburg
Prof. Dr. Eckhard Kutter, Verkehrssysteme und Logistik, TU Hamburg-Harburg
Dr. Michael Niedenthal, VDA, Frankfurt / Brüssel
Ralf Ratzenberger, Intraplan Consult, München
Dipl.-Ing. Jörg Schindler, Ludwig-Bölkow-Systemtechnik, Ottobrunn
Dr. Ulrich Voigt, DIW, Berlin
Dr. Frank Walle, Lufthansa, Frankfurt
Prof. Dr.-Ing. Friedrich-Wilhelm Wellmer,
Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaft. und Rohstoffe (BGR), Hannover
Peter Westenberger, Umweltzentrum Deutsche Bahn, Frankfurt

Tagungsleitung:

- Prof. Dr. Peter Hampe**, Akademie für Politische Bildung, Tutzing
Dr. Martin Held, Evangelische Akademie, Tutzing
Dr. Gerhard Isenberg, DaimlerChrysler, Ulm
Dr. Hans-Joachim Ziesing, DIW
Mitglied der Energie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Berlin

Erdgas als Übergang

Eine geeignete Übergangstechnologie bis zur Steigerung des Anteils an Wasserstoff-Brennstoffzellen könnte das Erdgas darstellen, zumindest nach Einschätzung von Ulrich Danco. Bis zum Jahr 2060 sei der Rohstoff gesichert und auch die momentane Preislage - Erdgas ist zur Zeit ca. 30 Prozent günstiger als Diesel - erlaube einen wirtschaftlichen Einsatz der Reserven. Ökologisch gesehen bringt Erdgas eine 20-25prozentige Kohlenstoffdioxid-Reduktion mit sich, ebenso Senkungen im Bereich anderer schädlicher Auspuffgase wie z.B. Stickoxide, Kohlenmonoxid und Schwefeldioxid. Danco musste sich allerdings die Kritik gefallen lassen, Erdgas sei klimapolitisch kein wesentlicher Fortschritt auf Grund der neuen Euro-4-Abgasauflagen, die ebenfalls eine 20-25prozentige Kohlenstoffdioxid-Reduktion zur Folge haben würden.

Neben zahlreichen Expertenstreitgesprächen und fundiertem Detailwissen hinterließ das Seminar den breiten Eindruck der Dominanz wirtschaftspolitischen Wollens über die technologischen Verfügbarkeiten, ganz wie Peter Knoedel sie angeprochen hatte. Was bleibt, ist die Feststellung schon relativ großer technischer Machbarkeiten mit leider fehlenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Was zu tun bleibt, ist die konkretere und eventuell auch risikoreichere wirtschaftspolitische Förderung alternativer Energien, die nicht nur eine attraktive Wohlstandsquelle sein kann, sondern - und das ist die große Hoffnung - in der Lage sein muss, unseren wachsenden Mobilitätsansprüchen gerecht zu werden und zugleich unser wertvollstes Gut zu erhalten: Die langfristige Überlebensfähigkeit der Spezies Mensch auf unserem Planeten!

■ Rafael Treml

Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie

Symposium anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Hochschule für Politik

Das politische System Deutschlands wird durch die repräsentative Demokratie dominiert. Plebiszite gibt es bislang nur in Kommunen und auf Landesebene. In jüngster Zeit jedoch gab es Initiativen, das Grundgesetz um Elemente der direkten Demokratie zu erweitern. Doch ist eine Einführung der Plebiszite auf Bundesebene wirklich notwendig? Vermag die repräsentative Demokratie nach 50 Jahren Praxis in Deutschland den Willen des Volkes nicht mehr adäquat zu vertreten? Ist das Modell der direkten Demokratie die bessere Demokratie?

Wie kommt es zu der Forderung nach mehr direkter Demokratie? Gründe dafür sah Tagungsleiter Heinrich Oberreuter im sinkenden Vertrauen in die politischen Parteien und der mangelnden Nutzung von Ansprechpartnern. Diese Gründe förderten die Popularität des Selbermachens. Karl-Heinz Nusser bezog die Globalisierung und den Einfluß der Bürgerrechtsler in der DDR-Revolution von 1989 als zusätzliche Impulse ein. Die direkte Demokratie könnte den Bürger zu mehr Partizipation ermutigen und so „bessere“ Bürger schaffen. Auch in den politischen Parteien wird diese Frage oft kontrovers diskutiert. Die rot-grüne Regierung als Befürworter nannte in ihrem Koalitionsvertrag die Ergänzung des Grundgesetzes um direktdemokratische Elemente als eines ihrer politischen Ziele. Thema der Kooperationstagung mit der Hochschule für Politik München war die Diskussion von Sinn und Problemen dieses Ziels.

Einigkeit herrschte unter den Tagungsteilnehmern in der Diskussion um kommunale Plebiszite. Von allen Referenten wurde die Möglichkeit von Bürgerbegehren und -entscheid im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung begrüßt. Doch wieso wird die direkte Demokratie auf bundespolitischer Ebene abgelehnt, wenn sie auf kommunaler Ebene so gut funktioniert?

Otmar Jung sprach sich für die Einführung von Volksbegehren und -entscheid auf Bundesebene aus. Jedoch schätzte er die Aussicht auf gesetzliche Verankerung eher düster ein. Er

führte drei Merkmale an, die dieses Gesetzesvorhaben der Bundesregierung gegenüber anderen Reformvorhaben auszeichnet: Erstens spiele in dieser Debatte der übliche Verteilungskampf im Sozialstaat, begleitet von Finanzierungsproblemen, keine



Heinrich Oberreuter: Parlamentarismus leistungsfähiger als Plebiszite

Rolle, so dass weder Interessengruppen, noch Lobbyisten hinter diesem Thema stünden. Zweitens fasse man das Thema in Deutschland ideologisch auf: „...[es] lassen sich genauso Glaubenskriege führen wie beispielsweise um die Todesstrafe oder die Trennung von Staat und Kirche“, ohne dass dieser Kampf mit ideologischem Eifer ausgetragen würde. Drittens sei diese Initiative zwar nicht willkürlich ausgedacht, jedoch gäbe es hier keinen Problemlösungsdruck, wie etwa bei Finanznoten oder gar Handlungswünschen in der Außenpolitik. Subjektiv

betrachtet stelle sich auch die Frage, ob sich im Volk neben dem Interesse für mehr direkte Demokratie tatsächlich ein Druck aufbaue, der die politischen Parteien zum Handeln zwinge. Können Kampagnen von Bürgeraktionen oder die Resonanz in den Medien und der Wissenschaft einen solchen Druck aufbauen? Man müsse diese Fragen mit nein beantworten - alles andere sei Selbstbetrug. Daher sei die im Koalitionsvertrag angestrebte „große Lösung“ eher unwahrscheinlich geworden.

Emotionen der Fernsehdemokratie

Wesentlich kritischer betrachtete Heinrich Oberreuter in seinem Vortrag die Einführung von Plebisziten auf Bundesebene. Das Volk sei auch in der repräsentativen Demokratie in die Entscheidungsfindung eingegliedert. Vom Volk geäußertes Misstrauen sei Misstrauen gegen dessen Vertreter, folglich gegen sich selbst. Das parlamentarische System mit seinen spezialisierten Abgeordneten sei gerade in einer Zeit des gestiegenen Koordinations- und Abstimmungsbedarfs deutlich leistungsfähiger als Plebiszite, denn Entscheidungen auf der Grundlage von Emotionen oder Tendenzen in Richtung „Fernsehdemokratie“ könnten damit vermieden werden. So sei die historische Intention der Repräsentation nicht die Privilegierung der Parteien gewesen, sondern sie in die Verantwortung zu zwingen. Mißtrauen gegenüber der Regierung oder den politischen Parteien legitimierten Plebiszite nicht. Jedoch lehnte Oberreuter Plebiszite nicht völlig ab. Grundsätzlich sei eine Kombination von Plebisziten und repräsentativer Demokratie nur idealtypisch - nicht jedoch in der Praxis - unvereinbar. Er ließ die Frage offen, ob Volksentscheide die an sie gestellten Forderungen erfüllen könnten. Ergänzend zur repräsentativen Demokratie seien Plebiszite jedoch denkbar.

Das Beispiel USA

Den Erscheinungsformen der direkten Demokratie in den unterschiedlichen politischen Systemen des 20. Jahrhunderts wandte sich Jürgen Gebhardt zu. Er hob besonders die USA hervor, in denen die repräsentative Demokratie vor allem auf lokaler und kommunaler Ebene durch direkte Demokratie ergänzt wird. Allgemein nannte er drei Formen, in denen direkte Demokratie in den unterschiedlichen Systemen auftritt: zum ersten nur in Ausnahmefällen, zum zweiten als Komplementärverfahren und zum dritten als vom Volk wahrgenommene politische Routine. Dabei sei nur die letztgenannte Form die wirklich direkte Demokratie. Abgesehen von der Schweiz trete diese aber in Europa nicht auf. In den anderen europäischen Staaten fände man Formen der direkten Demokratie zumeist in Ausnahmefällen. Die Referenden seien in diesen Staaten de-

facto aber kein eigenständiges Element, sondern in das System eingebunden. Die besondere Stellung des Referendums in der Schweiz oder Einzelstaaten der USA müsse auch im Zusammenhang mit der historischen Herausbildung betrachtet werden. Für Deutschland speziell sei für ihn die Einführung von Verfassungsreferenden vorstellbar.

Erfolge in der Schweiz

Gebhard Kirchgässner - schon lange in der Schweiz lebend – trat als geradezu glühender Befürworter der direkten Demokratie auf. Die Skepsis seiner deutschen Kollegen nicht teilend wies er auf den Erfolg der Referenden in der Schweiz hin. Wenn man es nur ließe, trafe das Volk vernünftige Entscheidungen. Er führte die geringe Arbeitslosigkeit, die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit und das hohe Pro-Kopf-Einkommen auf, die in

der Schweiz „trotz“ direkter Demokratie erreicht wurden. Auch versuchte er die Zweifel anderer Referenten in Bezug auf die Sachverständigkeit der Bürger z.B. in der Verabschiedung von Budgetgesetzen mit Verweis auf effiziente Entscheide seitens des Volkes in der Schweiz zu entkräften. So seien Bürger bereit, Steuererhöhungen hinzunehmen, wenn sie deren Nutzen und Notwendigkeit verstanden.

Die Effektivität der direkten Demokratie für die Schweiz stellte kein Vertreter der anderen Position in Frage. Jedoch wurde ausdrücklich auf den politischen Hintergrund der Schweiz hingewiesen, der nicht auf Deutschland übertragbar sei. Die generelle Einführung von Plebisziten auf Bundesebene wurde von den Referenten mehrheitlich abgelehnt oder als schwer durchsetzbar betrachtet. Einzig eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie in Einzelfällen wurde als realistisch und vernünftig betrachtet. ■

Andreas Damm

Ein Plädoyer für die repräsentative Demokratie

Von Landtagspräsident Johann Böhm

Demokratie lebt von der aktiven Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dieser Grundsatz ist unstrittig. Sowohl unmittelbar-demokratische wie auch parlamentarisch-repräsentative Verfahren ermöglichen politische Beteiligung. Daher wäre es auch verfehlt, plebiszitäre und repräsentative Demokratie gegeneinander auszuspielen. Als Idealtypen existieren sie nur auf dem Papier; in der politischen Wirklichkeit dagegen liegt das Schwergewicht entweder mehr auf plebiszitären oder mehr auf repräsentativen Elementen. Um es deutlich zu sagen: Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie ist die Staats- und Gesellschaftsform, in der Entscheidungen am Gemeinwohl orientiert sowie Verantwortung und Kontrolle klar festgelegt sind. Es ist ein Irrtum zu glauben, plebiszitäre Entscheidungen seien ein „Mehr an Demokratie“. Sie sind nur ein Mehr an *unmittelbarer* Demokratie. Sie bringen ebenso wie parlamentarische Entscheidungen den

Willen der Abstimmenden zum Ausdruck. Auch Plebiszite können nur ausdrücken, was in der Gesellschaft mehrheitsfähig ist.

Repräsentation keine Notlösung

Ebenso falsch ist die Auffassung, repräsentative Demokratie sei nur eine Art Notlösung der scheinbar „wahren“ unmittelbaren Demokratie. Wir danken vor allem der angelsächsischen politischen Philosophie die Erkenntnis, dass die repräsentative Demokratie ein Demokratietyp sui generis ist, somit also „vollwertig“ neben der unmittelbaren Versammlungsdemokratie steht. Ich darf an dieser Stelle Heinrich Oberreuter zitieren, der bei der Einführung zu einem Akademiegespräch im Bayerischen Landtag folgendes ausgeführt hat: „Wir sollten uns auch einmal die Attitüde abgewöhnen zu glauben, dass die Interessen des Volkes objektiver und unschuldiger



Landtagspräsident Johann Böhm:
„Ich könnte mir etwa vorstellen, dass bei bestimmten grundlegenden Fragen, wie z.B. der Verlagerung von politischen Kompetenzen nach Europa, das Volk mitentscheiden könnte. Dadurch kämen wir einem 'Europa der Bürger' ein Stück weit näher.“

Foto: Landtag

wären als die Interessen von Verbänden und von Mandatsträgern. Im Gegen teil: in Mandatsträgern und in Verbänden spiegeln sich über weite Strecken die Interessen des Volkes.“

Kontrolle und Verantwortung

Ferner stellt sich die Frage der *Kontrolle und Verantwortung*. Abgeordnete haben ein Mandat auf Zeit. Sie erhalten jeweils mit dem Stimmzettel die – positive oder negative – Quittung für ihre Entscheidungen. Wer aber nimmt das Volk in Haftung? Ein Abgeordneter muss bei einer namenlichen Abstimmung Farbe bekennen. Bei einem Plebisitz dagegen kann sich der Bürger hinter der Anonymität der Wahlkabine verstecken. Er kreuzt „Ja“ oder „Nein“ an, muss aber die Konsequenzen seiner Entscheidung nicht verantworten. Er muss sein Abstimmungsverhalten weder offen legen noch begründen, er muss sich nicht rechtfertigen und muss sich keiner öffentlichen Kritik stellen. „Plebisitäre Verfahren“, so schreibt der bekannte Rechtswissenschaftler Rupert Scholz, „sind in der Regel *nicht* kontrollfähig. Wenn eine plebisitäre Entscheidung gefallen ist, so hat ‚das Volk‘ bzw. die jeweilige ‚Gruppe‘ entsprechend entschieden, ohne dass sie hierfür und ohne dass sie für den Vollzug dieser Entscheidung in irgendeiner Weise kontrollpolitisch verantwortlich gemacht werden könnte.“

Weg in die „Stimmungsdemokratie“

Demokratie erfordert Verantwortlichkeit. Verantwortung festmachen ist wichtig. Direktdemokratische Verfahren führen auch nicht per se zu richtigeren oder gerechteren Entscheidungen als repräsentativ-demokratische. Im Unterschied dazu bietet die ausführliche Behandlung von Materien im Parlament und in den Ausschüssen in der Regel die Gewähr für ausgewogene und sachgerechte Entscheidungen. Bei plebisitären Verfahren dagegen ist die Gefahr gegeben, dass sie den Weg in eine „Stimmungsdemokratie“ ebnen. ...

Speziell und begrenzt

Seit Inkrafttreten der Bayerischen Verfassung gab es insgesamt 13 zugelassene Volksbegehren, von denen sechs erfolgreich waren. Volksentscheide wurden neben der Abstimmung über die Annahme der Bayerischen Verfassung am 1. Dezember 1946 in zehn weiteren Fällen durchgeführt. Diese Zahlen belegen, dass mit den Instrumenten von Volksbegehren und Volksentscheid sehr zurückhaltend umgegangen wurde, eine Entwicklung, die ganz im Sinne der „Mütter“ und „Väter“ unserer Verfassung liegt. Zu Recht sind meines Erachtens die Anforderungen an die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene in der Verfassung hoch angesetzt. Es wäre unserer Demokratie auf Dauer sicherlich nicht dienlich, wenn über die Mehrzahl der Gesetze regelmäßig vom Volk abgestimmt werden müsste. Zu komplex sind die meisten gesetzlich zu regelnden Sachverhalte, zu viel Information erfordern sie beim einzelnen Bürger, um eine verantwortliche und kompetente Entscheidung in jedem Einzelfall zu gewährleisten. Zu groß ist auch heute noch die Gefahr eines Missbrauchs durch bestimmte Gruppierungen, die die Möglichkeit eines vereinfachten Volksentscheids zur Durchsetzung von Einzelinteressen benutzen könnten. Als Ergebnis kann man feststellen: Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern haben im verfassungsrechtlichen Rahmen der repräsentativen Demokratie ihren speziellen und begrenzten Platz. ...

Verfassungsbewegung

Seit der deutschen Einheit im Jahr 1990 sind in einer wahren Verfassungsbewegung acht neue Landesverfassungen in Kraft getreten: in den fünf ostdeutschen Ländern, in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und in Berlin. Daneben wurden einige „alte“ Verfassungen in wesentlichen Teilen revidiert, so in Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz. In mehr als der Hälfte der Bundesländer fand also eine mehr oder weniger tief greifende Änderung der Verfassungs-

ordnung statt – und zwar jeweils verbunden mit einer Entscheidung für mehr direkte Demokratie. Die Hauptursache dafür liegt in der friedlichen Revolution in der DDR („Wir sind das Volk“), die auf eindrucksvolle Weise die demokratische Maxime „Alle Gewalt geht vom Volke aus“ in die Wirklichkeit umsetzte. Daher war es nur konsequent, dass in den „neuen“ Ländern die Volksgesetzgebung auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde. Zwischenzeitlich sind Volksbegehren und Volksentscheid in allen Bundesländern ebenso verankert wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene.

Welche Antwort gibt das Grundgesetz auf die Forderung nach Einführung plebisitärer Elemente? Es legt in Art. 20 fest, dass die Bundesrepublik Deutschland „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ ist. Danach geht die oberste Staatsgewalt vom Volke aus; der Souverän äußert seinen Willen in „Wahlen und Abstimmungen“. Umgesetzt wird der Wille des Volkes über „besondere Organe der Gesetzgebung...“. Nur nach Art. 29 GG ist eine plebisitäre Entscheidung möglich: „Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf“. Und weiter: „Der Volksentscheid findet in den Ländern statt, aus deren Gebieten oder Gebietsteilen ein neues oder neu umgrenztes Land gebildet werden soll.“ Die Abstimmungen in Berlin und Brandenburg vor einigen Jahren haben gezeigt, dass das Selbstbewusstsein und die gewachsene Identität der Menschen in den Bundesländern so erstarkt sind, dass Änderungen von Ländergrenzen kaum mehr möglich zu sein scheinen.

Verstärkt wird der Charakter der Repräsentativdemokratie dadurch, dass das Grundgesetz auf eine Volkswahl des Bundespräsidenten verzichtet und dass in Art. 21 GG den Parteien verfassungspolitischer Rang gegeben wird. Damit wird die repräsentative Willensbildung deutlich gegenüber den plebisitären Möglichkeiten hervorgehoben.

Dieses Bekenntnis zur mittelbaren Demokratie wurde bereits bei der Entstehung des Grundgesetzes offenkundig. Bevor nämlich der Parlamentarische Rat als verfassunggebendes Gremium einberufen wurde, haben sich die Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen im Jahr 1948 gegen die Forderung der damaligen Besatzungsmächte in den sog. Frankfurter Dokumenten gewandt, die auszuarbeitende Verfassung von den wahlberechtigten Bürgern der Westzonen in einem Referendum billigen zu lassen.

Um den Weg in die beginnende deutsche Selbständigkeit nicht durch Agitation, vor allem aus der damaligen Ostzone, zu gefährden, wollten die Ministerpräsidenten über die künftige Verfassung keine Volksabstimmung durchführen lassen. Gleichwohl hat sich aus dieser Tatsache im politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland kein Legitimationsdefizit ergeben. Vielmehr hat das Grundgesetz den Beitritt der fünf neuen Bundesländer im Jahr 1990 problemlos gemeistert.

Mit dem weitgehenden Verzicht auf plebisцитäre Elemente im Grundgesetz hat der Parlamentarische Rat ein klares Bekenntnis zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie abgelegt. Die Aussage des späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss während der Beratungen dieses Gremiums, Plebiszite seien „*in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen*“, spricht für sich. Die Folgen der Hetzkampagnen der extremen Parteien und Gruppierungen gegen Ende der Weimarer Republik waren den „Müttern“ und „Vätern“ des Grundgesetzes noch in abschreckender Erinnerung. In den Verfassungsberatungen hatte der Komplex „Plebiszite“ eher marginalen Charakter, weil man glaubte, aus dem Scheitern der Weimarer Republik klare Konsequenzen ziehen zu müssen. Mit Recht schreibt dazu Hartmut Kühne im „Rheinischen Merkur“ vom 22. September 2000: „*Stellen wir uns einmal vor, das Grundgesetz habe von vornherein die Möglichkeit von Volksentscheiden beinhaltet. Was wäre dann wohl aus der*

Westbindung, einer Grundentscheidung für diesen Staat, geworden? Sie war in den 50er Jahren eher unpopulär. Auch der Euro, alles in allem die große Chance für den europäischen Wirtschaftsraum, wäre wohl nie eingeführt worden, wenn über ihn abgestimmt worden wäre. Zu viele Emotionen hängen bei der deutschen Seele an der D-Mark, um Argumente für die Abschaffung der nationalen Währung anzuführen.“

Reformbestrebungen

Dennoch: Die Diskussion über mehr „direkte Demokratie“ im Grundgesetz ist nie gänzlich verstummt. Immer wieder ist die Aufnahme von Volksbefragung, Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz erörtert worden, so auch in der Enquetekommission des Bundestages, die von 1973 bis 1976 Vorschläge zu einer Verfassungsreform erarbeitete. Die Aufnahme plebisцитärer Elemente in das Grundgesetz wurde im Abschlussbericht abgelehnt. Auch in der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, die nach der Wiedervereinigung eingerichtet wurde, fand die Aufnahme plebisцитärer Elemente nicht die erforderliche Mehrheit. In neuerer Zeit fordern SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Verankerung von plebisцитären Elementen im Grundgesetz. Auch die bayerische SPD brachte im Landtag einen Antrag ein, die Staatsregierung solle die Überlegungen unterstützen, „*die parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch Elemente unmittelbarer Demokratie auch auf Bundesebene zu ergänzen*“.

All diesen Reformüberlegungen kann ich nur entgegen halten: Eine so entscheidende Veränderung im Regelwerk unserer Verfassung sollte wohl überlegt sein. Zweifelsohne haben Plebiszite in einem überschaubaren Territorium, wie z.B. in den Schweizer Kantonen, ihre Berechtigung. Aber je größer eine Gesellschaft ist und je stärker die partikularen Kräfte sind, um so schwieriger ist es, Plebiszite durchzuführen. Aktive Minderheiten, die ihre Anhänger mobilisieren, könnten

verhängnisvolle Zufallsentscheidungen durchsetzen, für die sie nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmannsegg stellt mit Recht fest: „*Zur Logik der repräsentativen Demokratie in ihrer parlamentarischen Form passt das Interventionsrecht der direkten Demokratie nur schlecht. ... Die parlamentarische Mehrheit ist zugleich verantwortlich und nicht verantwortlich für die Politik, die gemacht wird. Die Minderheit ist zugleich Opposition und eine Art von Mitregierung. Dass eine solche Konstruktion zu erheblichen Funktionsstörungen führt, scheint mir ziemlich wahrscheinlich zu sein.*“

Erfolgsgeschichte

Diese Worte sind bedenkenswert. Sie beinhalten im Kern die Aussage, dass der Kernbestand unserer politischen Ordnung die *parlamentarische Demokratie* ist. Sie hat sich durchgesetzt und gefestigt. Sie teilt der Mehrheit die Regierungsfunktion und der Minderheit die Oppositionsrolle zu - soweit herrschen klare Spielregeln; durch Plebiszite kann der Wille der Mehrheit zur Minderheit werden und umgekehrt. Damit werden Verantwortlichkeiten verwischt. Volksvertretungen und Volksvertreter auf Bundes- und Länderebene haben sich zudem als wirksame Bindeglieder zwischen Wählern und Gewählten erwiesen. Das parlamentarische Regierungssystem des Grundgesetzes kann auf eine über 50-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Das kommt in Umfragen immer wieder zum Ausdruck, die auf eine sehr hohe Akzeptanzquote unserer Demokratie verweisen. Wenn wirklich einzelne plebisцитäre Elemente in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten, kann und darf dies nur ergänzend zur repräsentativen Demokratie geschehen. Ich könnte mir etwa vorstellen, dass bei bestimmten grundlegenden Fragen, wie z.B. der Verlagerung von politischen Kompetenzen nach Europa, das Volk mitentscheiden könnte. Dadurch kämen wir einem „Europa der Bürger“ ein Stück weiter näher. ■

Das Ehrenamt in der aktiven Bürgergesellschaft

Das Zusammenspiel von Staat, Verbänden und Bürgern

von Christa Stewens, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen*

An erster Stelle steht für mich das „Prinzip der Eigenverantwortlichkeit“. Was der einzelne leisten kann, muss er auch selbst leisten. Für eine Haltung à la „der Staat wird es schon richten“ bleibt dabei kein Raum.

Mitverantwortung

Von zentraler Bedeutung ist zudem das „Prinzip des Helfens.“ Jeder von uns trägt Mitverantwortung für andere und bedarf selbst der Solidarität seiner Mitmenschen und der Gemeinschaft; Rahmenbedingung dabei ist ein handlungsfähiger Sozialstaat.

Für jede und jeden Einzelnen von uns gilt im Rahmen seiner Möglichkeiten das „Prinzip der Gegenseitigkeit“. Wer etwas vom Staat oder seinen Mitmenschen erhalten möchte oder erhalten hat, muss den ihm möglichen Beitrag zur Gemeinschaft leisten.

Das „Prinzip der aktiven Teilhabe“ bedeutet, dass jede und jeder von uns Mitverantwortung trägt, ebenso wie er ein Recht darauf haben muss, mitgestalten zu dürfen.

Die Mitverantwortung gilt nicht nur für das hier und jetzt, sondern insbesondere auch gegenüber kommenden Generationen. Dies kann mit dem „Prinzip der Nachhaltigkeit“ umschrieben werden.

Diese Orientierungsmaßstäbe können in der Gesellschaft nur verankert werden, wenn hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen gegeben sind. Diese Rahmenbedingungen zu schaffen, ist Aufgabe der Politik.

Welche Rolle kommt dem Staat zu?

Wichtiges Leitprinzip ist hier die Subsidiarität. Sie ist die innere Struktur des Hauses „Aktive Bürgergesellschaft“. Dieses Leitprinzip impliziert den Vor-

rang für die kleinere Einheit. Solange diese eine Aufgabe erfüllen kann, hat die größere Einheit keine Legitimation, von sich aus tätig zu werden. Dies entspricht dem Wunsch der Bürger und Bürgerinnen, ihren persönlichen Lebensraum gestalten und ihre eigene Identität bewahren zu können. Nur so bleibt der Bezug zu den Wirkungen des eigenen Handelns und sein Erfolg für denjenigen, der agiert hat, auch spürbar. Dies stärkt Verantwortung und Engagement und fördert größere Flexibilität, größere Kreativität und mehr Wettbewerb der Ideen und Initiativen.

Verlässliche Rahmenbedingungen

Das Prinzip der Subsidiarität konsequent weitergedacht heißt, dass der Vorrang für die kleinere Einheit auch innerhalb großer Organisationen, also z.B. auch innerhalb von Vereinen und Verbänden gilt. Also auch innerhalb eines Vereins ist eine Aufgabe so menschen- und problemnah wie möglich zu lösen. Gleichzeitig ist der Grundsatz der Subsidiarität auch im Verhältnis zwischen dem – begrifflich weit gefassten – „Staat“ und den Vereinen und Verbänden anzuwenden. Dabei geht es nicht darum, dass der Staat sich aus seinen Aufgaben zurückzieht, um Geld zu sparen und alles dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Vielmehr geht es darum, dass der Blick und die Verantwortung für das Ganze nicht verloren gehen dürfen. Deshalb brauchen wir weiterhin einen starken Staat, der die Rahmenbedingungen für die Gestaltung des Zusammenlebens in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft definiert und durchsetzt. Er muss sich dabei allerdings auf seine Kernaufgaben beschränken, wie insbesondere die Gewährleistung der Rechtsordnung, der demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten und der Chancen-

gerechtigkeit. Er muss verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen und für einen sozialen Ausgleich durch Solidarität der Starken mit den Schwachen sorgen. Er muss den Vereinen und Verbänden Raum geben, ihr „näher am Mensch dran sein“ zum Wohl aller, im Rahmen der vom Staat notwendigerweise vorgegebenen Bedingungen, einsetzen zu können.

Kreis der Aktiven erweitern

Aktive Bürgergesellschaft funktioniert nur auf der Basis des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerschaftliches Engagement ist quasi die Umsetzung der Aktiven Bürgergesellschaft auf der Ebene der Bürger. Die Freiwilligen setzen insbesondere die Prinzipien der Eigenverantwortlichkeit, des Helfens und der aktiven Teilhabe um. Ihnen Raum zu geben, ist Sinn der Subsidiarität. Der Umfang und die Kraft des bürgerschaftlichen Engagements sind Gradmesser dafür, wie es um die Umsetzung der Aktiven Bürgergesellschaft steht. Es liegt also im Interesse aller, den Kreis der Aktiven zu erweitern.

Der sogenannte „Freiwilligensurvey 1999“ des Bundesfamilienministeriums hat sich ausführlich mit der Frage beschäftigt, wie viele Menschen bereit wären, eine freiwillige Tätigkeit aufzunehmen. Das sogenannte „Engagementpotential“ ist mit 37 Prozent der Bevölkerung sogar höher als der Anteil derer, die bereits ehrenamtlich engagiert sind, nämlich 34 Prozent. Zwei von drei Bürgerinnen und Bürgern wären damit bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren und ihren Teil zur „Aktiven Bürgergesellschaft“ beizutragen. Dennoch gelingt es uns, Staat und Verbänden, oft noch nicht ausreichend, Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, zu motivieren und einzubinden. ■

* Wir dokumentieren die Rede anlässlich der Tagung : „Bürgerarbeit zwischen Egotrip und Ehrenamt“ in Auszügen.

Quelle zur Erforschung der DDR-Diktatur

Vor etwas mehr als zehn Jahren wurde in Berlin eine ungewöhnliche Einrichtung gegründet: im Amtsdeutsch die „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“, umgangssprachlich nach ihrem ersten Leiter „Gauck-Behörde“ genannt. Seine Nachfolgerin ist seit Oktober 2000 Marianne Birthler. Das Besondere an dieser Behörde ist ihre Aufgabe und Entstehungsgeschichte. Nach dem Ende 1991 verabschiedeten Stasi-Unterlagen-Gesetz hat sie die Hinterlassenschaft des früheren Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu verwahren und zugänglich zu machen. Sie erfüllt damit eine zentrale Forderung der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Weltweit einmalig wurden damit die Akten eines Geheimdienstes nicht verschlossen, sondern für die Öffentlichkeit geöffnet. Hunderttausende haben inzwischen einschätzen können, was das MfS über sie gesammelt hatte. Über eine Million Beschäftigte, insbesondere im Öffentlichen Dienst, sind überprüft worden, ob sie früher für das MfS gearbeitet haben. Viele Wissenschaftler und Journalisten konnten die Stasi-Unterlagen als Quellen zur Erforschung der DDR-Diktatur nutzen.

Der aktuelle Konflikt um die Herausgabe von Akten des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl macht allerdings auch das dem Gesetz innewohnende, bisher vielleicht unterschätzte Spannungsverhältnis zwischen Aufarbeitungsinteresse und Datenschutz deutlich. Worum es in diesem aktuellen Konflikt geht und welche Forschungsergebnisse zur Geschichte der SED-Diktatur das Gesetz bislang ermöglicht hat, war Thema einer Akademietagung unter Leitung von Jürgen Weber und Siegfried Suckut von der Birthler-Behörde.

„Wenn die Stasi nicht raus kommt, dann mauern wir sie ein“

Ihren Unmut gegenüber der Stasi äußerten die Bürger der ehemaligen DDR schon auf frühen Demonstrationen. Doch wie sollten nach dem Fall der Mauer die Akten des Geheimdienstes für die Öffentlichkeit gesichert werden? Um die Vernichtung des Materials zu verhindern, besetzten Gruppen von Bürgern schon Anfang Dezember 1989 Kreisdienststellen und Bezirksämter des inzwischen umbenannten „Amtes für Nationale Sicherheit“.

Am 15. Januar 1990 wurde die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg besetzt.

Darüber berichtete David Gill in Tutzing, Gründungsmitglied eines Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi. Etwa 70 Bürgerrechtler, die von ihren



David Gill: Großteil der Datensicherung ist den Bürgerkomitees zu verdanken

Betrieben freigestellt worden waren, kontrollierten unter anderem den Transport der Akten in die Archive. Allein für das Material der Hauptabteilung I waren dafür 26 LKW ständig unterwegs. In der Abteilung Kinder und Schulung mussten siebeneinhalb Kilometer Akten gesichert werden. Den Bürgerkomitees ist es zu ver-

danken, dass, abgesehen von den Akten der Hauptabteilung Aufklärung (Auslandsspionage), ein Großteil der Daten gesichert werden konnte.

Hungerstreik für Aufarbeitung

Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR beschloss im August 1990 ein „Gesetz zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Akten“ des MfS. Dass dies keineswegs selbstverständlich war, zeigen die damaligen auch in Bonn angestellten Überlegungen, die Stasi-Akten vollständig zu vernichten oder zumindest zu sperren. Manche Politiker befürchteten, es könnte zur Selbstjustiz unter der Bevölkerung kommen. Die Verhandlungsführer Krause und Schäuble wollten daher das Gesetz nicht in den Einigungsvertrag übernehmen. Erst eine erneute Besetzung der Stasi-Zentrale unter Mitwirkung von Wolfgang Ullmann und der damit verbundene Hungerstreik führten in letzter Minute zur Erweiterung des Einigungsvertrages um eine Zusatzklausel im Sinne der Entscheidung der Volkskammer. Das dann im November 1991 vom Bundestag verabschiedete Gesetz bezeichnete Ullmann in Tutzing als vollen Erfolg. Auch sieht er keine Notwendigkeit, das Gesetz heute zu novellieren. Allerdings mahnte er Defizite in der historischen, juristischen und politischen Aufarbeitung an. Er hielt es für nicht akzeptabel, dass ehemalige Führungsoffiziere des MfS für versuchte und z.T. auch erfolgte Aktenvernichtung nicht belangt würden.

Dass die Erarbeitung des Gesetzes keineswegs einfach war, zeigte Roger Engelmann. Wer sollte Zugang zu den Akten erhalten? Wer ist Opfer, wer ist Täter? Was muss anonymisiert werden? Wie sind das öffentliche Interesse und die Interessen der Betroffenen gegeneinander abzuwagen? All diese Fragen mussten so geregelt werden, dass auf der einen Seite die historische, politische und juristische Aufarbeitung, auf der anderen Seite die schutz-

würdigen Rechte der Betroffenen berücksichtigt werden konnten.

Da es für die Akten des MfS keine Sperrfristen gibt, müssen bei ihrer Herausgabe besondere Vorsichtsmaßnahmen beachtet werden, weil, so Harald Both, die Behörde keinen Ermessensspielraum besitzt. Unabhängig von der Person des Antragstellers gelten immer die gleichen Regeln für die Prüfung eines Antrages. Both betonte, die Birthler-Behörde sei eine reine Informations- und keine Ermittlungsbehörde.

zielle Mitarbeiter registriert. Doch dies entsprach nur ein bis zwei Prozent der Bevölkerung. Viele Bürger lehnten eine Arbeit für die Stasi ab oder lieferten mäßige Ergebnisse, wenn sie sich nicht getraut hatten, eine Anwerbung abzulehnen. Giesecke forderte, die Erschließung der Akten durch Findbücher zu vereinfachen und keinesfalls die Zugangsmöglichkeiten einzuschränken. Dies käme einer Geschichtsfälschung gleich.

ler-Behörde. Andererseits ist der Wert der Akten wegen der geringen Überlieferungsverluste und Vielfalt der Sachthemen einmalig, zumal das MfS, anders als parteikontrollierte Quellen, auch kritische Berichte schreiben konnte. Das Fazit des stellvertretenden Archivleiters: „Die Geschichte der DDR kann nicht nur mit Quellen des Staatssicherheitsdienstes geschrieben werden. Aber eben ohne die Archivalien dieses Apparates auch nicht“.

Wahrheit nicht um jeden Preis

In einer lebhaften Podiumsdiskussion wurden vor allem die unterschiedlichen Positionen hinsichtlich der Herausgabe der Akten von Personen der Zeitgeschichte, also auch von Helmut Kohl, diskutiert - vor dem Hintergrund des sehr restriktiv argumentierenden Urteils des Berliner Verwaltungsgerichts vom Juli 2001, das der Klage Kohls gegen die Berliner Behörde Recht gab, aber noch nicht rechtskräftig ist. Jörg Pietrkiewicz sprach sich gegen eine Sperrung solcher Akten aus, zumal die schutzwürdigen Interessen auch von Personen der Zeitgeschichte schon immer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Behörde respektiert würden. Dagegen forderte Johannes Beleites eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes mit Priorität für die historische Aufarbeitung und Forschung. Toralf Staud von der „Zeit“ bezeichnete die restriktive Handhabung als „typisch deutsches Phänomen“. Vor allem erinnerte er daran, dass 1989 eine Revolution stattgefunden habe. Man dürfe in der aktuellen Diskussion die Ziele der Revolution nicht aus den Augen verlieren. Auch müsste der Schutz der Persönlichkeitsrechte unabhängig von der Popularität des Betroffenen gleich gehandhabt werden. Heinrich Wefing von der „FAZ“ wies ausdrücklich darauf hin, dass der aktuelle Streit nur einen kleinen Teil der Arbeit der Behörde betreffe. Grundsätzlich leiste die Behörde gute Arbeit. Juristisch gesehen sei die Position der Behörde aber nur schwer zu verteidigen. Der Rechtsstaat dürfe die Wahrheit nicht um jeden Preis herausfinden wollen.



Aufnahme des Bayerischen Fernsehens für die Rundschau am 4. Oktober 2001: v.l.: Wolfgang Ullmann, Tagungsleiter Jürgen Weber und Siegfried Suckut
Fotos: Damm

Ein bis zwei Prozent bei der Stasi

Als kapitalistischen Gemischtwarenkonzern versuchte Jens Gieseke das weitläufige Gebilde „Stasi“ zu charakterisieren. Nachdem die Forschung in den ersten Jahren nach der Wende eine gewisse Tendenz zur Entlarvung von Personen und Institutionen zeigte, ist sie heute, so der Berliner Historiker, breiter angelegt auf die Gesamtheit der Stasi als Geheimpolizei, Nachrichtendienst, Organ der Grenzkontrolle und der Kontrolle der volkseigenen Betriebe. Die Durchdringung des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch die Stasi bedeute aber nicht, dass die Ostdeutschen ein Volk von Spitzeln gewesen seien. 1989 waren zwar 91.015 hauptamtliche und ca. 180.000 inoffi-

„Wir müssen alles wissen“. Dieser von Erich Mielke formulierte Grundsatz der Stasiarbeit erforderte einen riesigen bürokratischen Apparat. Jochen Hecht nannte Zahlen, die die gigantische Menge der gesammelten Daten verdeutlichen:

- 80 Kilometer Schriftgut allein im Berliner Zentralarchiv
- 180 Kilometer Schriftgut insgesamt
- 40 Millionen personenbezogene Karteien in Findkarten
- 86.000 Fotodokumente (Zentrale)
- 89.000 Filmdokumente (Zentrale)
- 17.870 elektronische Datenträger (Zentrale)

Neben der riesigen Datenmenge erschweren die zum großen Teil verunordneten Akten die Arbeit der Birth-

Bundesrepublik nicht unterwandert

„Spionage muss sein, um die Zeit zwischen den Kriegen zu verlängern“. Bei seinen Forschungen stieß Helmut Müller-Enberg auf Parallelen zwischen dieser Aussage eines alten chinesischen Armeegenerals und dem Vokabular Erich Mielkes. Die Westspionage des MfS sei weitgehend aufgeklärt. Seiner Überzeugung nach ist weiteres Material dazu nicht zu erwarten. 1989 seien ca. 3.000 Agenten für das MfS in der BRD tätig gewesen. Insgesamt waren zwischen 1949 und 1989 laut Müller-Enbergs in Westdeutschland ca. 12.000 Personen für die Stasi aktiv gewesen, davon aber nur 44 Prozent als Agenten im eigentlichen Sinn. Der Rest sei mit Verwaltungsaufgaben betraut gewesen. Über 50 Prozent der Agenten waren länger als 10 Jahre für die Stasi tätig. Trotzdem stützte dies die These, die Bundesrepublik sei von der DDR unterwandert worden, nicht. Zwar gelang es der DDR vereinzelt, Spione auch in hohe Positionen einzuschleusen. Jedoch hätte dies nur zur Informationsbeschaffung, nicht aber zur Beeinflussung des politischen Lebens gereicht. Erfolgreicher sei dagegen die Spionage in der Wirtschaft gewesen. Er warnte davor, Markus Wolfs „Hauptverwaltung Aufklärung“ zum Mythos zu machen. In Wirklichkeit sei der Erfolg der Stasi im Vergleich zum Aufwand recht gering gewesen.

Keine Siegerjustiz

Über den Stand der rechtlichen Aufarbeitung von DDR-Unrecht referierte Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz, Chefankläger im Prozess gegen die Politbüromitglieder Egon Krenz, Günter Schabowski u.a. Er erläuterte, dass der Justiz enge Grenzen durch das Rückwirkungsverbot des Grundgesetzes und den rechtsstaatlichen Beschuldigungsschutz gesetzt waren. Die Repressionsmaßnahmen und die Telefonüberwachung durch die Stasi beispielsweise konnten nicht geahndet werden, weil es nach DDR-Recht dafür keinen Straftatbestand gab. Auch das hohe Alter der DDR-Führungsriege rief Probleme hervor. Die Prozesse

um die Todesschüsse konnten auf Grundlage der internationalen Menschenrechtskonventionen, die auch die DDR anerkannt hatte, geführt werden. Von der Berliner Staatsanwaltschaft



Bernhard Jahntz: Von Siegerjustiz kann keine Rede sein

wurden nur bei 1,75 Prozent der Ermittlungsverfahren Anklage erhoben. Deshalb könne von Siegerjustiz keine Rede sein. Zusätzlich seien in den Fällen einer Verurteilung die Strafmaße meist sehr gering ausgefallen. Meist wurden Bewährungsstrafen, nur in Extremfällen Strafen zwischen 3 und 10 Jahren, verhängt. Diese milden Strafen seien mit Rücksicht darauf ausgesprochen worden, dass die Führungsriege die eigentliche Verantwortung tragen müsse. Sehr positiv bewertete Jahntz daher die Abweisung der Klagen von Kessler, Strelitz und Krenz vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dies sei eine Bestätigung der Arbeit der deutschen Justiz der letzten Jahre. ■

Andreas Damm

„Akteneinsicht ist eine sehr nüchterne Angelegenheit“

Ein von der Stasi Bespitzelter erzählt

Der prominente Bürgerrechtler Ralf Hirsch im Gespräch mit Erhart Neubert, ehemaliger Aktiver in der kirchlichen Opposition, über die Stasi und ihre Akten.

Erhart Neubert: Ende 1989 gab es ja die ersten Verdachtsäußerungen, dass der eine oder andere ein gut getarnter Spitzel war. Bald flogen die ersten IMs auf. Das waren Wolfgang Schnur und Ibrahim Böhme, der mit in Deiner Gruppe war. 1992 warst Du dann einer der Ersten, der seine Stasi-Akten einsehen konnte. Da wurde das, was man vorher nur ahnte, plötzlich Realität. Wie ging es Dir bei dieser ersten Einsichtnahme?

Ralf Hirsch: Wir sind da ganz naiv dran gegangen. Als wir in die Gauck-Behörde kamen, kriegten wir den ersten Schock wegen der Masse des Materials. Ich hatte ungefähr 23 Bände da liegen. Dann nimmt man sich so eine Akte und muss sich erst mal an den Sprachgebrauch gewöhnen. Da sind Wörter drin, die kannte man nicht. „Operativplan“ und „Zersetzungsmassnahmen“ kennen wir ja erst aus

den Akten. Danach geht man die einzelnen Seiten durch und fragt sich sehr oft, war das denn überhaupt so, kann man sich daran erinnern? Man findet dann sehr viele Punkte, wo man sagt ja, das war so. Man setzt sich da hin, geht die einzelnen Akten durch und findet dann die IMs. Dann wird es spannend, da die IMs ja nicht im Klarnamen, sondern mit Decknamen geführt wurden. Also gaben die Akten das, was man erwartet hatte, zunächst nicht her. Wenn man aus dem Zusammenhang in der Akte nicht erahnen kann, wer es gewesen ist, bekommt man nur IMs, die man erst entschlüsseln lassen muss und man erfährt erst später, wer das war. Die normale Akteneinsicht ist eine sehr nüchterne Angelegenheit, die Verarbeitung kommt dann erst später. Ich glaube, keiner von uns ist davon ausgegangen, dass sie so intensiv an uns dran waren und dass sie uns so massiv im Griff hatten.

Neubert: Wie weit spiegeln die Akten die Wirklichkeit wider? Es wird ja immer gesagt, die Akten seien in ihrer Aussagekraft beschränkt. Wie hast Du das selbst erfahren?

Hirsch: Man muss zunächst feststellen, dass die Stasi ja nichts aufschrieb, was sie nicht gebrauchen konnte. Der Apparat wollte damit ja auch arbeiten. Ich nutze heute die Akten oft, um nachzusehen, wann was gewesen ist. Leider stimmt es immer. Ich habe den Eindruck, dass die Fakten stimmen. Natürlich kommt immer eine Bewertung dazu. Ich kann nicht feststellen, dass in meiner Akte Sachen drin stehen, die nicht stattgefunden haben.



Ralf Hirsch, Bürgerrechtler in der DDR und von der Stasi verfolgt

Neubert: Kommen wir mal zu den ganz konkreten Zersetzungsmassnahmen. Die Oppositionsgruppen waren ja nicht auf Harmonie gestimmt, sondern sie waren nach außen hin konfliktbereit und konfliktfähig. Das ganze hatte doch aber auch eine Innenseite. Da wurde ja sehr viel gestritten und gerungen über die richtigen Wege und Maßnahmen, die sie dann im Einzelnen ergriffen haben. Kannst Du dazu etwas sagen, inwiefern das MfS in diesen Konflikten eine Rolle gespielt hat?

Hirsch: Die Akte zeichnet den Ist-Zustand der Opposition natürlich nach. Wir waren keine Gruppe von Leuten, die alle einer Meinung waren. Wir sind auch untereinander zerstritten gewesen - aber nicht böse zerstritten. Diesen Streit hat die Stasi natürlich sehr bewusst genutzt, um die Opposition in der DDR zu zersetzen. Dies spiegelte sich in den Akten eindeutig wider. Es

war ja das Ziel, uns zu lähmen, in dem wir uns untereinander stritten. Ich denke, dafür haben wir trotzdem noch sehr viel geschafft.

Neubert: Gab es die Erfahrung, dass diese oppositionellen Gruppen überwiegend gesteuert wurden?

Hirsch: Nein, das wäre der falsche Eindruck. Sie haben uns natürlich teilweise schon beeinflusst. Andererseits hat die Stasi auch wieder dafür gesorgt, dass wir immer aktiver wurden. Wenn wir wussten, dass bestimmte Flügel dagegen waren, dann haben wir es erst recht gemacht, denn es gab ja auch intern Konkurrenzkämpfe und Auseinandersetzungen. Ich würde nicht sagen, mein ganzes Leben wurde von der Stasi gesteuert. Ich bin schon Ralf Hirsch geblieben.

Neubert: Noch eine ganz andere Frage: Du hast jetzt geschildert, was in den Akten steht. Aber Akten lesen ja nicht nur Betroffene. Es gibt ja auch ein wissenschaftliches Interesse und das Interesse der Journalisten. Wie sind Deine Erfahrungen damit, dass nicht nur Du über Dich in den Akten liest, sondern auch die Öffentlichkeit?

Hirsch: Meine Position ist da ganz eindeutig, so wie wir uns damals schon

in der Diskussion über das Gesetz dafür eingesetzt haben: Jedem seine Akte, aber nicht jedem meine Akte. Ich bin nicht der Meinung, dass jeder das Recht hat, in meinen Akten zu lesen, und dann Veröffentlichungen macht, ohne dass ich überhaupt davon weiß. Ich musste erleben, dass Journalisten mit Material vor meiner Tür standen, das ich noch gar nicht kannte. In der Zeitung standen Sachen, von denen ich noch gar nichts wusste. Ich möchte nicht, dass so etwas ohne meine Zustimmung und Einwilligung veröffentlicht wird. Deswegen bin ich sehr zufrieden mit der Richtlinie, die die Behörde jetzt erlassen hat, weil ich denke, dass sie den Betroffenen wenigstens die Chance gibt, vorher informiert zu werden. Es ist das Mindestmaß, dass die Betroffenen vorher die Akten sehen, die an die Öffentlichkeit gehen. Das halte ich für unabdingbar. Es war damals unsere Forderung, dass die Betroffenen die Akten bekommen und nicht die Öffentlichkeit. Was interessieren einen Historiker oder Journalisten die einzelnen operativen Vorgänge? Er kann ja die Struktur und die Arbeitsmethoden der Stasi beschreiben. Dafür braucht er nicht die operativen Vorgänge. ■

Referenten:

Dr. Wolfgang Ullmann, Berlin

David Gill, Berlin

Dr. Roger Engelmann, BStU

Ralf Hirsch, Berlin

Dr. Erhart Neubert, BStU

Dr. Jochen Hecht, BStU

Dr. Jens Gieseke, BStU

Helmut Müller-Enberg, BStU

Harald Both, BStU

Dr. Sebastian Pflugbeil, Berlin

Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz, Staatsanwaltschaft Berlin

Teilnehmer der Podiumsdiskussion:

Jörg Pietrkiewicz, Berlin

Toralf Staud, Die Zeit, Hamburg

Johannes Beleites, Bürgerkomitee Leipzig

Heinrich Wefing, FAZ, Berlin

Josef Bielmeier (Moderation), Journalist, München

Tagungsleitung:

Dr. Jürgen Weber, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Dr. Siegfried Suckut, Behörde der Bundesbeauftragten für die

Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

Mobilisierung der Demokratie

Ein Zukunftsthema in Erinnerung an Waldemar von Knoeringen

Die Akademie beging im vergangenen Jahr mit einer großen Gedächtnistagung den 30. Todestag Waldemar von Knoeringens. Wir haben bereits den Vortrag „Waldemar von Knoeringen – ein sensibler Streiter für die Demokratie“ von Hans-Jochen Vogel in Heft 4-2001 leicht gekürzt dokumentiert. Begleitet wurde Vogels Vortrag von Statements zu Waldemar von Knoeringen unter nebenstehenden drei Gesichtspunkten:

In drei Arbeitsgruppen wirkten neben Wolfgang R. Langenbucher (Professor für Kommunikationswissenschaft in Wien), Mike Schmeitzner (Hannah-Arendt-Institut, Dresden) und dem Akademiedozenten Michael Schröder fünf damalige Autoren des Buches „Mobilisierung der Demokratie“ von 1966 mit: Peter Hanke, Jürgen Maruhn, Hans-Günter Naumann, Friedrich Schreiber und Kurt Stenzel. Ihre Arbeit vor 35 Jahren war auch geprägt vom widersprüchlichen Klima in der Mitte der Sechziger Jahre: Einerseits förderte der schrittweise Wandel der Meinungsführerschaft von der Demokratischen Rechten zur Demokratischen Linken bei den Autoren Aufbruchstimmung; andererseits war radikales Donnergrollen der NPD hörbar. Einige Buchabschnitte können auch als undeutliche Vorahnung des Studentenprotests und der APO gedeutet werden. Betonung des Demokratischen Realismus sollte auch irrationalen Rückfall der Linken vorbeugen. Hier zunächst eine Übersicht zu den Debatten der Arbeitskreise.

• Der Parlamentarier und Föderalist

(Volkmar Gabert, Knoeringens Nachfolger im Amt des SPD-Landesvorsitzenden von 1963 bis 1972)

• Der Bildungspolitiker

(Wilhelm Ebert, langjähriger Vorsitzender und heutiger Ehrenpräsident des BLLV)

• Der Zukunftsdenker

(Helga Grebing, Universitätsprofessorin für Geschichte).



Volkmar Gabert



Helga Grebing



Wilhelm Ebert

Globalisierung der Demokratie

Arbeitskreis 1

Unser Standort, so berichtet Kurt Stenzel, war und ist der Demokratische Realismus. Mit diesem Begriff bezeichneten die Autoren den Ausgangspunkt und das Ziel ihrer politischen Überlegungen. Waldemar von Knoeringens Ansatz von Politik war anthropologisch. Das bedeutete eine klare Absage an Modelle und Verführungen, denen gerade in den 60er Jahren viele linke Intellektuelle erlagen. Für uns, so heißt es, gibt es keinen Mystizismus der Vergangenheit oder der Zukunft, sondern nur die Realität der Gegenwart, die stets als unvollkommen erfahren wird und die stets gerechter gestaltet werden soll. Die Maxime, die diese Haltung konzen-

trierte wiedergibt, heißt „Mehr Gerechtigkeit“, und die Regierungsform, die diesem sittlichen und pragmatischen Appell entspricht, ist die Demokratie. Die Demokratie als Regierungsform wird in Deutschland, insbesondere von liberalen Kreisen, oft mit den „Spielregeln“, mit dem Mechanismus der Institutionen in der Demokratie verwechselt. In diesem formal-geistlosen Klima wird dann z.B. die Frage diskutiert, ob Hitler legal zur Macht gekommen ist. Hierbei wird offensichtlich übersehen, dass die Demokratie hochdifferenzierte Einsichten in die Natur des Menschen, in Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit im Sinne der oben beschrie-

benen Tradition voraussetzt. Ohne diese Substanz gibt es keine Demokratie: sie ist das Fundament, auf dem die demokratische Gesellschaftsordnung steht. Und für diese Substanz der Demokratie, nicht für irgendwelche formalen Spielregeln, haben in der jüngsten deutschen Geschichte Demokraten gekämpft und ihr Leben gelassen.

Mobilisierung der Demokratie, so fuhr Stenzel fort, heißt Mobilisierung von Werten und ist damit das genaue Gegenstück der modischen Unkultur der Beliebigkeit. Mobilisierung der Demokratie, das heißt konkret für die Demokratische Linke Mobilisierung von Freiheit, Gerechtigkeit und Soli-

darität. In diesem Sinne muss der demokratische Realismus natürlich Folgen haben, innen- und außenpolitisch. In den 60er Jahren war der Kommunismus für den Demokratischen Realismus die größte Herausforderung, heute – Ironie der Geschichte – der entfesselte globale Kapitalismus. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weltweit immer mehr, die rasante Entwicklung der Informationsgesellschaft produziert eine geteilte Welt von Wissenden und Unwissen-

den und damit von Abhängigen. Die riesigen Kapitalströme und die Mächtigen dahinter entziehen sich der politischen Kontrolle. Es gibt keine politischen Institutionen, die die Globalisierung in den Griff bekommen. Hier Modelle für die Zukunft zu entwickeln und in die politische Realität umzusetzen, ist für Stenzel die wichtigste Aufgabe des Demokratischen Realismus. Innenpolitisch bezeichnete Stenzel die Diskussion um die Regierungsfähigkeit der PDS als eine Bewährungsprobe für den Demokratischen Realismus.

Mobilisierung der Demokratie als Mobilisierung von Werten hat, wenn man glaubwürdig bleiben will, auch Konsequenzen. In diesem Sinne sind zehn Jahre für die Vergangenheitsbewältigung zu wenig. Der demokratische Prozess braucht Zeit. Stenzels Ergebnis: Punktuelle Zusammenarbeit im Parlament ja, Koalition in der Regierung nein.

Knoeringen, der Umbruch in der DDR und die Zukunft

Arbeitskreis 2

„Wir streiten für die Demokratie. Sie muss die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.“ Dieser Absatz aus dem Godesberger Programm der SPD von 1959, das Waldemar von Knoeringen maßgeblich mitformuliert hat, kann als Leitmotiv für das Bemühen gelten, den roten Faden von der „Mobilisierung der Demokratie“ (1965/66) über die Revolution von 1989 bis zur heutigen globalen Zukunftsperspektive der Demokratie zu ziehen. Dieser Zukunftsprojekt stößt innerhalb der einzelnen Länder, auch der demokratischen, doch erst recht weltweit auf viel Widerspruch. Das ist jedoch kein Grund, ihn aufzugeben oder aus dem Denken von Demokraten zu verbannen. Wer die Globalisierung der Demokratie für falsch hält, muss gefragt werden, welche Alternativen er oder sie denn anbietet. Und wer bestimmte Völker, Religionsgemeinschaften oder vielleicht Rassen für prinzipiell unfähig zur Demokratie hält, muss gefragt werden, woran denn die im unmittelbaren Nachkriegsdeutschland noch stark verbreitete Meinung mit vollem Recht zu Grunde gegangen ist, wonach „die Deutschen“ für Demokratie ungeeignet seien, die Briten beispielsweise aber nicht. Mit welchem Recht wollen die Verfechter eines europäisch-

nordamerikanischen Clubs zur Pflege einer Exklusivdemokratie den Demokraten inner- und außerhalb der Gefängnisse diktatorischer Regime, und seien sie noch so kleine Minderheiten, den Boden entziehen? Zur streitbaren Demokratie gehört auch die Solidarität der Demokraten weltweit.

Den oben genannten roten Faden zurückverfolgend machte der Arbeitskreis eine Entdeckung: Waldemar von

Knoeringen (gestorben 1971) und die jungen Gründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) von 1989 verbindet eine erstaunliche Geistesverwandtschaft, obwohl sie offenkundig niemals voneinander Notiz genommen haben können. Für beide war klar, dass es zwischen Kommunismus und Demokratie keine Brücke, keine Synthese, keine Konvergenz geben kann. Für die SDP war die SED die reaktionäre Partei der Diktatur, der sie keinen „dritten Weg“, sondern das Programm eines parlamentarischen Mehrparteiensystems nach westeuropäischem Vorbild und soziale Marktwirtschaft entgegensezte. Sie handelte in der von Knoeringen bereits 1961



Auf einem Podium debattierte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter mit den beiden SPD-Landtagsabgeordneten Hildegard Kronawitter und Helmut Ritzer zum Thema „Mehr Demokratie?“. Der SPD-Landesvorsitzende Wolfgang Hoderlein sprach über „Antennen in die Zukunft – Die Suche nach Orientierung in Zeiten beschleunigten Wandels“ (dazu mehr im nächsten Heft). Von links: Hildegard Kronawitter, Hans-Günter Naumann, Helmut Ritzer
Fotos: Schröder

vorausgesagten Situation des Scheiterns des Kommunismus.

Für Knoeringen ergab sich dies aus der anthropologischen Orientierung des Politischen (vgl. Arbeitskreis I), also aus den vollständig unvereinbaren Auffassungen vom Menschen in der Gesellschaft. In der „Mobilisierung der Demokratie“, aber auch in früheren Reden und Schriften Knoeringens ist diesem Thema breiter Raum gewidmet. Bereits 1960 gab der SPD-Vorstand auf Initiative des stellvertretenden Parteivorsitzenden von Knoeringen eine Schrift mit dem Titel „Die Alternative unserer Zeit. Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus“ heraus. Dieser Text ist Analyse und Manifest zugleich. Am Höhepunkt des Kalten Krieges sieht sich die Sozialdemokratie stark genug, um „ein Neuaufkommen faschistischer Kräfte zu verhindern und all jene zu vereinen, die den Kommunismus überwinden und den Weg zu einer sozialen demokratischen Ordnung der Welt suchen wollen. Soziale Demokratie oder technokrati-



Mike Schmeitzner: „Die PDS hat keine Erfahrung im Streiten für die Demokratie, sondern nur im Bemühen um deren Verhinderung“

scher Totalitarismus, das ist die wahre Alternative unserer Zeit.“ Von „überwinden“ ist die Rede, nicht nur von „abwehren“ auf der Westseite. Nur im offensiven Akzent des Antikommunismus der Demokratischen Linken konnte eine Hoffnung für die Bevölkerung im Osten liegen. Die westliche Gesprächs- und Vertragspo-

litik etwa ab dem auf Entspannung zielenden Harmel-Bericht der NATO von 1967, die spätere Errichtung von westlichen diplomatischen Vertretungen auch in der DDR und die neue Ostpolitik Willy Brandts, der inhaltlich stark von seinen Freunden Waldemar von Knoeringen und dem Berliner Politikprofessor Richard Löwenthal inspiriert war, schufen psychologisch die Voraussetzungen dafür, dass Teile der Bevölkerung nach und nach Vertrauen zu sich selbst fassten und so den langen Weg zu 1989 bereiteten.

Aus der Erfahrung von 1989 erläuterte Mike Schmeitzner im Arbeitskreis, warum die PDS kein Bündnispartner für die Demokraten sein könne. Die PDS von heute hat sich in Teilen gewandelt, aber wohin? Da sie 1989/90 auf der Bremse stand, hat sie keine Erfahrung im Streiten für die Demokratie, sondern nur im Bemühen um deren Verhinderung. Die Erfahrung der SPD ist seit dem 19. Jahrhundert genau umgekehrt.

Kommerzialisierung der Medien

Arbeitskreis 3

Wolfgang Langenbucher merkte an, dass die „Mobilisierung der Demokratie“ eine einzigartige Quelle für viele medienpolitische Diskussionen und Papiere der 70er Jahre gewesen sei. Knoeringen habe schon Mitte der 60er Jahre vor der Kommerzialisierung des Fernsehens gewarnt und die Gefährdungen durch die parteipolitische Besitznahme beschrieben.

Friedrich Schreiber konnte dezidiert am Beispiel der CSU und des Bayerischen Rundfunks nachweisen, wie über die Stränge Partei, Katholizismus und Studentenverbindungen die Kontrolle über Personal und Programm Inhalte perfektioniert wurde.

Langenbucher beschrieb, dass es eine Grundsympathie und damit eine Überlebensgarantie für das öffentlich-rechtliche System bei den Politikern gebe, weil sie nur noch dort sich ausbreiten könnten. In den privaten Pro-

grammen, die gerade von konservativen Politikern in den 80er Jahren propagiert wurden, finden sie und ihre Botschaften kaum noch statt. „Sie sägen doch nicht den Ast ab, auf dem sie sitzen“, sagte der Wiener Kommunikationswissenschaftler. Er warnte die öffentlich-rechtlichen Anstalten davor, sich in ein falsches Konkurrenzdenken hinein zu begeben; „Einschaltquoten sind falsche Erfolgsmaßstäbe für ARD und ZDF.“ Es bestünde die Gefahr der „Delegitimierung“ des öffentlich-rechtlichen Systems, wenn sich deren Inhalte nicht mehr von denen Kirchs und Bertelsmanns unterscheiden.

Die herkömmliche Programmkontrolle durch Lobbyisten und Parteipolitiker in Rundfunkräten sollte nach Meinung der Experten zugunsten des Publikums verändert werden: „Wer ist wirklich gesellschaftlich relevant?



Friedrich Schreiber: Parteipolitische Kontrolle über Personen und Programme im BR perfektioniert

Multifunktionäre raus, Zuschauer rein in die Gremien!“ Zukunftsprobleme, von denen Knoeringen und seine Mitautoren noch keine Ahnung haben konnten, zeichnen sich ab: die globale Medienkonzentration gefährdet mittelfristig die Meinungsvielfalt. Und ein weltweites Medium wie das Internet ist mit nationaler Medienpolitik sowie so nicht mehr zu regulieren. ■

Jürgen Maruhn / Michael Schröder

Überlebender des Holocaust



Half Oskar Schindler bei der Rettung von jüdischen Häftlingen: Mietek Pemper

Höhepunkt einer von Jürgen Weber und Siegfried Münchenbach (Dillinger Akademie) geleiteten Tagung für Geschichtslehrer über neuere Forschungsergebnisse zum Nationalsozialismus war der Vortrag von Mietek Pemper (geb. 1920) über sein Schicksal als Überlebender des Holocaust. Weil er als Pole die deutsche Stenographie beherrschte, wurde er ab März 1943 im Zwangsarbeitslager, später KZ, Plaszow bei Krakau persönlicher Sekretär des berüchtigten Kommandanten Amon Göth. In dieser für einen Juden äußerst ungewöhnlichen Position konnte er Oskar Schindlers Bemühungen zur Rettung von 1200 Häftlingen vor der Deportation in die Vernichtungslager unterstützen – unter ständiger Gefahr für das eigene Leben.

In Steven Spielbergs Welterfolg „Schindlers Liste“ sind in die Figur des Buchhalters Itzhak Stern auch die Erlebnisse von Mietek Pemper eingeflossen. Nach der Rettung der Häftlinge im Mai 1945 dankte Schindler in seiner letzten Ansprache an „seine“ Juden ausdrücklich Stern und Pemper für ihre mutige Hilfe.

Geringe Halbwertszeit

„Die Halbwertszeit der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza ist sehr gering“ stellte der Europaabgeordnete Markus Ferber von der „Fraktion der Europäischen Volkspartei (christlich-demokratische Fraktion) und



Markus Ferber ist seit 1994 Europaabgeordneter und Vorsitzender der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament



Foto:Bundestag/Presseamt

Europäische Demokraten“ in seinem Referat vor Sozialkundelehrern am 18. Oktober 2001 fest. Er plädierte für einen pragmatisch angelegten „Grundlagenvertrag“ der EU, der die Kompetenzen der europäischen und der nationalen Ebene festschreiben soll.

Jürgen Weber (Hrsg.)
**Kleine Geschichte
Deutschlands seit 1945**
dtv, Januar 2002, 1. Auflage, 368 S., Euro 11,50

In zwölf klar strukturierten Kapiteln beschreibt Jürgen Weber die Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, von den Anfängen unter alliierter Besatzung über die unterschiedlichen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland bis zur heutigen Bundesrepublik nach der „unerwarteten Einheit“. Knapp und anschaulich werden die wichtigsten Ereignisse, historischen Entwicklungslinien und Weichenstellungen der letzten fünfzig Jahre dargestellt und leicht nachvollziehbar interpretiert. Jedem Kapitel ist eine übersichtliche Zeittafel mit den wesentlichen Daten und Fakten beigegeben, eine Auswahl weiterführender Literatur rundet die Darstellung ab. Eine lebendige Geschichtserzählung, übersichtliche Chronik und zugleich ein fundiertes Nachschlagewerk für alle, die sich schnell und zuverlässig über die neueste deutsche Geschichte informieren wollen.



dtv

Jürgen Weber
**Kleine Geschichte
Deutschlands
seit 1945**



Heinrich Oberreuter / Michael Piazolo (Hrsg.)

Global denken

*Die Rolle des Staates in der internationalen
Politik zwischen Kontinuität und Wandel*

Akademiebeiträge zur politischen Bildung
Olzog Verlag GmbH, München, 2001
280 S., Euro 22,50

Die Globalisierung ist zu einem der meist gebrauchten Schlagwörter in der politischen Diskussion der Jahrhundertwende geworden. Für die einen ist sie ein Feindbild, für die anderen Ausdruck einer positiven Zukunftserwartung. Jedenfalls ist vieles in Bewegung geraten: Täglich Vertrautes entfernt sich und bislang Fremdes rückt näher. Das Buch sucht nach Antworten auf die Frage, welches der Sinn des Staates ist – in einer Epoche, in der Ethik, Recht, Wirtschaft und Politik immer „mondialer“ werden.

Wolfgang Weber im DONAUKURIER vom 16. November 2001:

„Wo das Wasser endet, endet auch die Welt“

... Richtig knapp wird es mit dem Wasser, wenn Staaten – um ihre wachsende Bevölkerung zu ernähren – Programme zur Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen auflegen. In vielen Ländern wird daran gearbeitet, andere sehen für die Zukunft ihr Heil darin. Dabei gehen ohnehin jetzt schon zwei Drittel des Trinkwassers in die Landwirtschaft. Kein Wunder, schließlich müssen für die Produktion jedes Kilo Weizens rechnerisch 1000 Liter Wasser aufgebracht werden. Dieser Wert ist zudem noch bescheiden, verglichen mit den Mengen, die nötig sind, soll Fleisch den Speiseplan bereichern. Es gibt Modellrechnungen, nach denen für die Nahrung eines Menschen pro Tag 960 Liter Wasser verbraucht werden – so der Mensch Vegetarier ist. Besteht sein Essen allerdings zu 20 Prozent aus Fleisch, schnellt der Wert hoch auf 2685 Liter.

Ein Gut, von dem es zeit- und/oder gebietsweise zu wenig gibt, das aber nicht nur jeder haben will, sondern jeder zum Leben haben muss, das sind Faktoren, die geradezu nach Verteilungskonflikten schreien. Und zwar umso lauter, je mehr der Leidensdruck steigt, weil immer mehr Menschen auf nutzbares Wasser angewiesen sind, das wegen Übernutzung und Verschmutzung immer knapper wird. Sind die Probleme an sich schon schwerwiegend genug, können sie zusätzlich gefährliche Dramatik erhalten, wenn sie erst die Landesgrenzen überschreiten. Das ist häufig der Fall. Denn auf der Erde gibt es 200 Gewässersysteme, die sich nicht um Staatsgrenzen scheren, sondern sie einfach überschreiten. Den Anliegern ist in der Regel ein Bestreben gemeinsam: den Nutzen des Wassers zu nationalisieren, die Lasten aber zu internationalisieren. Der Besitz des kostbaren Nas-

ses kann da schnell zur Machtfrage werden, bei der es so lange um Souveränität geht, bis der ursprüngliche Konflikt unter der ideologischen Überhöhung gar nicht mehr zu entdecken ist. Mancher Beobachter ist da schnell mit dem Alarmruf zur Stelle, der Krieg ums Wasser stehe vor der Tür.

Allein, noch lagen die Warner stets daneben, ihre pessimistischen Analysen waren zu kurz gedacht. So das Resümee einer Tagung, die kürzlich die Akademie für Politische Bildung in Tutzing veranstaltete. ...

Es gibt viel zu tun und viel zu diskutieren zwischen Staaten, die gemeinsam auf Wasser angewiesen sind. Von der Datenerhebung mit gemeinsamen Mess-Stationen über das Aushandeln von Nutzungsrechten bis hin zu möglichen Koppelungsgeschäften – wenn etwa Energie aus Wasserkraft mit Kontingenten für die Bewässerung verrechnet wird. Hinter allem steht die Chance der Annäherung durch Verhandeln. So kann der Konflikt um das knappe Wasser sogar zu einer Quelle der Kooperation werden.

(siehe Seite 5)

STARNBERGER MERKUR vom 17. Dezember 2001:

„Dialog mit Islam nicht durch CNN oder MTV“

... Breiter Konsens in einem Punkt: Der Terrorismus wird die Welt noch lange beschäftigen. Konsens auch darin, dass die Anschläge des 11. September nicht überraschend kamen, jedoch in Ausführung und Ausmaß nicht erwartet worden seien. Beckstein verwies darauf, dass er fünf Tage vorher bei einer Pressekonferenz vor Anschlägen der Al-Quaida gewarnt hatte. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer auch darin, dass neue Anschläge im Rahmen des Grundgesetzes und des Rechtsstaates möglichst erschwert werden müssen. Das Wort „verhindern“ wollte keiner in den Mund nehmen. Beckstein verwies jedoch auf die begrenzten personellen Mittel und auf

praktische Probleme wie Sprache, befürwortete daher die neuen Sicherheitsgesetze. Es könnte jedoch nicht sein, dass ein radikaler Fundamentalist in Deutschland Asyl suchte und die Polizei davon nichts erfahre. Beckstein geht davon aus, dass es „weitere Eruptionen“ geben werde und betonte, die Ausführenden seien „leider keine Verrückten“. Vielmehr gebe es in Teilen der islamischen Bevölkerung stille Schadenfreude, weil es nun den USA ergehe wie vielen Staaten der Dritten Welt. Aktuell seien die Innenminister gefragt, langfristig gehe es um Prävention durch Bildung und Dialog.

Dass die Ursachen für Frustration in sozialen Ungerechtigkeiten liegen, war jedem im Saal klar. Prof. von Brück forderte daher eine „ideologische Abrüstung“ im Westen und einen echten Dialog, der „nicht durch CNN und MTV“ erfolgen könne. Einen Kampf der Kulturen befürchtet er jedoch nicht. Beckstein bemängelte, es werde viel über den Dialog geredet, nur praktiziere ihn kaum jemand. Moslems sähen den Westen kritisch, so Vogel, weswegen sich auch der Westen einmal selbst kritisch betrachten solle. Oberreuter brachte es auf den Punkt: „Wir müssen auch vor unserer Tür kehren.“

(siehe Seite 3)

Der NORDRHEIN-WESTFALEN LANDTAG INTERN vom 19. Juni 2001 berichtet über die Tutzinger Tagung „Föderalismus – Zukunft und Leitbild für die Europäische Union?“:

Europa regional, aber nicht föderal organisieren

„Wir können nicht mithalten“, sagte Dr. Kazimierz Woycicki aus Stettin und meinte Beitragskandidaten wie Polen (40 Millionen Einwohner) und die komplizierten Entscheidungsstrukturen der EU. Für den EU-Beitritt zu werben, werde schwieriger angesichts nachlassender Zustimmung in Polen. Gleichzeitig müssten die polnischen Politiker die schwierigen Brüsseler Entscheidungswege kennen und verstehen lernen. Er hielt es für eine gute Idee, das zukünftige Europa föderal zu organisieren, denn ein kulturpolitisch geprägtes Europa der Regionen könne sich über die von Wirtschaftsinteressen geprägte Union hinaus bewegen. Von solchen Idealvorstellungen holte Professor Dr. Klaus Gretschmann (Generaldirektor Wirtschaft beim Europäischen Rat in Brüssel) die Teilnehmer wieder zurück in die Praxis. Er bezeichnete den Ausschuss der Regionen (AdR) bei der Europäischen Union als Fehlkonstruktion. Im AdR sind die 16 deutschen Länder, aber auch Kommunalpolitiker aus den Mitgliedstaaten vertreten. Der AdR wurde vor einigen Jahren auf Betreiben von Deutschland (mit Bayern und Nordrhein-Westfalen als Initiatoren) gegründet und lenkte erstmals das Augenmerk auf Körperschaften unterhalb der zentralstaatlichen Ebene. Das erschien notwendig, weil die (starken) deutschen Länder und die unterstaatlichen Ebenen in Belgien und Großbritannien Mitsprache in Brüssel nur erreichen können, wenn alle Mitgliedstaaten beteiligt, also ebenfalls föderal organisiert wären. Inzwischen werden regionale Strukturen auch in anderen EU-Staaten erwogen. Schließlich war auch den Verantwortlichen in Brüssel klar geworden, dass die großen Ziele der EU nur verwirklicht

werden können, wenn sie von der Bevölkerung „vor Ort“ angenommen werden.

Aber ein föderal organisiertes Europa habe in Brüssel keine Chance. Das meinten sowohl die Wissenschaftler, zum Beispiel Professor Dr. Hans-Peter Schneider aus Hannover, als auch die Praktiker bei der Tagung in Tutting. Einerseits bedeute „federal“ im englischsprachigen Raum etwas ganz anderes als in Deutschland, ja eher das Gegenteil als im deutschsprachigen Raum, nämlich Zentralismus. Andererseits hätten fast alle großen Mitgliedstaaten des „Kerneuropa“ unlösbare eigene Probleme mit der Autonomie von Regionen.

Mehrere Referenten sprachen das „Schröder-Papier“ an. Der deutsche Bundeskanzler hatte kürzlich in seiner Eigenschaft als SPD-Parteivorsitzender vorgeschlagen, die (erweiterte) EU föderal zu organisieren wie die Bundesrepublik, war dabei aber sofort auf energischen Widerstand bei großen Partnern wie Frankreich und Großbritannien gestoßen. Sie kritisierten nicht nur die Föderalismus-Empfehlung, sondern auch zuviel „Innenpolitik“ in dem Papier. Der polnische Gast meinte, den Vorstoß hätte er besser zusammen mit Frankreich gewagt. Etwas Hintergrundwissen aus Brüssel vermittelte Gretschmann, als er von den „sherpas“ berichtete. Das demokratische Ideal Kommission – Rat – Parlament gebe es nicht. Das Initiativrecht der Europäischen Kommission (EK) wäre nach dem Schröder-Papier in Gefahr. Denn der deutsche Kanzler hatte vorgeschlagen, aus der EK eine starke Exekutive zu machen und den Europäischen (Minister)Rat in eine zweite Kammer umzuwandeln. Der

Europäische Rat, die Konferenzen der Fachminister, sitze im „driver seat“ der Entscheidungen. Er werde sich daraus nicht vertreiben lassen. Den Sherpa-Zirkel nannte er als dritte (und nur „halbe“) Instanz der EU-Entscheidungen. Was die Räte entscheiden, handelten vorher die Sherpas aus, persönliche Referenten der Staatsmänner und Beamte. Der Sherpa-Zirkel sei ein (wirkungsvolles) Gremium, das in keinem Vertrag existiert.

Der Vertreter der Europa-Abteilung der Bayerischen Staatskanzlei, Rainer Schwarzer, befürwortete ein Mehrebenen-System in der EU, mit klaren Kompetenzen auch nach unten. „Es gibt keine europäische Öffentlichkeit, kein europäisches Volk“, sagte er im Hinblick auf bedenkliche Brüsseler Tendenzen, sich vorrangig den Themen zuzuwenden, die die Bürger interessieren. Als deutsche Länderforderung formulierte er, „Subsidiarität“ (Nachrangigkeit) sollte keine „Besser-klausel“, sondern eine „Notwendigkeitsklausel“ sein. Mit anderen Worten: in Brüssel solle nur entschieden werden, was europaweit geregelt werden muss.

„Sowohl Föderalismus als auch Zentralstaat“ hieß es dann in der Diskussion und vor allem: viel Geduld. Das Europa der Zukunft solle eine Werkstatt sein, in der man probieren könne, was auf föderalen Pfaden vielleicht besser geht als mit der Brüsseler Europolitik. „Wir mussten alles ändern, damit alles so bleiben konnte, wie es war“, sagten erfahrene Beobachter und verglichen die Union mit dem Bau von Verkehrswegen: Dort geht es meistens darum, Kurven zu begradigen.

(siehe Akademie-Report 4-01,
S. 11-14)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

- 10-1 7. - 10. März** **Advocating for Intercultural and Interfaith Understanding**
In Kooperation mit der National-Louis University, Heidelberg Campus und der Atlantik-Brücke e.V., Berlin
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 10-3* 4. - 6. März** **Interkulturalität als institutionelle Aufgabe**
In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Kooperation in der Ausländerarbeit, München
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 11-1* 11. - 15. März** **Die EU und ihre östlichen Nachbarn:
Kooperation und Integration für die Zukunft Europas**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 11-2 12. März** **Nationale Minderheiten in Europa – Sprengstoff oder Sauerteig?**
Symposion mit der Akademie Dillingen, dem Bayerischen Rundfunk und dem Haus des Deutschen Ostens
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 11-5 15. - 17. März** **Glaube und Gewalt**
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Brigitte Hertenberger Tel. 08158/256-47
- 12-1* 18. - 22. März** **Konflikte und Herausforderungen in Schule und Gesellschaft**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Peter Hampe / Eva-Maria Post-Lange
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 12-2 18. - 20. März** **Ausländer in unserer Region - Minderheiten in die Zeitung holen**
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder / Renko Thiemann
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Brigitte Hertenberger	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- | | | |
|--------------|-----------------------|--|
| 12-3* | 20. - 21. März | Politik an der Leine der Verwaltung?
Politikmanagement zwischen Wertorientierung und Tagesaktualität
In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Lehrgang für Verwaltungsführung
Leitung: Horst Denzer
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53 |
| 12-4 | 22. - 24. März | Bilder machen Kanzler – Integrierte Wahlkampfkommunikation
PR und Politik II
In Zusammenarbeit mit der Deutschen Public Relations Gesellschaft
Leitung: Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 13-1 | 25. - 28. März | Förderung von Terrorismus und Rechtsextremismus:
SED und MfS an der unsichtbaren Front
In Kooperation mit der Gesellschaft für Deutschlandforschung
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53 |

April

- | | | |
|---------|-----------------|--|
| 14-1 | 3. - 5. April | Die Europäische Union vor der Erweiterung: Der Kandidat Ungarn
In Kooperation mit der Europäischen Akademie Bayern e.V.
Leitung: Michael Piazolo
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 14-3 | 5. - 7. April | Innere Einheit auf der Überholspur?
Zur Rolle der jungen Generation in Deutschland
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53 |
| 15-1/2* | 8. - 10. April | Sozialkunde wohin? Neue Wege des Sozialkundeunterrichts
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 15-3* | 8. - 10. April | Lehrer als Staatsbürger – Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Heribert Schorm
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 15-4* | 10. - 12. April | Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung:
Gewaltbereitschaft und politischer Extremismus
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 15-5 12. - 14. April** **Glanz der Infrastruktur, Elend der Demokratie?**
Entwicklung der Demokratie in den neuen Ländern
Leitung: Horst Denzer
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 16-1* 15. - 17. April** **Geschichtspolitik in der Diskussion**
In Zusammenarbeit mit dem DVPW-Arbeitskreis „Politik, Kultur, Sprache“
Leitung: Jürgen Weber / Wolfgang Bergem
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 16-3 17. - 19. April** **Wirtschaft jenseits des Wirtschaftsteils**
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 17-1* 22. - 25. April** **Gewalt und Toleranz in und zwischen Gesellschaften**
Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Miriam Wolf
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 17-2 25. - 27. April** **Agrarwende? Zur nachhaltigen Nutzung ländlicher Räume**
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 18-1 29. - 30. April** **Deutschlands weltpolitische Rolle und seine außenpolitischen Eliten**
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Brigitte Hertenberger Tel. 08158/256-47

Mai

- 18-4 3. - 5. Mai** **Globalisierungsdruck und demografischer Wandel – was bleibt vom deutschen Sozialstaat?**
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 19-1* 6. - 13. Mai** **Frieden für den Balkan**
In Kooperation mit dem Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr und dem Bildungswerk der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Leitung: Jürgen Maruhn / Major Uwe Semprich
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 20-1* 13. - 17. Mai** **Wirtschaft und Sozialpolitik aktuell**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Peter Hampe / Günter Grunick
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 20-2*** 13. - 17. Mai **Krisen und Konflikte in der internationalen Politik**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Heribert Schorm
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 21-2*** 24. - 26. Mai **Extremismus und Demokratie – aktuelle und zeitgeschichtliche Aspekte**
In Kooperation mit dem Veldensteiner Kreis
Leitung: Jürgen Maruhn / Uwe Backes / Eckhard Jesse
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 22-2*** 27. - 29. Mai **Wer die Wahl hat, hat die Qual?
Deutschland vor der Bundestagswahl 2002**
In Kooperation mit dem Bildungswerk der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Leitung: Miriam Wolf
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 22-3** 31. Mai - 2. Juni **Spaniens Weltgeltung – Von der Kolonialmacht zum europäischen Werteverbund**
Tutzinger Internationales Forum
Leitung: Horst Denzer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Juni

- 23-1*** 3. - 7. Juni **Wahlkampf in den Medien – Medien im Wahlkampf**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 23-2*** 4. - 6. Juni **Neue Aufgaben für Verbraucherschutz und Verbraucherberatung**
In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 23-4** 7. - 9. Juni **Im Fadenkreuz der Terroristen**
Der abwehrbereite Staat zwischen Freiheit und Sicherheit
Leitung: Michael Piazolo / Michael Schröder / Jürgen Weber
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 24-4** 12. Juni **Akademiegespräch im Landtag**
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 24-5*** 11. - 12. Juni **Krisenherd Naher Osten – Herausforderung für die internationale Friedenspolitik**
In Zusammenarbeit mit der Universität der Bundeswehr München
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 25-3*** 20. - 23. Juni **Gender Mainstreaming**
In Zusammenarbeit mit der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bayerischen Hochschulen
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 25-4** 18. - 20. Juni **Neue Formen von Krieg?**
In Zusammenarbeit mit den Landeszentralen Baden-Württemberg und Bayern
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 26-1*** 24. - 28. Juni **Föderalismus – Modelle, Herausforderungen, Reformansätze**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 26-2*** 24. - 28. Juni **Ethik und Politik: Das Problem der Gewalt**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Miriam Wolf / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 26-3** 28. - 29. Juni **Ethos oder Ellbogen?**
Wertgrundlagen und Erneuerungsbedarf der Sozialen Marktwirtschaft
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Die Akademie für Politische Bildung

wurde 1957 als Anstalt des öffentlichen Rechts vom Bayerischen Landtag gegründet. Sie ist unabhängig und hat das Recht der Selbstverwaltung. Ihre Aufgabe ist es, die politische Bildung auf überparteilicher Grundlage zu fördern. Zu diesem Zweck veranstaltet sie Seminare in der eigenen Tagungsstätte in Tutzing sowie Akademiegespräche und Kolloquien in ganz Bayern. Durch eigene Publikationen wirkt sie in den öffentlichen Diskurs über die politische Bildung hinein. Der Direktor leitet und vertritt die Akademie nach außen und wird dabei vom Dozentenkollegium unterstützt. Ein Kuratorium von Vertretern von Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppen beaufsichtigt die Akademiearbeit. Ein Beirat repräsentiert die interessierte Öffentlichkeit und berät den Direktor. Ein Förderkreis unterstützt die Akademie finanziell bei ihren Aufgaben.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. Bisher wurde ein Publikationsprojekt und der Akademie-Bus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50
Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSEERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
- Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter erhielt den Ruf auf einen Lehrstuhl am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München. Seit dem 1. Februar ist er vorübergehend mit der Leitung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden beauftragt.

Er referierte u.a. bei der Jahrestagung („Herausforderungen der repräsentativen Demokratie“) der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft in Berlin zum Thema „Parteienstaat“, in Maria Laach über „Terrorismus-Herausforderung der modernen Staatlichkeit“, in Würzburg über „Zukunftsfähigkeit in politischer und wirtschaftlicher Perspektive“, in Augsburg über „Katholische Verbände im Abstieg?“, in Passau über „Politik und Christ sein“ und in Schrobenhausen über „Auswirkungen globaler Spannungen auf die Zukunft“.

Er moderierte mehrere Podiumsdiskussionen, u.a. anlässlich der Slowakischen Wochen in Passau „Kirche im Gespräch: Der religiöse Wandel in Mittel- und Osteuropa“.

KOLLEGIUM

Dr. Michael Piazolo hielt einen Vortrag in der Troskunai (Litauen) über mögliche gesellschaftliche Entwicklungen in einem zusammenwachsenden Europa. Er moderierte bei den Münchner Medientagen 2001 ein Panel zum Thema „E-Government: Vom Online-Steuerverformular zur elektronischen Demokratie“.

Im Wintersemester 2001/02 hat er im Rahmen seines Lehrauftrages an der Hochschule für Politik, München, wieder einen Grundkurs über die Grundlagen der Europäischen Union übernommen. Außerdem wurde er in den Conseil fédéral, das Aufsichtsgremium des Centre International de Formation Européenne gewählt.

Dr. Manfred Schwarzmeier hielt in Dresden einen Vortrag zur parlamentarischen Mitsteuerung des Regierungshandelns.

Dr. Michael Schröder referierte an der Universität Regensburg über die „Veränderung der Medienlandschaft im Zeitalter des Internets“.

E-Mail-Adressen des Kollegiums:

H.Denzer@apb-tutzing.de
K.Grosch@apb-tutzing.de
P.Hampe@apb-tutzing.de

J.Maruhn@apb-tutzing.de
M.Piazolo@apb-tutzing.de
M.Schroeder@apb-tutzing.de

M.Schwarzmeier@apb-tutzing.de
J.Weber@apb-tutzing.de
K.Willenborg@apb-tutzing.de
M.Wolf@apb-tutzing.de

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing